

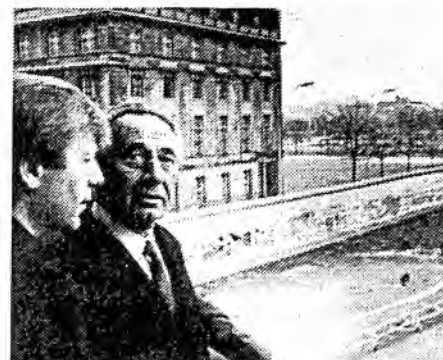
Politische Berichte



6. Februar 1987
Jg. 8 Nr. 3

G 7756 D

Preis:
2,50



750-Jahr-Feier: Was alle wissen sollen: "In Berlin entscheidet sich deutsches Schicksal" Seite 8



Philippinen: Waffenstillstand. Die Revolutionäre haben ihre Position gefestigt Seite 15



Bundestagswahlen 1987: Wiederbelebung der FDP, Stimmengewinne der NPD, Bürgerblock trotz Unionsverlusten gefestigt Seite 37

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 02 21 / 21 64 42
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 02 21 / 21 16 58. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Iran/Irak: Nur ein Aufstand im Iran kann den Krieg beenden. Imperialisten drohen mit Intervention . . . 4

BRD/Südafrika: UN-Ausschuß protestiert gegen Waffenexporte . . . 7

USA: „Konkurrenzfähigkeit“ ist das neue Allheilmittel 7

750-Jahr-Feier: Was alle wissen sollen: „In Berlin entscheidet sich deutsches Schicksal“ 8
Senat nutzt Jubiläum zur Stärkung des Nationalismus 9

„Mitverantwortung der Deutschen“: Die internationale militärische Handlungsfähigkeit der BRD . 10
Die Beteiligung der Bundeswehr an Eingreifverbänden der NATO . . . 11

Auslandsberichterstattung

EG-EFTA: EG expandiert weiter – EFTA-Länder streben in die EG . . 12
Österreich: EG-Beitritt wird vorbereitet 13

Griechenland: EG diktiert Wirtschaftsprogramme 13

Jugoslawien: Förderung des „kleinen Eigentums“ 14

VR China: Stärkung der Planwirtschaft und Arbeiterkontrolle . . . 14

Mexiko-USA: 250000 Beschäftigte in US-Billiglohnzone 15

Philippinen: Waffenstillstand. Revolutionäre haben Position gefestigt 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

AG f. Kommunalpolitik: Von wegen „Bonn hilft Gemeinden“ 18
Wer steuert die Hetze gegen die PKK 18
Dokumentation zur Arbeiterbewegung 18
Aus dem Befreiungskampf Azanias 19

Deutschlandtag der Jungen Union: JU will Heimarbeit mit Kinderbetreuung und Deutsche Einheit bis Deutsch-Südwest 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Republikanischer Anwaltsverein gegen Volkszählung

Der Republikanische Anwaltsverein appelliert an die Bundesregierung, die Volkszählung abzusetzen. In ihrem Schreiben führen die Anwälte ihre grüne Kritik aus: „Die Volkszählung aktualisiert das Unbehagen, Mißtrauen und die Angst der Bürger vor dem Weg in den totalen Überwachungsstaat, mit dem Endpunkt des ‚Gläsernen Menschen‘. Der scheinbar neutrale technische Fortschritt der Computerisierung birgt schwerwiegende Gefahren in sich . . . Dadurch entsteht der ‚Gläserne Mensch‘, der jederzeit durchschaubar, kontrollierbar und damit manipulierbar ist. Der Bürger hat ansonsten keine Gelegenheit und sieht sich nicht in der Lage, sich gegen Personalinformationssysteme, gegen private Datenerfassung bei Banken, Versicherungen etc., gegen die Speicherung seiner Daten bei Behörden, Polizei und Geheimdiensten zu wehren. Die Volkszählung bietet eine Möglichkeit, in einem Akt bürgerlichen Ungehorsam gegen diese Tendenzen ein deutliches NEIN zu setzen.“ Der Anwaltsverein bezweifelt den Nutzen der Volkszählung für die Verhinderung von politischen Fehlplanungen. Insbesondere bei der „Naturzerstörung, bei Landschaftszerstörung, bei Trabantenstädten, in denen niemand mehr wohnen will, bei Großklinken, in denen anonym gestorben wird“ oder bei der Verkehrsplanung lägen die Ursachen offenkundig nicht in unvollständiger Statistik. – (uld)

Polizeieinsatz bei Betriebsbesetzungen

Der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier hatte das „weitere Verbleiben der ausgeschlossenen Belegschaft im Betrieb“ als ein Abwehrmittel gegen die Aussperrung beschlossen. Rechtzeitig vor der nächsten Tarifrunde hat der Bundesverband der Deutschen Zeitungsverleger ein Gutachten erstellen lassen. Um nicht erst auf zivilrechtliche Klagen beim Gericht angewiesen zu sein, wollen die Verleger wissen, wie der Polizeiknüppel bei betrieblichen Auseinandersetzungen schnell zum Einsatz kommen kann. Der Gutachter, Professor für öffentliches Recht M. Ronellenfisch, kommt zu dem Ergebnis, daß ein Polizeieinsatz bei einer Betriebsbesetzung verlangt werden kann. Das „Handelsblatt“ beklagt aber, daß dieses Ergebnis weitgehend durch Interpretation erreicht würde. Der Ermessensspielraum der Polizei sei zu groß. Ein subjektiver gesetzlicher Anspruch existiere nicht, nachdem der „Bürger“, gemeint ist der Druckkapitalist, dessen Betrieb besetzt gehalten wird, das Einschreiten der Polizei verlangen könne. Die Polizeibehörden können über das „ob“ und „wie“ des Einschreitens nach dem Opportunitätsprinzip entscheiden. Der

Gutachter sieht die Verpflichtung zum Einschreiten für die Polizei als gegeben, da jede Verletzung eines Strafgesetzes (Hausfriedensbruch, Nötigung) ein Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist. Außerdem seien Grundrechte verletzt oder gefährdet, bei Betriebsbesetzungen von Druckereibetrieben Informationsfreiheit und Pressefreiheit (Art. 5 GG). Der Ermessensspielraum der Polizei würde auf Null reduziert, weil der verursachte Schaden bei Betriebsbesetzungen in der Regel sehr groß sei und durch polizeiliches Einschreiten der Privatrechtsschutz am wirksamsten sichergestellt würde. Das „Handelsblatt“ gibt den Druckkapitalisten den Tip, wie sie die Polizei zum Eingreifen zwingen könnten. Kommt es zu Gegengewalt im Betrieb und damit zu einer Eskalation, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung eindeutig ge-



fährdeten, dann dürfte die Polizei nicht länger zusehen, sondern müßte die Parteien trennen. (Handelsblatt, 27.1.87 – hao)

Betriebsräte: Gesamtmetall fördert Spalterlisten

Laut Handelsblatt vom 26.1. hat Gesamtmetall folgende Hinweise zur Betriebsratswahl im März 1987 an die Metallkapitalisten veröffentlicht:

1. Wo die IG Metall gemeinsame Wahl von Arbeitern und Angestellten anstrebt, sollte die Belegschaft frühzeitig informiert werden, daß die gemeinsame Wahl „große Nachteile für die Minderheitsgruppe, in der Regel also für die Angestellten, bedeuten“ könne. In der Regel erschweren gemeinsame Wahl und von der IG Metall unterstützte Einheitslisten, daß Spalterlisten von höheren Angestellten mit betriebschauvinistischen Ansichten zum Zug kommen, darum will Gesamtmetall getrennte Wahlen.

2. Gesamtmetall weist seine Mitgliedsfirmen darauf hin, daß Gewerkschaftsmitglieder, die gegen die IGM-Liste kandidieren, nach BGH-Urteil nicht aus der IG Metall ausgeschlossen

werden dürfen. „Eigene Liste machen“ empfiehlt Gesamtmetall denen, die bei der IGM-Listen-Aufstellung abgeblitzt sind, in der Regel Leuten, die z.B. als Betriebsräte nach Ansicht der IGM-Mitglieder und -Vertrauensleute allzuviel Verständnis für die Ansichten ihres Unternehmers aufgebracht haben.

Vor der Bundestagswahl hat es die Regierungskoalition nicht gewagt, den Gesetzentwurf zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes (u.a. Herabsetzung der Quoren für Wahlvorschläge von 10% auf 5% der Belegschaft) zu verabschieden. Der Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen weist darauf hin, daß ein trickjuristischer Vorgriff auf dieses Gesetz für alle potentiellen Spalterlisten, die am noch bestehenden Quorum scheitern sollten, möglich ist: Wahl anfechten! Es „sei damit zu rechnen, daß sie (die bestehenden Quoren, d.V.) vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt würden.“ Denselben Weg hat im Juni 1986 bereits der Christliche Gewerkschaftsbund angekündigt.

– (cls).

„National“ kann die Reaktion nicht isoliert werden

Die VVN/BdA hatte am 31.1.87 zu einer zentralen Veranstaltung eingeladen, um über antifaschistische Gegenstrategien zur „Geschichtsentsorgung“ der reaktionären Historiker zu beraten. Zu Beginn sprachen die Prof. Kühnl und Brumlik, Frau Bejarano (Vors. des internationalen Auschwitz-Komitees, BRD) und K. Naumann, Redakteur der „Blätter für deutsche und internationale Politik“, die Rede von Prof. Pätzold (DDR) wurde verlesen. Kurt Bachmann, DKP, kritisierte, daß reaktionäre Politiker und Historiker „größere Teile des Volkes erneut an die mit nationalistischen Phrasen getarnten

Interessen des Großkapitals und an ihre Traditionslinien zu binden“ versuchen. Und Reinhard Kühnl verwies darauf: „Die Idee der Nation hat im ideologischen Angebot der Rechten auch deshalb an Bedeutung gewonnen, weil sie das erschütterte Selbstwertgefühl zu stabilisieren vermag durch das Versprechen, in der nationalen Gemeinschaft sicher aufgehoben und im internationalen Konkurrenzkampf Spitze zu sein ... Ideologie der Nation und die der Elitebildung“ gehören „zusammen“. Statt einer Erörterung, was Antifaschisten tun können, um die Intelligenz gegen die „Volksgemeinschafts“-ideologie und für die Unterstützung einer antiimperialistischen Politik zu gewinnen, wurde vorgeschlagen, auf den von der Reaktion angeschobenen Nationalismus-Zug aufzuspringen. „Wir werden der Reaktion nicht diese neuentstandene nationale Frage der Bundesrepublik überlassen, das müssen die demokratischen Kräfte selbst in die Hand nehmen“ (Bachmann). In diesem Sinne plädierte auch Kühnl, der sich dazu verstieg – in Kritik an der Kollektivschuldthese – auszurufen: „Es gibt in unserer nationalen Geschichte Vorbilder für die Jugend, ich bin nicht bereit, mich verantwortlich machen zu lassen für den Faschismus“. Kritisiert wurden die Plädoyers für Nationalinteressen von links nur von Klönne und aus dem Saal. Einige Redner betonten, daß die Kritik an den Kapitalinteressen durch die Antifaschisten verstärkt werden müsse. Nach dem Verlauf der Diskussion am Nachmittag steht aber eher zu befürchten, daß diese Aufgabe vernachlässigt wird zugunsten einer „breite(n) Front der kritischen Vernunft aller demokratischen, antifaschistischen, friedliebenden Kräfte“ in der BRD, wozu Kühnl auch Genscher rechnete. – (düb)

NRW: CDU-Kommunalpolitik: „Demontage des Kollektiven“ ... 22

„Hamburger Verhältnisse: Kapitalisten und CDU fordern große Koalition ... 22

IGM-Bezirk Hannover: Problematische Aktion gegen Frauenlohn diskriminierung ... 23

Fraugleichstellung: Warum Sondertarife für Pflegeberufe? ... 23

Kommunalpolitik: „Zukunftsszenario“ für Freiburg: Volksgemeinschaft für High-Tech ... 24

WAA: Prozeß gegen Anti-AKW-Magazin ... 25

„Dem Unbekannten Deserteur“: Die Reaktion spuckt Gift und Galle 25

Frontpolitik: Zermürbungs- und Isolationsstrategie des Staatsapparates gegen Autonome ... 26
Politische Interessen, die unterdrückt werden sollen ... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung ... 28

Ausländerintegration notwendig?
Ich Knoblauch in meinem Mund.
Du Sauerkraut ... 29

Sozialstatistik

Arbeitsmedizin: Zusammenhang von Atemwegkrebs, Arbeitsbelastungen und Rauchen ... 30

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Religionskritik: K. Deschners Kritik an den Verbrechen der Kirche . 32
Friedenspredigt und Kriegspraxis . 32
Kritik der kirchlichen Dogmen . 32
Die MIZ gegen religiöse Finsternis . 33
Wegbereiter des Faschismus . 33
Abermals krächte der Hahn . 33

Aus der Diskussion der Organisation: Diskussion um die bayerischen Landtagswahlen ... 34

Spezialberichte

Bundestagswahlen '87: Wiederbelebung der FDP, Stimmengewinne der NPD, Bürgerblock bleibt trotz Unionsverlusten gefestigt ... 37

Titelbild: Karikatur, tis, HH.



Rund 100 Studenten übergaben am 21.1. dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft 84864 Stimmzettel der VDS-Studentenbefragung. 89,9% der befragten Studenten stimmten den Forderungen, u.a. gegen HRG-Novelle, für kostendeckendes BAFöG ohne Darlehn, zu. Die Befragung war in der VDS umstritten, die Beteiligung von über 80000 ist beachtlich. – (uld)

Krieg Iran/Irak

Nur ein Aufstand im Iran kann den Krieg beenden. Imperialisten drohen mit Intervention

Der von der imperialistischen Presse lauthals befürchtete „Fall von Basra“ ist nicht eingetreten. Die zweitgrößte Stadt des Irak, früher von fast 1,2 Mio. Einwohnern bewohnt und vor Beginn des Krieges mit dem Iran wichtigste Hafenstadt des Landes, wäre für die iranischen Truppen die letzte große Stadt vor den wenige Kilometer südlich beginnenden Ölfeldern von Rumaila gewesen. Ihre Kontrolle hätte zugleich die Kontrolle der Fernstraße von Kuwait nach Bagdad bedeutet und damit die irakische Hauptstadt von Lieferungen über den Golf weitgehend abgeschnitten. Von einer Eroberung Basras aber sind die iranischen Truppen noch weit entfernt. Den Presseberichten zufolge liegt der größte Teil der fast 650000 iranischen Soldaten – ihnen sollen 450000 irakische Soldaten um Basra gegenüberstehen – noch immer knapp 15 Kilometer von Basra entfernt in Schützengräben. Vor dem Einmarsch in Basra müßten die Truppen einen See umgehen, zwei schwere irakische Befestigungslinien durchbrechen und vor allem den Schatt el Arab überqueren, den großen Mündungsarm von Euphrat und Tigris. Denn Basra liegt westlich des Schatt el Arab, die iranischen Truppen bis auf kleine Einheiten noch immer östlich des Flusses. Sollten stärkere Einheiten versuchen, über den Fluß zu setzen, so wären sie schwerem irakischen Artilleriefeuer und ständigen Luftangriffen der überlegenen irakischen Luftwaffe ausgesetzt.

Ohnehin waren die Verluste auf bei-

den Seiten in den letzten Wochen wieder furchtbar. Den Presseberichten zufolge sind bei den Kämpfen, die oftmals wie im ersten Weltkrieg von Schützengräben zu Schützengräben, mittels Handfeuerwaffen und Handgranaten geführt wurden, auf irakischer Seite seit Ende Dezember ca. 10000 Mann gefallen oder verwundet worden. Auf iranischer Seite sollen die Verluste sogar 40000 Mann erreichen. Unter diesen enormen Verlusten gelang dem Iran ein Vorstoß von gerade 20 km. Sollten die iranischen Truppen je versuchen, den Schatt el Arab mit größeren Truppenteilen zu überschreiten, würden sie sich gar auf einen Häuserkampf um Basra einlassen – ihre Verluste wären ungleich höher. Wenn die jüngste iranische Offensive also etwas bewiesen hat, dann, daß keine der kriegführenden Parteien ernstlich in der Lage ist, mit großräumigen Angriffen den Krieg militärisch für sich zu entscheiden.

Tatsächlich ist die Kriegsführung beider Seiten darauf gerichtet, den Gegner so zu schwächen, daß dieser durch innere Erschütterungen kampfunfähig wird. Beide Seiten scheuen dabei auch vor Bomben- und Raketenangriffen zwecks Terrorisierung der Zivilbevölkerung nicht zurück. Die Gemetzel auf beiden Seiten nehmen dadurch noch mehr zu. Gleichzeitig versuchen beide Seiten, sich durch Angriffe auf Ölpipelines und Verladeeinrichtungen die Mittel für eine Fortsetzung des Krieges abzuschneiden. Der Irak, sowieso schon seit Jahren

von imperialistischer Seite aus direkt oder via Ägypten, Saudi-Arabien und Jordanien mit modernen Waffen versorgt, setzt dabei in letzter Zeit sogenannte „intelligente“ Bomben mit Lasersteuerung aus Frankreich ein. Auch der Iran bekommt, wie der Einsatz moderner Raketen bei den jüngsten Kämpfen um Basra gezeigt hat, auf dem Weltmarkt moderne Waffen. Die Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze wird so zum Opfer und Übungsfeld für imperialistische Waffen.

Trotz der scheinbar ungebrochenen Kampftätigkeit – die Anzeichen für eine zunehmende Opposition gegen den Krieg in beiden Ländern mehren sich. Die Zahl der Desertationen auf beiden Seiten der Truppen ist hoch, ebenso die Zahl der Kriegsgefangenen, die entgegen aller Propaganda von „Bereitschaft zum Märtyrertod“ sich lieber gefangennehmen lassen, als den „Heldentod“ zu sterben.

Die irakische Regierung weiß um die schlechte Moral ihrer Truppen und scheint deshalb gar nicht mehr versuchen zu wollen, auf irisches Territorium vorzustoßen. Nachdem Staatschef Saddam erst kürzlich die Rekrutierung von Jugendlichen unter 18 Jahren als „unmoralisch“ abgelehnt hatte, strahlen nun die Regierungssender Aufrufe an Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren aus, sich zur Front zu melden. Das zeigt, wie angespannt die Lage des Irak geworden ist. Wohl auch deshalb hat die irakische Regierung ihre schon vor Monaten geäußerten Angebote an

Referentenentwurf zum AFG: Weitere Individualisierung

Der angekündigte Referentenentwurf aus dem Hause Blüm zur Verwendung der Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit liegt vor. Er sieht eine altersabhängig gestaffelte Verlängerung der Höchstbezugsdauer von Arbeitslosengeld vor: bis 38 Jahre bleibt es bei der Kürzung auf 12 Monate aus dem Jahre 1982. 18 Monate Anspruch haben 39-jährige. Die Maximaldauer des Bezugs beträgt im weiteren bis zu 32 Monate für über 54-Jährige. Selbst bei Masseneinlassungen werden keine zwei Arbeiter mehr gleiche Zahlung erwarten können. Als zweite wichtige Änderung wird das Verhältnis von Beitragszeit zu Anspruchszeit von 1:3 auf 1:2 herabgesetzt, so daß nach 12 Beitragsmonaten wieder 6 Monate Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht. Die Arbeitslosengeldzahlungen der BfA erhöhen sich durch das vorgesehene Gesetz um

2,8 Milliarden DM jährlich. 1,4 Milliarden davon holt sich der Bund durch wegfallende Arbeitslosenhilfeszahlungen wieder rein. Nicht rückgängig gemacht wird die verlängerte Mindestanwartschaftszeit von 12 Monaten, der Abschlag für Kinderlose und die Senkung nach Ende der Berufsausbildung. – (mas)

Hoechst gegen EG-Kartellrecht

Der Hoechst-Konzern will gerichtlich gegen Kontrollrechte von EG-Beamten bei Unternehmen vorgehen. Nachdem Hoechst von der EG-Kommission zu 19 Mio. DM Bußgeld wegen illegaler Preisabsprachen mit BASF und Chemieunternehmen in Frankreich, Belgien und Spanien für PVC und Polyäthylen verurteilt worden war, waren Beamte der EG unangemeldet bei Hoechst aufgetaucht und hatten erneut Einsicht in Geschäftsakten verlangt. Dazu sind EG-Beamte seit 1962 durch

einen Beschluß des EG-Ministerrates befugt. Mit einer einstweiligen Verfügung vor dem Frankfurter Verwaltungsgericht verweigerte Hoechst den Beamten den Zutritt. Razzien zwecks Verfolgung von illegalen Kartellbildungen verstießen, so der Konzern, nach europäischem und deutschen Recht gegen Grundrechte. Das Kartellrecht der BRD verbietet solche unangemeldeten Kontrollen. Hoechst will erreichen, daß die schärfere EG-Bestimmung fällt. – (rül)

Gutachten fordert Grün- dung westdeutscher „NASA“

Ein im Auftrag von Forschungsminister Riesenhuber erstelltes Gutachten kritisiert die Planung und Organisation der westdeutschen Raumfahrt, die Bundesrepublik nehme bisher in der Raumfahrt nicht den Platz ein, der ihr wegen ihres hervorragenden wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Potentials gebühre. Des-



Iranische Gefangene und Verwundete. Auf beiden Seiten hat der Krieg bereits zu mehreren hunderttausend Toten und Verwundeten geführt.

den Iran – Waffenstillstand und Rückzug hinter die bestehenden Staatsgrenzen – auch nach der Offensive gegen Basra in den letzten Wochen erneuert.

Auf iranischer Seite verstärkt das Regime, das sich immer mehr zum Haupthindernis für einen Friedensschluß entwickelt, seine Durchhaltepropaganda. Der wachsende Widerstand gegen den Krieg soll mit der Behauptung des nahen Sieges gespalten und niedergehalten werden. Dennoch mehren sich im Lande die Zeichen von Kriegsmüdigkeit, ja offener politischer Opposition. Bereits Anfang 1985 waren aus verschiedenen iranischen Städten Demonstrationen gegen die Fortsetzung des Krieges gemeldet worden. Seitdem ist die Lage insbesondere der städtischen Armen immer drückender geworden. Die Teuerung im Iran liegt gegenwärtig bei 50%. Der Schwarzmarkt blüht. Die Unternehmensleitungen – häufig ein von der

Regierung eingesetzter „Islamischer Rat“ – nutzen jede Gelegenheit, um den Arbeitern Löhne und Zulagen zu kürzen, die Arbeit intensiver zu gestalten und die Arbeitszeit zu verlängern. Das Auslandskomitee der KP Irans (Komala) berichtet in seinem neuesten „Report“ von Protestaktionen allein in sechs großen Betrieben in den letzten drei Monaten, die sich gegen Lohnkürzungen, Arbeitshetze und gegen die Zwangsrekrutierungen an die Front richteten. Ganze Belegschaften werden an Rüstungsfabriken überstellt oder an die Front geschickt. Selbst der öffentliche Dienst, der bisher von solchen Rekrutierungen weitgehend verschont blieb, soll nun 20% der Belegschaften an die Front schicken.

In den ländlichen Gebieten scheint die Lage noch nicht so angespannt wie in den Städten. Das Regime hat sich in den letzten Jahren bemüht, die Versorgung der Bauern mit Düngemitteln,

Saatgut, Impfstoffen und Maschinen zu verbessern. Bei Ausbleiben der versprochenen Agrarreform muß diese Politik aber zwangsläufig die größeren Bauern und Großgrundbesitzer bevorzugen und tut das auch schon. Imperialistische Beobachter melden inzwischen einen starken Rückgang der Produktion von pflanzlichen Ölen, Zuckerrüben und Reis. Die Produktion von Weizen stagniert schon seit 1982. Infolgedessen muß das Regime, das nach dem Sturz des Schah die Erreichung einer ausreichenden Selbstversorgung bei Lebensmitteln als eines seiner Hauptziele propagiert hatte, immer mehr Lebensmittel aus dem Ausland einführen. Da gleichzeitig die Einnahmen aus dem Ölexport infolge irakischer Bombenangriffe auf Raffinerien und Verladeeinrichtungen sowie wegen der von den Imperialisten erzwungenen Preissenkungen für Öl in diesem Jahr mit ca. 45 Mrd. DM nur etwa ein Drittel so hoch wie im Vorjahr sein werden, sah sich die Regierung in ihrem Haushalt 1987 zu drastischen Einsparungen gezwungen. Das wird die Versorgungslage der Industrie noch schwieriger gestalten und die Lebensverhältnisse der Armen noch drückender.

Die Imperialisten waren von Anfang an Hauptnutznießer des Krieges. Der nun schon über sechs Jahre währende Krieg zwischen beiden Ländern bedeutet eine schwere Schwächung der anti-imperialistischen Front in der ganzen Region. Der Irak, der vor Kriegsbeginn über 35 Mrd. US-Dollar Auslandsvermögen verfügte, ist inzwischen mit mindestens 17 Mrd. US-Dollar im Ausland verschuldet. Größte Gläubiger sind die Golf-Staaten, die ca. 8 Mrd. DM Forderungen an den Irak haben, gefolgt von der EG mit ca. 5 Mrd. US-Dollar. Die französische Bourgeoisie –

halb fordert die Studie die Gründung einer Raumsfahrtagentur. Dies fand sogleich die Unterstützung des forschungspolitischen Sprechers der CDU/CSU, Lenzer. Auch die SPD sieht „erhebliche Schwächen“ in der „deutschen Raumfahrt“. – (sie)

Werbung für Arbeitsaufenthalt in Südafrika

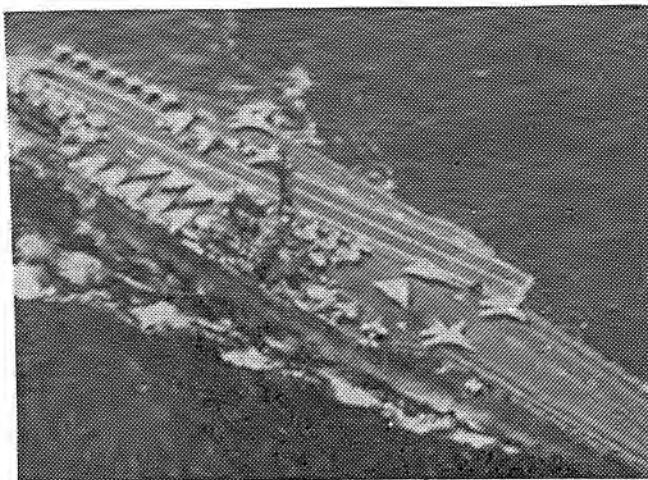
Die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung Frankfurt (ZAF, Abt. 21.21) wirbt in Zusammenarbeit mit dem Akademischen Auslandsamt der Universität Karlsruhe für die „South Africa Foundation“ Werkstudenten naturwissenschaftlicher und technischer Fachrichtungen an. Bei Zahlung von 2500 DM „Teilnahmekosten“ und Vorlage von „Referenzen“ wird ein drei-monatiger Arbeitsaufenthalt in den Sommersemesterferien vermittelt. Die Bewerber werden „von einer deutsch-südafrikanischen Kommission geprüft“. Studenten, die „für ihr weiteres Studium

Geld verdienen müssen, wären besser beraten, in Europa zu bleiben“. Seit 1972 beteiligten sich 904 Studenten. Die „South Africa Foundation“ wird von den „etwa 300 führenden Persönlichkeiten“ und der „freien Wirtschaft“ Südafrikas unterhalten. Der Zweck ist Förderung des deutschen Nachwuchses und „Kontaktpflege auf höchster Ebene“. Teilnehmerberichte heben das Engagement der BRD-Botschaft in Südafrika und die Zusammenarbeit mit den BRD-Vertretungen in den Frontstaaten hervor. (Quelle: Merkblatt und Aushang der ZAF) – (rub)

Bewaffneter Werkschutz im Kernkraftwerk

Die Betreiber des Kernkraftwerkes Neckar bei Stuttgart müssen entweder selbst die Auflage erfüllen, einen mit Schusswaffen bewaffneten Werkschutz in angemessener Stärke aufzustellen, oder ein zuverlässiges Werkschutz-

unternehmen engagieren, entschied jetzt der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg. Damit hob der VGH ein Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart wieder auf, das zunächst den Betreibern recht gegeben hatte. Seit 1976 versucht die baden-württembergische Landesregierung über ihr Arbeitsministerium, die Bewaffnung des Werkschutzes in Kernkraftwerken und die Aufstellung von Privatarmeen gegenüber den Betreibern durchzusetzen. Der VGH bezieht sich in seinem Urteil auf das Atomgesetz und auf mehrere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, wonach den Betreibern die Errichtung eines bewaffneten Werkschutzes auferlegt werden kann. Nach VGH kann der Werkschutz vertraglich zu „Sach-, Wehr- und Nothilfe unter Waffeneinsatz“ sowie zur Abwehr von „unbeherrschbaren Gefahren bei Betriebsstörungen“ verpflichtet werden. – (sie)



Die neueste Ausgabe der „Österreichischen Militärzeitschrift“ berichtet über Einzelheiten der Militärmanöver der NATO Ende 1986 im östlichen Mittelmeer. Der Bericht liest sich wie eine Vorübung zur Intervention am Golf. 6000 Mann hätten Luftlandungen geübt, schreibt die ÖMZ. „Der Übungsabschnitt im ostwärtigen Mittelmeer umfaßte über 12000 Mann aller Teilstreitkräfte aus Italien, der Türkei und den USA und gipfelte in einer amphibischen Landung in der Bucht von Saros.“ Links: US-Flugzeugträger „Forrestal“. Rechts: Kohl bei seinem Staatsbesuch in Saudi-Arabien.

einer der größten Waffenlieferanten des Irak – hält allein Forderungen an den Irak in Höhe von 4 Mrd. US-Dollar in ihren Händen. Auch der BRD-Imperialismus konnte seinen Einfluß in beiden Ländern ausbauen. Schon unter dem Schah-Regime größter Lieferant des Iran, exportierte die BRD 1985 erneut mit 4,8 Mrd. DM mehr Waren in den Iran als jede andere imperialistische Macht. Auch im Irak stieg die BRD 1982 (neuere Zahlen liegen uns nicht vor) zum größten imperialistischen Lieferanten auf. Auch der Iran, mehrere Jahre lang schuldenfrei, muß inzwischen wieder um Kredite der Imperialisten nachsuchen.

Je länger der Krieg dauert, umso mehr wird die Abhängigkeit beider Länder von den Imperialisten steigen. Das Kalkül der Imperialisten ist, den Krieg noch möglichst lange hinzuhalten, um beide Länder noch weiter zu

schwächen und womöglich am Ende durch imperialistische gesteuerte Militärputsche sich wieder in den Besitz der reichen Ölvorkommen in beiden Ländern zu setzen. Schon heute betreiben beispielsweise an der türkisch-iranischen Grenze unter den dort lebenden iranischen Flüchtlingen Anhänger des früheren Schah-Regimes offen ihre reaktionäre Propaganda, spekulieren imperialistische Blätter über die Aussichten eines Militärputsches im Iran. Gleichzeitig wächst die Gefahr einer imperialistischen Intervention. US-Präsident Reagan hat erst vor wenigen Tagen klargestellt, was deren Ziel wäre, als er dem Iran mit dem militärischen Angriff der USA drohte, falls „die Sicherheit der Ölversorgung“ durch den persischen Golf bedroht würde. Erstes Ziel einer solchen Intervention wäre die Besetzung der Ölfeldern und Raffinerien. US-, britische

und französische Kriegsschiffe kreuzen schon jetzt im persischen Golf, die USA sollen weitere Kriegsschiffe in Marsch gesetzt haben. Nach Berichten des „Spiegel“ sollen die USA planen, im Fall einer Intervention bis zu 100000 Mann aus der BRD einzusetzen. Genau zur Vorbereitung einer solchen Intervention hatte die BRD nach dem Sturz des Schah-Regimes das „Host Nation Support“-Abkommen mit den USA geschlossen. Die BRD wäre also an einer solchen Intervention direkt beteiligt.

Quellenhinweis: E. Karsh und R. King, Der irakisch-iranische Krieg am Scheideweg, in: Europa-Archiv 20/86; Report 26/86 der KP Iran Auslandskomitee (Komala); Österreichische Militärzeitschrift 1/87, S. 65f.; Survival, Hrsg. vom ISSS London, Nr. 7-8/86 und 11-12/86; FAZ, NZZ, Guardian, 15.1. bis 30.1.87 – (rül)

Lambsdorff, v. Brauchitsch vor Verfassungsgericht?

Vier Jahre Haft gegen den ehemaligen Flick-Bevollmächtigten von Brauchitsch, ein Jahr und drei Monate auf Bewährung gegen Graf Lambsdorff, 120000 DM Geldstrafe gegen den Dresdner-Bank-Chef und Ex-Wirtschaftsminister Friderichs: Die Strafanträge, die die Staatsanwaltschaft vor dem Bonner Landgericht gegen die drei Angeklagten wegen Steuerhinterziehung verlangt hat, scheinen hoch zu sein, höher, als die Angeklagten erwartet hatten. Immerhin: die Anklage wegen Bestechung bzw. Bestechlichkeit gegen Lambsdorff und von Brauchitsch ist zurückgenommen. Am 16.2. entscheidet nun das Gericht. Rechtskräftig sind die Urteile dann aber noch lange nicht. Sollte z.B. von Brauchitsch ernstlich verurteilt werden, so prophezeit das Handelsblatt schon jetzt Revision bis zum Bundesverfassungs-

gericht. Hier gehe es nämlich um die Frage der Rechtsstaatlichkeit. Grund: Das gute Gewissen der Spender und daß niemand dieses Verbot je ernstgenommen hat könne nur vom Verfassungsgericht berücksichtigt werden. Gemeint ist: Wo kein Unrechtsbewußtsein bei den Tätern war, wie kann da ein Unrecht geschehen sein? – (rül)

Zentralarchiv für Revanchismus geplant

Das Bundeskabinett hat ein Gesetz „über die zentrale Archivierung von Unterlagen aus dem Bereich des Kriegsfolgenrechts“ verabschiedet. In einem zentralen Archiv, um das sich acht Städte bewerben, soll auf ca. 75 km Stellwänden die Hetze über das „Vertreibungs- und Aussiedlerschicksal“ erneut aufgekocht werden. Allein der Begriff „Vertreibungsschicksal“ beinhaltet, daß die vielfältigen Opfer der faschistischen Völkermordpolitik, so-

fern es sich nicht um Angehörige oder Nutznießer der faschistischen Herrschaft handelte, zu Opfern der Befreiung vom Faschismus umgelogen werden sollen. Hinzu kommen soll u.a. die Darstellung der gesellschaftlichen und sonstigen Verhältnisse in den „Ostgebieten des Deutschen Reiches und in den ost- und südeuropäischen Siedlungsgebieten“ ... „in den Jahrzehnten bis zum Beginn der Vertreibungsmaßnahmen“, d.h. also der jüngeren Eroberungsgeschichte. – (wop)

Westberlin: Neonazis verhaftet

Wegen „Verdachts der Neugründung bzw. Mitgliedschaft in einer den Zielen der NSDAP gleichstehenden Organisation“ sind in Westberlin am vergangenen Wochenende 104 Neofaschisten, zumeist Mitglieder der FAP, verhaftet worden. Im Zusammenhang mit der Aktion hat die Westberliner Polizei mehrere Hausdurchsuchungen durch-

BRD/Südafrika

UN-Ausschuß protestiert gegen BRD-Waffenexporte

Der UN-Sonderausschuß gegen Apartheid wirft der Bundesregierung vor, das 1977 vom UN-Sicherheitsrat beschlossene Rüstungsembargo gegen Südafrika zu mißachten. Der Verkauf von Bauplänen für U-Boote durch das Ingenieurkontor Lübeck (IKL), das für die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) die Pläne an Südafrika verkauft hat, sei nur ein Teil der umfangreichen Lieferungen von militärischem Material, mit denen die Bundesrepublik gegen verbindliche Beschlüsse der UNO verstoße. Die Bundesregierung und die Regierungsfractionen im Bundestag sind bemüht, über den eingesetzten Untersuchungsausschuß des letzten Bundestages keine weiteren Enthüllungen über die militärische Hilfe der BRD für Südafrika und über Rüstungsexporte an andere Staaten an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Der Auftrag des Ausschusses endet mit Zusammentreten des 11. Bundestages, SPD und Grüne haben angekündigt, daß sie einen neuen Ausschuß beantragen werden.

Die bisher vom Ausschuß durchgeführten Verhandlungen haben eindeutig ergeben, daß die Bundesregierung von den Exportvorhaben der HDW unterrichtet war und daß – so erklärte der ehemalige Chef des Kanzleramtes Schreckenberger vor dem Ausschuß, Bundeskanzler Kohl sich zustimmend geäußert habe wegen der Sicherheit der „Arbeitsplätze“ bei HDW. Sicher ist auch, daß Bundeskanzler Kohl mit dem südafrikanischen Ministerpräsidenten Botha über die Lieferung von U-Booten oder Bauplänen für U-Boote

verhandelt hat, als Botha im Juni 1984 zum Staatsbesuch in der BRD war. Botha soll nach Aussagen des Leiters der Abteilung Außenpolitik im Kanzleramt, Teltschik, erklärt haben, wenn ein Verkauf fertiger U-Boote nicht möglich sei, helfe auch der Verkauf von Bauplänen, weil Werften in Südafrika über Möglichkeiten verfügten, deutsche Baupläne umzusetzen. Eine schriftliche Erlaubnis der Bundesregierung für das Geschäft gibt es anscheinend nicht – aber auch kein schriftliches Verbot. Die zwölf Lieferungen haben sich über ein dreiviertel Jahr hingezogen, ohne daß sie aufgefliegen wären. Gleichzeitig sind von der Freiburger Firma Litel elektronische Navigationssysteme passend für die geplanten U-Boote nach Südafrika geliefert worden. Zu vermuten ist, daß auch andere Firmen Einzelteile geliefert haben. Das alles spricht dafür, daß die Bundesregierung den Verkauf gebilligt und stillschweigend geduldet hat. Gegenüber dem Ausschuß hat die Bundesregierung nun Akten vorgelegt, deren Inhalt als geheim deklariert ist, er darf nicht veröffentlicht werden. Unterlagen von HDW und IKL hat der Ausschuß bisher nicht erhalten, ihre Herausgabe soll vermieden werden.

Die Finanz- und Justizbehörden reagieren entsprechend. Die Oberfinanzdirektion Kiel, von Stoltenberg beauftragt, will nur ein Bußgeld von jeweils 50000 DM gegen das IKL und die HDW verhängen wegen „ungenehmigter Weitergabe von Informationen“. Eine Anklage wegen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz hat bislang keine Staatsanwaltschaft erhoben, Bundesanwalt Rebmann hat erklärt, in seinen Zuständigkeitsbereich fiele das Geschäft nicht.

Offenkundig ist, daß die Bundesregierung die südafrikanische Regierung

mit allen Mitteln unterstützen will, daß sie auch den Inhalt militärischer Geheimnisse kennen darf. Zum anderen hat sich die Bundesregierung im Ausschuß von zwei Völkerrechtlern bestätigen lassen, daß zweifelhaft sei, ob der Verkauf von Bauplänen für Rüstungsgüter, sogenannten Blaupausen, gegen die UNO-Rüstungssanktionen gegen Südafrika verstoßen. Damit hält sich die Regierung den Weg für Waffenexporte und militärische Unterstützung Südafrikas und anderer Staaten vollständig offen:

Die Blaupausen dürfen nach Südafrika verkauft werden, das notwendige Ingenieurpersonal darf sich nach Südafrika abwerben lassen oder erhält einen Posten bei einem westdeutschen Unternehmen in Südafrika, die nötigen „zivilen“ Werkzeugmaschinen, die entsprechenden „zivilen“ Bauteile dürfen geliefert werden, die Rüstungsgüter müssen nur erst im Empfängerland vollständig montiert werden.

Quellenhinweis: Pressemitteilung der Grünen im Bundestag v. 5.1., 8.1., 12.1., 13.1.; Handelsblatt v. 14., 16., 23.1.87 – (uld)

USA

„Konkurrenzfähigkeit“ ist das neue Allheilmittel

Reagans Botschaft zur Lage der Nation vor beiden Häusern des Kongresses am 27.1., eine von der Verfassung vorgeschriebene Pflicht, war mit einer gewissen Spannung erwartet worden, hatte doch Reagan seit über sechs Wochen keine Pressekonferenz, kein Interview, keine Fernsehansprache mehr von sich gegeben.

geführt. 48 der verhafteten Neofaschisten sollen aus der BRD eingereist gewesen sein. Auch in der BRD führte die Polizei Hausdurchsuchungen durch. Offenbar planten die Neofaschisten die Gründung einer neuen Partei, möglicherweise auch die Bildung einer Westberliner Gliederung der FAP. Durch Entscheidungen der Alliierten Mächte ist in Westberlin die Mitgliedschaft bzw. die Werbung für Organisationen, die die Ziele der NSDAP vertreten, unter Strafe gestellt. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf die NPD, die zu Recht von Seiten der Alliierten als Nachfolgeorganisation der NSDAP beurteilt und behandelt wird. Den Presseberichten zufolge gingen Polizei und Staatsanwaltschaft erst auf Drängen der Alliierten hin gegen die Versammlung der Neofaschisten vor. Von sich aus wären die westberliner Polizei und Staatsanwaltschaft wohl auch kaum eingeschritten. – (rül)



„Gelegentlich sind auch Siemens und Hoechst dabei“, berichtet „Bild“ von den Beratungen des Krisenstabs im Kanzleramt über die Entführung des Hoechst-Managers Cordes und des Siemens-Technikers Schmidt im Libanon. Die bürgerliche Presse hetzt, rät zu „Härte“ und spekuliert über eine Militäraktion der USA oder Israels. Gentscher beriet mit dem israelischen Außenminister Peres. Der Bruder des inhaftierten Mohammed Ali Hamadei wurde verhaftet und sitzt seitdem unter fadenscheinigen Vorwürfen faktisch in Sippenhaft. Selbst diese dreiste Festnahme stößt bei der SPD auf keine Kritik. SPD-Fraktionschef Vogel hat der Bundesregierung „Solidarität“ zugesagt bei allem, was sie tut. – (rül)

Jedoch, Reagans Rede war alter Wein in meistens noch nicht einmal neuen Schläuchen. Das ganze Arsenal Reaganscher Phrasendrescherei der letzten zehn und mehr Jahre war wieder da: daß die Amerikaner wieder stolz und aufrecht dastehen könnten, über die herrlichen Zukunftschancen, über die Wohlfahrtsempfänger, die Schuld an dem Defizit seien, bis zu dem armen Gott, „der aus den Klassenräumen amerikanischer Schulen verbannt ist“ (gemeint ist das nach wie vor verbotene Schulgebet) und den „Freiheitskämpfern in Nicaragua“, die dafür sorgen, daß die „Sowjetunion keinen Brückenkopf in Mittelamerika errichtet“.

Zum Iran-Kontra-Skandal erklärte er, daß die Sache bedauerlicherweise schief gegangen sei, daß es aber richtig gewesen sei, das Risiko einzugehen, und man auch in Zukunft solche Risiken eingehen müsse.

Ein Kommentator im „Philadelphia Inquirer“ schreibt, Reagan sei der alte, nur die Lage habe sich verändert. Zuvor beschreibt er den Moment, wo Reagan die Kontrolle über seine Zuhörer verlor: Das Ausmaß des Defizits sei „unerhört“, verkündete Reagan. Rauschender Beifall bei den Demokraten. Reagan schaut verdutzt, kapiert gar nicht, daß der Kongreß ihn veräppelt. Während seiner Präsidentschaft und aufgrund seiner Politik hat sich die Staatsschuld verdreifacht.

Der einzige hervorstechende Punkt ist ein angekündigtes Programm zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit der US-Kapitalisten in der Welt. „Konkurrenzfähigkeit“ ist jetzt der heiße Renner in Washington, und die Demokraten wollen da nicht zurückstehen. Der demokratische Vorsitzende des Giftmüll-Ausschusses hat dieses Amt flugs niedergelegt, um Vorsitzender eines Kongreßausschusses zur Konkurrenzfähigkeit zu werden. Wie dieses Vorhaben für die Werktätigen in den USA ausgehen wird, davon sprach Reagan sehr viel in seiner Rede: von der harten Arbeit, die der einzelne und die Geschäftswelt für sich tun müßten.

Zu konkreten Einzelheiten dieses Programms gibt es nur Andeutungen: ein 1 Mrd. \$-Programm zur Umschulung von Arbeitslosen, Errichtung von Wissenschafts- und Technologiezentren, Reform der Haftung der Unternehmen für ihre Produkte, mehr Flexibilität für die Unternehmen in der Benutzung des Pensionsfonds der Angestellten für andere Zwecke als Pensionszahlungen, Erleichterung der Antitrust-Gesetze, Abschwächung der Anti-Bestechungsbestimmungen im Außenhandelsgesetz, Erleichterung der Exportbeschränkungen für High-Tech-Güter, Bestimmungen im US-Handelsgesetz über Gegenmaßnahmen gegen unfaire Handelspraktiken anderer Länder, eine 200 Mio. \$ „Kriegskasse“ für Exportsubventionen. – (ger, her)

750-Jahr-Feier

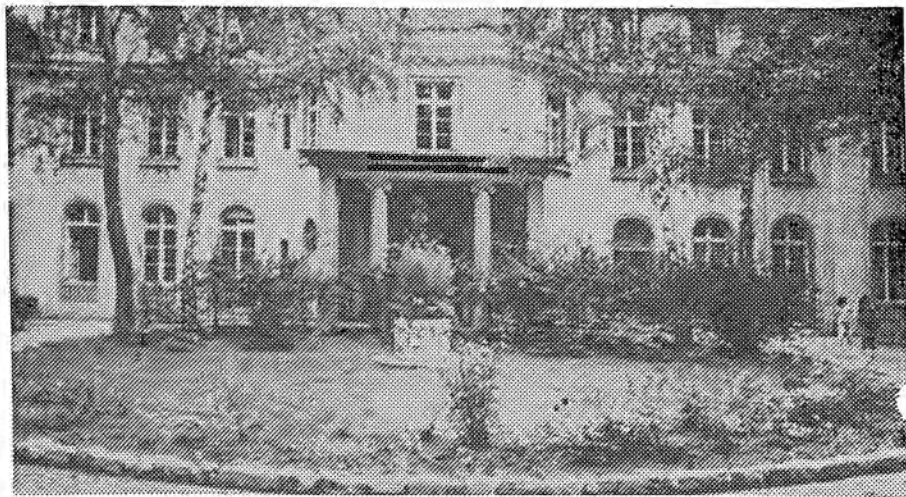
Was alle wissen sollen: „In Berlin entscheidet sich deutsches Schicksal“

Die 750-Jahr-Feier hat nicht erst mit der ZDF-Silvesterparty auf dem Flughafen Tempelhof begonnen. Es würde den Rahmen dieses Artikels jedoch sprengen, würde man alle schon gefundenen oder noch geplanten Aktivitäten aufzählen. Eine kurze Übersicht zeigt jedoch, daß vor allem die Bindung Westberlins an den Westen demonstriert werden soll: die Grundsteinlegung für das Deutsche Historische Museum; die Gründung einer neuen Akademie der Wissenschaften; die Internationale Bauausstellung; die Besuche der alliierten Staatsoberhäupter; das Deutsche Turnfest; das DFB-Pokalendspiel und die Eröffnung der Tour de France; die Einweihung des Japanisch-Deutschen Zentrums; die „Berliner Konferenz 1987 – Perspektiven für das 21. Jahrhundert“ (von Diepgen als wichtigste bezeichnet).

Rechtzeitig hat Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien mit einer eigenen Broschüre dafür gesorgt, daß eine senatsgetreue Geschichtsauffassung pub-

gen Aushaltens in der Stadt geachtet und geschätzt, besonders im Wedding – noch war damit der nationalsozialistische Machtapparat auszuschalten ... Dieser Bombenterror hatte psychologisch die entgegengesetzte Wirkung ... Was die Nationalsozialisten in zehn Jahren ihrer Herrschaft nicht in Berlin vermocht hatten, bewirkten die Briten mit ihrem Luftterror.“ Verändert wurde in der 2. Auflage lediglich die Aussage zu Goebbels zwischen den Gedankenstrichen, und das Wort „Bombenterror“ wurde durch „Flächenbombardements“ ersetzt.

Es ist aber typisch, daß sich die Kritik gegen Passagen richtet, die die Alliierten verunglimpfen. Zu den vielen Halbwahrheiten, bewußt weggelassenen Tatsachen und der seltsamen Gewichtung geschichtlicher Ereignisse wird nichts gesagt. Einige Beispiele: Zur Ermordung von Luxemburg und Liebknecht wird die Nazi-Propaganda verbreitet: Liebknecht sei erschossen worden, „als er flüchten wollte“. Daß



20.1.42: „Endlösung der Judenfrage“ in der Wannsee-Villa. Nicht ganz eine Spalte für dieses Thema. Dafür drei zur 700-Fahr-Feier Berlins 1937.

liziert wird: „Vorbereitungen zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987. Handreichungen für den Unterricht“. Eine solche zusätzliche Anweisung, wie die deutsche Geschichte zu unterrichten ist, hat es unseres Wissens bisher erst einmal gegeben – zum Jahrestag des 17. Juni. Ins Gespräch kam dieses 83 DIN-A-4-Seiten starke Werk wegen folgender Passagen: „Die Luftangriffe der Royal Air Force waren von verheerender Wirkung, so daß Goebbels an die Evakuierung der Frauen, Kinder und alten Menschen denken mußte ... aber damit konnte die Royal Air Force weder die Moral der Berliner brechen – Goebbels wurde wegen seines muti-

beide vorher im Hotel Eden mißhandelt wurden und z.T. bewußtlos zur Exekution in den Tiergarten gefahren wurden, daß auf Plakaten zur Ermordung der kommunistischen Führer aufgerufen wurde, kein Wort dazu in den Handreichungen. Die Ausführungen enden mit dem Satz: „Noch 40 Jahre später bekannte sich Pabst zu diesem Doppelmord“, als sei dies moralisch besonders lobenswert.

Wie immer, wenn es sich um diese Zeit dreht, wird Rot=Braun gesetzt: „NSDAP und KPD, die sich so erbittert bekämpften, waren sich aber in einem Punkt einig, nämlich in der Vernichtung der Weimarer Demokratie; zu diesem Zweck schlossen sie kurzfri-

Senat nutzt Jubiläum zur Stärkung des Nationalismus

„In seiner Vorlage ... weist der Senat in den Grundlinien darauf hin, daß die vorbereitenden Arbeiten zur 750-Jahr-Feier davon geprägt waren, daß Berlin nach wie vor die einzig denkbare Hauptstadt aller Deutschen ist. Es ist das geistig-kulturelle Zentrum der Nation. Das Stadtjubiläum fordert zu einer Berlin- und deutschlandpolitischen Standortbestimmung auf, die den Berlinern, allen Deutschen und unseren Partnern in der Welt bewußt zu machen ist.“ (Aus der Sitzung des Senats, Landespressedienst (LPD) v. 19.8.86)

„Mehr noch, auch unsere Verbündeten ... haben sich feierlich verpflichtet, die deutsche Teilung als europäische Teilung und damit die Überwindung der Teilung als europäische Aufgabe zu verstehen.

Nato-Beitritt der Bundesrepublik und der Abschluß des Deutschlandvertrages waren eins ... Unsere Westbindung bedeutet umgekehrt die Bindung der Alliierten und der Nato-Partner an die deutsche Frage. Der Franzose Pierre Hassner kennzeichnet diese Geschäftsgrundlage der Allianz so: „Deutschland wählt den Westen, aber der Westen akzeptiert das Problem der deutschen Teilung als sein eigenes.“

Berlin ist dabei die Klammer der deutschen Nation und ihre Hoffnung für die Zukunft ... Das heißt, wir dienen gemeinsam Berlin am besten, wenn wir diese Stadt weiter als eine freiheitliche Wirtschafts- und Kulturmetropole entwickeln ...“ (Diepgen vor der Französischen Nationalversammlung, LPD v. 6. 11.86)

„Die Mauer kann uns nicht hindern, unseren Teil der Stadt im Blick auf das ganze Berlin zu gestalten. Von Berlin aus kann trotz – oder vielleicht gerade wegen – der Teilung das Bewußtsein in Deutschland geprägt werden, zu einer Nation zu gehören. Das gilt für die Literatur, die Künste, das Theater, den Sport, für Wirtschaft und Wissenschaft ... Wir werden die Chancen der 750-Jahr-Feier nutzen. Wir können stolz sein auf unser Berlin.“ (Neujahrsansprache von Diepgen, LPD v. 30. 12.86)

„Im Mittelpunkt der 750-Jahr-Feier steht vielmehr die Zukunft. Wir haben die Aufgabe, Berlin als eine Metropole in der Mitte Europas und als Hauptstadt der deutschen Nation für das nächste Jahrhundert vorzubereiten. Das ist ein großes Wort, gewiß. Aber unsere Lage erfordert langfristig gesteckte Ziele, die gepaart bleiben mit dem nüchternen Blick für das heute Mögliche ...

25 Jahre nach dem Mauerbau empfinden die Deutschen in beiden Staaten sich wieder mehr als Deutsche. Das Bewußtsein, zu der einen deutschen Nation zu gehören, wächst ... Vor allem bei uns gibt es eine neue Sehnsucht nach überindividueller Selbstfindung in der Nation ... Mehr noch, ich bin davon überzeugt, daß wir in Deutschland (West) und Deutschland (Ost) in den vor uns liegenden Jahren eine große nationale Debatte bekommen werden, auf die die Wenigsten geistig vorbereitet sind ... Ich konstatiere also eine doppelte Scherentwicklung: Politisch ... arbeitet die Zeit eher für eine formale Auseinanderentwicklung ... Aber geistig ... für mehr Zusammengehörigkeit in Deutschland. Und wir arbeiten in der Zuversicht, daß eben nicht das Sein



Für „Berlin“ unterwegs: Diepgen

das Bewußtsein, sondern letztlich das Bewußtsein das Sein und Werden bestimmt.

Die Nation beweist sich in der freien Betätigung des Willens der Menschen, zusammengehören zu wollen. Zu einer Nation zu gehören, das läßt sich nicht verordnen oder herbeiinterpretieren, sondern ist Ausdruck von Selbstbestimmung. Nation ist, was Nation sein will. Deshalb ist das nationale Anliegen der Deutschen zutiefst freiheitlich bestimmt ... Berlin als Einheit anzusehen, das ist leichter als so etwas Abstraktes wie die deutsche Nation. Wenn es nun gelingt, trotz der Mauer in Berlin und gegenüber unseren Gästen auch bei der 750-Jahr-Feier zu zeigen, daß Berlin eine Stadt geblieben ist, dann fällt es auch leichter, eine ähnliche Vorstellung für die Nation im Ganzen zu entwickeln.“ (Rede Diepgens vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik, LPD v. 8.1.87)

stige Zweckbündnisse.“ Den Nachweis bleibt die Broschüre allerdings schuldig. Daß der Reichstagsbrand von den Nazis selbst gelegt worden ist, wird geleugnet: „Wenn es auch bis heute ungeklärt ist, wer den Brand gelegt hat – Kommunisten oder Nationalsozialisten –, es war ein Fanal ...“ Viel Raum wird der Nazi-„Kultur“ gewidmet. So wird auf einer ganzen Seite über die 700-Jahr-Feier Berlins 1937 berichtet, wird über wissenschaftliche und künstlerische Tätigkeit räsoniert. An Künstlern, die emigrieren mußten, werden namentlich sieben genannt. Die Judenverfolgung und -vernichtung insgesamt ist den Autoren nur 2/3 einer Seite wert. Über die allgemeine Lebenssituation, über die Arbeitsbedingungen, die Zerschlagung der Gewerkschaften, überhaupt über den Widerstand gegen das Naziregime erfährt der Leser bestenfalls etwas in Nebensätzen, meist gar nichts.

Das Kapitel 1945 bis 1987 ist entsprechend der politischen Bedeutung für den Senat am ausführlichsten und geprägt von der Absicht, die Bedeutung Berlins für die Weltpolitik herauszustellen, gemäß dem in der Überschrift wiedergegebenen Motto.

„Um den Ablauf der Ereignisse nicht durch die Ausbreitung unterschiedlicher Sichtweisen zu hemmen, wird auf die Erörterung wissenschaftlicher Kontroversen weithin verzichtet ...“ Da darf es dann auch nicht wundern, wenn all die „Märchen“ von der Blockade, vom 17. Juni, vom Chruschtschow-Ultimatum und vom Mauerbau in bekannter Art erzählt werden. Ein Beispiel soll noch verdeutlichen, in welchem Stil sich die Handreichungen zum Unterricht mit aktuellen politischen Problemen auseinandersetzen: „Die Eingliederung der Ausländer wird mit mannigfaltiger Hilfe gefördert. Freilich kann das in der außergewöhn-

lichen Lage Berlins nur gelingen, wenn ihre Zahl nicht weiter wächst ... Aus der Sicht des Senats müssen die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien langfristig eine Lebensentscheidung treffen: entweder in die Heimat zurückzukehren oder in der Stadt zu bleiben und sich zu integrieren.“ Diese Sätze dürften dem Herrn Landesschulrat Bath (SPD) aus der Feder geflossen sein, der als Mitglied der rechten „Berliner Bürgergemeinschaft“ bekanntgeworden ist. Z.B. hat er von „schleichender Landnahme“ der hier lebenden Ausländer gesprochen. Ihm dankt Frau Laurien ausdrücklich herzlich für die enge Zusammenarbeit bei dieser Broschüre.

Die Kürzung sozialer Leistungen zwecks Finanzierung der Jubelfeier wird nicht mehr widerstandslos hingenommen. Am 29.1. blockierten Rollstuhlfahrer für eine Stunde den Verkehr auf dem Ku'damm. – (har)

„Mitverantwortung der Deutschen“

Die internationale militärische Handlungsfähigkeit der BRD

Vor der Bundestagswahl haben Politiker der Regierungsparteien eine öffentliche Debatte um die Außenpolitik der BRD angezettelt, für die Strauß das Stichwort „Heraustreten aus dem Schatten Hitlers“ geliefert hat. Am Volkstrauertag 1986 konnte Dregger ohne Widerspruch den „deutschen Soldaten“ im zweiten Weltkrieg reinwaschen und sich mit ihm „versöhnen“; Wörner bereitet entsprechend für dieses Jahr endgültig den neuen Traditionserlaß für die Bundeswehr vor. In einem Interview mit der Zeitung „Welt“ vom 19.1.87 hat Strauß sehr deutlich die Ziele dieser Debatte dargestellt: „Die Deutschen müssen wieder bereit und fähig sein, Aufgaben in der Welt zu übernehmen. Man vermißt die Mitverantwortung der Deutschen. Die Deutschen sind entweder auf der Flucht vor sich selber oder noch im Luftschutzkeller der Politik.“

Erster Schritt beim verstärkten Mitmischen in der Welt ist die Aufhebung der letzten wenigen Beschränkungen für den Rüstungsexport der BRD, wie es die CSU fordert. Gilt hier schon, sich aus dem „Schatten Hitlers“ zu lösen, um wieviel mehr ist dies erforderlich bei der Vorbereitung direkter militärischer Interventionen der BRD. Während Frankreich und Großbritannien international relativ unangefochtenen Militäroperationen in aller Welt durchführen, während Italien und sogar Österreich, beide historisch ebenfalls belastet, Streitkräfte im Rahmen der UNO operieren lassen, war der BRD bislang internationaler Einsatz der Bundeswehr verwehrt. Das bedeutet allerdings nicht, daß die BRD bei Kriegseinsätzen der WEU-Partner oder der USA nicht unterstützend tätig war.

Im Rahmen des Wartime Host Nation Support Abkommens mit den USA hat sich die BRD zur direkten logistischen Unterstützung von US-Aktionen verpflichtet. Im Einsatzfall größerer britischer Streitkräfte, Ende letzten Jahres haben UK-Streitkräfte in Oman ein großes Wüstenmanöver durchgeführt, mußte ebenfalls die BRD die „Lücke“ stopfen. Mit der neuen französischen schnellen Eingreiftruppe (FAR) von 47000 Soldaten bestehen so feste Verbindungen, daß ein isolierter Einsatz der FAR kaum noch möglich ist. Der größte Teil der FAR z.B. wird am kommenden zentralen Herbstmanöver der Bundeswehr teilnehmen. Die Stationierung ihrer Streitkräfte in der BRD ermöglicht den imperialistischen Verbündeten darüber hinaus, diese Truppen als Reserveeinheiten der Konterrevolution zu nutzen, wie es Großbritannien mit dem Ein-

satz von Teilen der Rheinarmee in Nordirland praktiziert.

Um in der Welt aber militärisch mitreden zu können, wie Strauß es verlangt, muß auch die Bundeswehr eingesetzt werden können. Ohne daß wir wissen, ob hier bereits unmittelbare Einsatzpläne bestehen, soll im folgenden die Ausgangslage für die BRD dargestellt werden.

Im Rahmen der NATO verfügt die BRD besonders im Mittelmeerraum über eine Reihe von militärischen Stützpunkten, die hauptsächlich aus der Verantwortlichkeit der BRD innerhalb der NATO für die Länder Griechenland, Türkei und Portugal resultieren. In Beja (Portugal), Decimomannu (Sizilien) und auf Kreta sind Luftwaffenstützpunkte, von denen aus größere Mittelmeereinsätze möglich wären. Der Fliegerhorst Beja wurde Anfang

chen Mittelmeer bis tief in den Nahen Osten. Weiter hat die Bundeswehr noch Soldaten auf einem Panzerübungsplatz in Shilo (Kanada) stationiert, und in Budel (Niederlande) liegt ein ganzes Ausbildungsregiment der Luftwaffe.

In Afrika operiert die Bundeswehr mit kleinen militärischen „Beratergruppen“. Solche Militärberater wirken in den alten deutschen Kolonien Togo und Kamerun, in Niger, Rwanda, Somalia, Dschibuti, Mali, Zaire, dem Sudan und seit 1986 in Kenia und Tunesien. Die Gruppen sind nicht groß (ca. zehn Soldaten), aber in die Logistik der jeweiligen Streitkräfte eingebunden und haben enge Kontakte zur jeweiligen Regierung. Erwähnt werden müssen hier auch die sog. Hilfsaktionen der Bundeswehr, in deren Rahmen vor allem die Lufttransportgeschwader zu weltweiten Übungseinsätzen kamen (u.a. in Äthiopien, Sudan, Kolumbien, Türkei).

Neben den militärischen Verbindungen für weltweite Interventionen verfügt die BRD auch über die entspre-

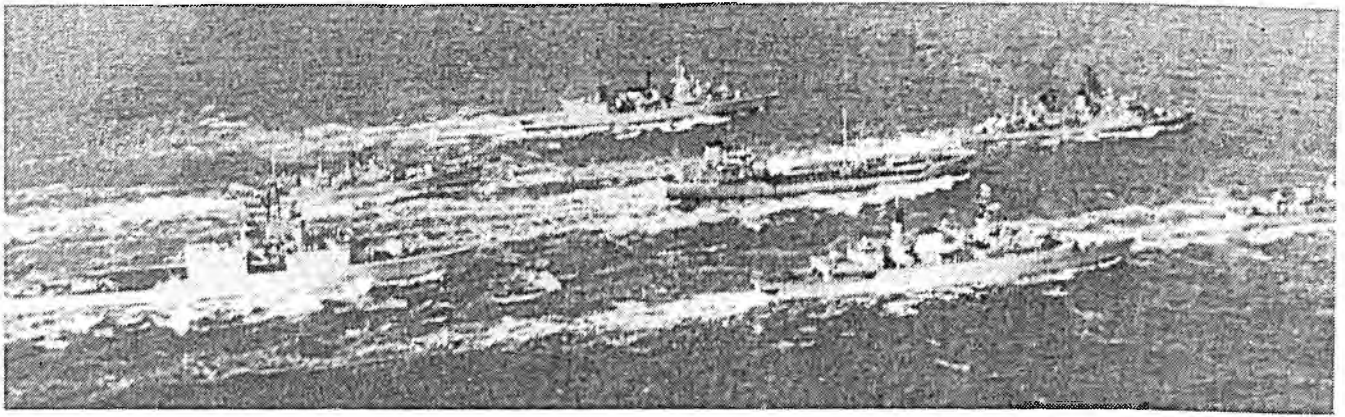


Verteidigungsminister Wörner umgeben von Soldaten einer Luftlandetruppe, der Eliteeinheiten des Heeres

der 60er Jahre gegründet und mit Starfightern bestückt. Geplante Ausbauten fanden jedoch nicht statt, und so verfiel der Stützpunkt ein wenig, bis 1979 ein neuer Vertrag zwischen Portugal und der BRD abgeschlossen wurde. Seither kommen Alpha-Jet, Phantom und auch MRCA-Tornado dort zum Einsatz; fast 250 Soldaten sind ständig stationiert. Der 1959 auf Sizilien eingerichtete Übungsplatz wurde 1977 mit modernen Luftwaffenübungsgeräten ausgebaut, 170 „Deutsche“ sind ständig dort. Kommt es zu der in der NATO geplanten Einrichtung des Luftwaffen- und Panzerübungsplatzes in Konya (Türkei), der ebenfalls hauptsächlich von der Bundeswehr betrieben würde, verfügte die BRD über Luftwaffenbasen für den Einsatz vom westli-

chenden Truppen. Hier sind die erwähnten Lufttransportgeschwader und Luftlandetruppen als Elite des Heeres wichtig. Zur Zeit werden diese Einheiten mit Tropenanzügen und Splitterschutzwesten ausgerüstet.

Als Ergebnis dieser Bestandsaufnahme kann als sicher gelten, daß die BRD fähig und willens ist, über ökonomische Erpressung und diplomatische Ränke hinaus auch militärisch Außenpolitik zu machen. Ob es tatsächlich zu BRD-Beteiligungen an Interventionen kommt, hängt sehr stark vom Widerstand in der BRD und im Ausland ab. Quellenhinweis: bundeswehr-aktuell, Österreichische Militärische Zeitschrift, Nachrichten Jugend/Militär/Gefängnisse, div. Ausgaben 1985 und 1986 – (jok)



Die Ständige NATO-Flotte (STANAVFORLAND) vor dem Hafen von Portsmouth

Die Beteiligung der Bundeswehr an Eingreifverbänden der NATO

1960 wurde auf Initiative des NATO-Befehlshabers Europa ein kleiner, strategisch beweglicher, multinationaler Gefechtsverband eingerichtet: die Allied Command Europe Mobile Force (AMF). Dieser Eingreifverband der NATO umfaßt Truppenkontingente aus Belgien, Kanada, Italien, Luxemburg, Großbritannien, den Niederlanden, den USA und der BRD. Die AMF ist untergliedert in die Landstreitkräfte AMF(L) und Luftstreitkräfte AMF(A). Das Hauptquartier von AMF(L) liegt in Seckenheim bei Mannheim. Kommandeur von AMF ist z.Zt. ein kanadischer General. Mit 1100 Soldaten ist der Anteil der Bundeswehr ziemlich hoch (AMF(L) hat insgesamt 5200 Soldaten). An den Lufttruppen ist die BRD ebenfalls beteiligt. Das Bundeswehrkontingent besteht hauptsächlich aus folgenden Einheiten: Fallschirmjägerbataillon 262 aus Merzig im Saarland, Teile des Feldartilleriebataillons 545 in Lahnstein und die 1. Staffel der Heeresfliegerabteilung 301 in Niederstetten. Das Fallschirmjägerbataillon

262 hat bisher an allen AMF-Manövern an der südlichen NATO-Flanke teilgenommen, ist somit die Eliteeinheit der Bundeswehr für eventuelle „Feuerwehr“-Einsätze.

Regelmäßig werden AMF-Manöver durchgeführt; ein Teil findet am Nordrand der NATO in Norwegen statt, ein anderer Teil an der Südflanke in Italien, Griechenland oder der Türkei. Die Geschwader aus NL, GB, CND und USA sind für die Nordflanke, die aus B, I und BRD für die Südflanke zuständig. 1985 fand das Manöver „Archway Express“ in der Türkei statt. „Bundeswehr-aktuell“ vom 30.10.85 berichtet: „Über eine Strecke von rund zweieinhalbtausend Kilometern waren die Männer des deutschen Anteils mit den ‚Transall‘ des Luftwaffentransportkommandos in wenigen Tagen eingeflogen, Fahrzeuge und Material per Schiff vom Verladehafen Zeebrugge (Belgien) bis zum türkischen Tekirdag ‚herangeschippert‘ worden.“ Während der „Kampfphase“ fanden Luftlandeangriffe auf Nachschubbasen statt. Auch bei der Übung 1986 in Norditalien war der

rasche Transport von Truppen in ein bestimmtes Gebiet wichtiges Manöverziel.

Insgesamt muß man diesen NATO-Verband neben der schnellen Eingreiftruppe der USA als Spezialtruppe ansehen, deren Teile auch zu Aktionen außerhalb des NATO-Operationsgebietes, z.B. im Nahen Osten, fähig sind.

Ähnlich wie bei den Heeresstreitkräften sichert sich die NATO schnelles militärisches Eingreifen auch auf den Meeren. 1968 wurde der Ständige NATO-Einsatzverband Atlantik (STANAVFORLAND) gebildet, der aus sechs bis acht Zerstörern besteht. Beteiligt sind die USA, Kanada, Norwegen, Dänemark, Großbritannien, Niederlande, Belgien, Portugal und die BRD. 1984 war erstmals ein BRD-Offizier Kommandeur dieses Verbandes, gleichzeitig wurde der Zerstörer „Lütjens“ Flaggschiff. STANAVFORLAND ist für die NATO jederzeit verfügbar und kann rasch in „bedrohten Gebieten“ eingesetzt werden. Der Verband untersteht dem NATO-Oberbefehlshaber Atlantik. Das Operationsgebiet der NATO-Flotte erstreckt sich auf den ganzen Atlantik. Hauptaufgabe ist die Sicherung der Seeverbindungen zwischen den USA und Europa, aber der Verband ist ebenfalls zu Einsätzen vor afrikanischen Küsten oder in Mittelamerika in der Lage.

Ein Problem für die BRD stellt sicher die Beschränkung des NATO-Verbandes auf den Atlantik dar. Die Notwendigkeit eines multinationalen Flottenverbandes Indischer Ozean wird in den Fachzeitschriften immer mehr beschworen. Ein möglicher Rahmen dafür wird in der WEU gesehen, die ja im Gegensatz zur NATO territorial für ihr Wirken nicht beschränkt ist (siehe hierzu ausführlich die Broschüre der Volksfront zur Bundeswehr vom September 1986).

Quellenhinweis: Information für die Truppe, 4/80; Europäische Wehrkunde 12/85; ÖMZ 1/86 und 1/87, bw-aktuell, div. Ausgaben



AMF-Manöver „Archway Express“ 1985 in der Türkei: Türkische Infanteristen werden aus einem BRD-Hubschrauber abgesetzt

EG-EFTA

EG expandiert weiter – EFTA-Länder streben in die EG

Am 17.12.86 fand in Stockholm die vierte Eureka-Konferenz statt. Die anwesenden Vertreter von 19 Staaten, von 12 EG-Staaten, den sechs EFTA-Staaten Island, Norwegen, Schweden, Finnland, der Schweiz und Österreich sowie der Türkei erweiterten das Eureka-Programm um 37 neue Forschungsvorhaben zu den bereits beschlossenen 72 Projekten. Der schwedische Ministerpräsident Carlsson führte zu dem Erfolg der Eureka-Konferenz aus: „Gemeinsam hat die europäische Industrie große Möglichkeiten, die technologische Bedrohung aus den USA und Japan zu meistern.“ Das Eureka-Programm dient den europäischen Imperialisten, gemeinsam gegen die Konkurrenten anzutreten. Darüber hinaus verfolgen sie mit Eureka das Ziel, weitere Voraussetzungen für die Erweiterung des europäischen Imperialisten-Bündnisses zu schaffen.

In den EFTA-Staaten verstärken die Bourgeoisien die Diskussion um den Beitritt ihrer Länder in die EG. Die regierenden sozialdemokratischen Parteien z.B. in Österreich, Schweden und Norwegen haben z.T. Abschied von ihren ablehnenden Positionen gegenüber der EG genommen. Gaben die Sozialdemokraten der norwegischen Arbeiterpartei noch Anfang der 70er Jahre Erklärungen gegen den EG-Beitritt ab – der EG-Beitritt wurde 1972 in Norwegen in einem Referendum mit 53% der Stimmen abgelehnt – so hat sich seither ihre Haltung geändert. Anfang der 80er Jahre erklärte die Arbeiterpartei in einem europapolitischen Arbeitsdokument: „Norwegen sollte sich dafür einsetzen, daß alle westeuropäischen NATO-Länder gleichberechtigt im Rahmen der Westeuropäischen Union arbeiten können, falls die eingeleiteten Bestrebungen zur Belebung der WEU zu einem Ergebnis führen“. 1982, aus Anlaß des zehnten Jahrestages des norwegischen Referendums, forderte die Vorsitzende der Arbeiterpartei und derzeitige Ministerpräsidentin Norwegens, Frau Brundtland, zur Diskussion auf, sich in den 80er Jahren mit der Rolle Norwegens in der Welt neu auseinanderzusetzen. Sie hob insbesondere die Bedeutung der außenpolitischen Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) hervor. Eine engere politische Zusammenarbeit mit der EG und damit eine norwegische Europa-Debatte mit neuem Inhalt sei erforderlich. Für die kommenden Wochen hat die norwegische Regierung eine „Europa-Bilanz“ angekündigt. Das norwegische Parlament wird ein von der Regierung erstelltes „Weißbuch“ diskutieren,

worin eine Bestandsaufnahme der europäischen Entwicklung der 70er und 80er Jahre dargelegt ist. Aus Österreich (siehe Kasten) ist eine ähnliche Diskussion um den EG-Beitritt bekannt, die nach der Bildung der großen Koalition zwischen SPÖ und Österreichischer Volkspartei (ÖVP) weiter zunehmen wird. Dabei wird der Bruch des österreichischen Staatsvertrages direkt vorbereitet. Durch die Einbeziehung Österreichs in die EG verstärken die EG-Imperialisten ihren Druck gegen die Balkanstaaten und insgesamt ihre Einkreisungspolitik gegen die Comecon-Staaten Osteuropas.

Schaffung eines west-europäischen Wirtschaftsraums

1984 hatten sich die Außen- und Wirtschaftsminister der EG- und EFTA-Staaten auf ihrem Treffen in Luxemburg in einer „Gemeinsamen Erklärung“ zu dem Ziel, einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu schaffen, bekannt. Damit schlossen sich die EFTA-Staaten den Vorstellungen der EG weitge-

EFTA-Staaten bilaterale Verträge, die den EG-Freihandel auch auf den Handel zwischen EG und EFTA erstreckten, zunächst für nichtagrарische Waren. In einem demnächst folgenden weiteren Schritt soll der Freihandel auch die agrарischen Produkte umfassen. Derzeit stehen Verhandlungen zwischen EG und den EFTA-Staaten an u.a. über den Abbau der Grenzkontrollen, die Angleichung von technischen Normen, die Besteuerung sowie verstärkte Zusammenarbeit bei europäischen Forschungsprojekten.

Parallel dazu arbeiten EG- und EFTA-Staaten im Europarat, in dem neben diesen noch weitere europäische Länder vertreten sind, an der europaweiten Strategie zur Terrorismus-Bekämpfung, die zu einer gemeinsamen „europäischen Sicherheitspolitik“ zur Bekämpfung von Unruhen und Aufständen führen soll, wozu auch die Einführung eines europäischen Personalausweises zählt.

Die in der EG zusammengeschlossenen Imperialisten haben ihren Anteil am Außenhandel der EFTA-Staaten seit Mitte der 70er Jahre auf 35 bis 70 Prozent ausbauen können (siehe Tabelle). der EG-Anteil liegt noch höher, wenn die bis 1984 wertmäßig gestiegenen Öllieferungen abgezogen werden. Besondere Nutznießer waren die BRD-



„Ein europäischer Plan gewinnt Struktur“: Eureka-Ministerkonferenz im November 1985 in Hannover.

hend an, denn die EG hatte bereits zuvor beschlossen, den westeuropäischen Binnenmarkt – selbstverständlich unter Einschluß der EFTA-Staaten – bis 1992 zu verwirklichen.

Bereits zu diesem Zeitpunkt hatten die Bourgeoisien der EG- und EFTA-Staaten wesentliche Voraussetzungen zur Schaffung eines westeuropäischen Wirtschaftsraums geschaffen. Nach dem Ausstieg von Dänemark, Großbritannien und Irland aus der EFTA und ihrem Anschluß an die EG 1972 knüpften die EG und die verbliebenen

Imperialisten, die z.B. zwischen 1983 und 1985 ihren Überschuß im Handel mit Österreich von 9,5 auf 12,2 Mrd. DM, mit der Schweiz von 8,7 auf 11,7 Mrd DM, mit Finnland von 0,6 auf 1,2 Mrd DM und mit Schweden von 2,8 auf 3,8 Mrd DM steigerten. Einzig Norwegen konnte im Handel mit der BRD durch die hohen Öllieferungen einen Überschuß erzielen. Die BRD ist größter Handelspartner von Schweden, der Schweiz und Österreich, zweitgrößter von Norwegen und Finnland und drittgrößter von Island. Dies erklärt

das besondere Interesse der BRD-Imperialisten nach Anschluß der EFTA-Staaten an die EG.

Welches Interesse treibt nun die EFTA-Staaten in die EG? Die Konzerne in den EFTA-Staaten wickeln ihren Handel zum großen Teil mit der EG ab. Schwedische Konzerne beliefern die EG mit Eisenerz, norwegische mit Erdöl und Erdgas, Island liefert Fischereierzeugnisse an die EG. Finnland bestreitet seine Exporte in die EG zu 60% mit Papier, Holz und Zellulose. Darüber hinaus haben die Konzerne der EG und EFTA-Staaten im Rahmen von Eureka eine enge Zusammenarbeit beschlossen. Die Automobilkonzerne, darunter die schwedischen, betreiben das Prometheus-Projekt (Entwicklung

und grenzüberschreitender Einsatz neuer Verkehrsleitsysteme). Der französische Matra-Konzern und die norwegische Norsk Data haben einen Kooperationsvertrag für kompakte Vektorrechner abgeschlossen, bei der Laser-Herstellung kooperiert die Fiat-Firma Comau mit der schweizerischen Lasag. Bei dem Projekt Eurobot kooperieren norwegische und schwedische Konzerne wie Trallfa, ASEA, Elektrolux, die den größten Anteil am EG-Markt halten, mit VW u.a. Bei einem weiteren Eureka-Projekt, Eurolaser, sind alle großen europäischen Elektronikunternehmen, darunter schweizerische und österreichische, beteiligt. Für die Finanzierung von Eureka-Projekten hat die Deutsche Bank anderen europä-

Anteil der EG am Handel der EFTA-Staaten

Island:	Einfuhr	Ausfuhr
Jahr		
1970	55,4	38,8
1975	45,2	26,4
1983	45,1	34,7
Norwegen:		
1970	43,9	57,6
1975	44,0	53,1
1984	45,6	70,0
Schweden:		
1970	55,8	50,6
1975	52,9	45,6
1984	52,8	47,9
Finnland:		
1970	43,1	46,4
1975	37,0	36,1
1984	35,6	57,9
Schweiz:		
1970	67,8	47,2
1975	66,4	44,3
1984	67,3	50,3
Österreich:		
1970	64,6	48,9
1975	62,6	45,2
1983	62,7	53,7

Österreich: EG-Beitritt wird vorbereitet

„War es noch zur Zeit der Regierung Bruno Kreisky absolute Außenseitermeinung, eine neue Ordnung des Verhältnisses zwischen Österreich und der Europäischen Gemeinschaft zu vertreten, von Assoziation, Mitgliedschaft unter Neutralitätsvorbehalt oder gar Mitgliedschaft ohne Einschränkung zu reden, so steht dies heute auf der Tagesordnung ... So war in dieser Politikergeneration das Jahr 1973, in dem der Handelsvertrag Österreichs mit der Europäischen Gemeinschaft in Kraft trat, ein Endpunkt ... (Die) Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), hatte zwar bereits mit dem Amtsantritt von Bundeskanzler Fred Sinowatz eine neue Europa-Politik angekündigt, die kritischen Töne ... überwogen allerdings. Mit Antritt der Regierung Franz Vranitzky ... erfolgte im Juni 1986 die neue Orientierung ... Auch im Bundespräsidentenwahlkampf im Sommer 1986 hatte das Verhältnis Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft eine Rolle gespielt. Österreichs Bundespräsident Kurt Waldheim vertrat gleichfalls eine stärkere Anbindung Österreichs an die Europäische Gemeinschaft ... Der erste Sprung in der Neuorientierung der österreichischen Europa-Politik ...: Es handelt sich hier um die Ausnutzung der bilateralen Instrumente, also der intensivierten Vertragsabschlüsse und Regelungen mit der EG auf der Grundlage und im Geiste des gegenwärtigen Handelsvertrags ... (Der zweite Sprung: Die Teilintegration) Im Rahmen dieses zweiten Sprungs sollte die Beobachterstellung im Europäischen Parlament, in anderen Organen der Europäischen Gemeinschaft und bei den Europäischen Ministerräten erreicht werden ... (Der dritte Sprung: Die institutionelle Ausgestaltung) Es kann dies nur ein Assoziationsvertrag nach Artikel 238 des EG-Vertrags

sein. Der Inhalt eines solchen Vertrags kann nach EG-Recht beliebig gestaltet werden; er kann bis an die Mitgliedschaft heranreichen. Natürlich stellt sich die Frage, warum Österreich nicht von vornherein die volle Mitgliedschaft anstreben sollte. Die Antwort darauf ist einfach: Unter den heutigen Umständen und in der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Europa könnte ein solches Signal als Bruch des Basiskonsens des Jahres 1955 mißdeutet werden.“ (Prof. Khol, Direktor der Politischen Akademie Wien und Mitglied des Österreichischen Nationalrats, Österreich und die Europäische Gemeinschaft, in: Europa-Archiv, 24/86)

„Wir mußten aus österreichischer Sicht in den vergangenen Jahren zur Kenntnis nehmen, daß in Europa wesentliche außenpolitische Veränderungen vor sich gegangen sind. Noch vor sechs oder sieben Jahren waren wir als Nicht-Mitglied von EG oder Zehnergruppe in guter Gesellschaft – etwa mit der Schweiz, Finnland, Griechenland, Spanien oder Portugal. Dies hat sich nun grundlegend geändert. Die Schweiz ist bei der Zehnergruppe dabei, die südeuropäischen Länder sind in der EG, die Finnen haben durch die relativ gute Koordination innerhalb der nordischen Gruppe an Stärke gewonnen, bleibt Österreich als einziges Land in einer Art Schwebezustand dazwischen.“ (Präsident der österreichischen Nationalbank, Stephan Koren, Handelsblatt, 22.12.86)

Regierungserklärung von Vranitzky (SPÖ) am 18.6.86:

„Unter Wahrung unseres völkerrechtlichen Status müssen und werden wir weiterhin jenes optimale Verhältnis zu den Europäischen Gemeinschaften anstreben, das durch Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Mitwirkung und der Mitgestaltung den Zugang zu einem modernen und technologisch starken Europa sichert.“ (EA, 24/86)

ischen Banken ein gemeinsames Finanzierungsprogramm vorgelegt. Großbanken aus den EFTA-Staaten bekundeten bereits ihr Interesse.

Quellenhinweise: Europa-Archiv, 14/85, 2/86; EG-Magazin, 3/85, 9-10/85, 9-10/86; HAZ, 18.12.86; Bulletin der EG, 6/85; MEDIATUS, 1-86; Blätter f. deutsche und internationale Politik, 7/85; Das Parlament, 33-34/86, FR, 02.08.86 – (sie)

Griechenland

EG diktiert Wirtschaftsprogramme

Zweimal konnte die griechische Regierung seit dem EG-Beitritt 1981 die Einführung der EG-Mehrwertsteuer erfolgreich verhindern. Im letzten Jahr hatte die EG mit der Sperrung eines Neukredits in Höhe von 1,6 Mrd. DM gedroht. Zum 1. Januar 1987 ist auch Griechenland „harmonisiert“: sechs Prozent Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und Massenverbrauchsgüter, 18% auf Dienstleistungen und 36% auf „Luxusgüter“ wie Tabak, Fernseh- und Radiogeräte usw.. Für die Lohnabhängigen und auch für die vielen Kleinrentner, Kleinbauern usw. verteuern sich die Lebenshaltungskosten enorm. Mit einem Generalstreik, Branchenstreiks und Demonstrationen kämpfen die Lohnabhängigen für eine Besserung ihrer Lage, die sich seit dem EG-Beitritt ständig verschlechtert hat.

Die Verschuldung Griechenlands hat sich seit dem EG-Beitritt bis heute mit fast 20 Mrd. US-\$ fast verdreifacht. Kaum waren die letzten Schranken gegen den imperialistischen Freihandel und gegen das imperialistische Kapital

verschwunden, überschwemmten die EG-Imperialisten Griechenland mit ihren Waren und ihrem Kapital. Haupthandelspartner ist die BRD, bei der Griechenland sich Jahr für Jahr mit einem Handelsdefizit von umgerechnet bis zu einer Mrd. US-\$ mehr verschuldet. Fast ein Fünftel der Deviseneinnahmen Griechenlands fließt für Schulden- und Zinszahlungen an die „EG-Partner“. Mitte 1986 sah sich die Pasok-Regierung unter Premierminister Papandreu gezwungen, den Druck der EG nachzugeben und ein Sanierungsprogramm mit Lohnsenkungen um sieben Prozent zu verabschieden. Bereits im Jahr zuvor hatte die Regierung zum wiederholten Mal die griechische Währung um fast 20% abwerten müssen.

Derzeit drängen die EG-Monopole insbesondere auf die Beseitigung des staatlichen Sektors in der Wirtschaft und im Bankenbereich. Die griechische Regierung mußte beschließen, 19 Betriebe zu schließen oder zu versteigern. Von den 30000 Beschäftigten in 46 „ökonomisch-problematischen“ Betrieben sollen in einer ersten Phase 4000 entlassen werden. Bereits jetzt sind fast 400000 Lohnabhängige arbeitslos. Die EG fordert weiterhin die Beseitigung der „Strukturschwäche“ der griechischen Wirtschaft, insbesondere die Rationalisierung der Landwirtschaft, und betreibt über das sog. integrierte Mittelmeerprogramm die Vernichtung der Kleinbauern. Fast 30% der Beschäftigten sind Bauern, zumeist Kleinbauern oder Pächter, die im Schnitt nur 3,6 Hektar (EG: 17,7 ha) bewirtschaften. Quellenhinweis: Handelsblatt, 18., 19./20.12.86; FR, 25.06., 26.11.86; EG-Magazin, 9-10/86 – (sie)

Jugoslawien

Förderung des „kleinen Eigentums“

Die Krisenentwicklung in Jugoslawien konnte bislang nicht eingedämmt werden. Dort, wo im Sinne der Gläubigerländer und des IWF verfahren wurde, ging das auf Kosten der Masse der Arbeiter, Bauern, Arbeitslosen und da vor allem der vielen jugendlichen Arbeitslosen. So wurde zwar das Handelsbilanzdefizit etwas gesenkt (wir berichteten), dafür wurden aber die Löhne real um mehr als 10% gesenkt, die Preise – nach IWF-Wunsch freigegeben – stiegen, und Erzeugnisse, die im Inland benötigt werden, werden auch exportiert.

Der Widerstand im Land gegen all diese Maßnahmen ist zwar vielfältig. Neben einer zunehmenden Zahl von Streiks in einzelnen Betrieben wurden im letzten Jahr mehrere Betriebsdirek-

toren von Arbeitern getötet. Die Zeitschrift NIN analysierte in einem Artikel die politischen Motive: Der Betriebsdirektor ist derjenige Vertreter der herrschenden Klasse, der mit all den „unpopulären“ Maßnahmen den Arbeitern direkt gegenübertritt, außerdem ist er durch seine Direktwahl quasi demokratisch legitimiert. Diese Ereignisse zeigen zum einen, daß die Widersprüche sich zuspitzen, zum anderen sind sie eher Ausdruck eines vereinzelt und verzweifelten Widerstandes ohne Hoffnung auf eine Perspektive für die gesamte Arbeiterklasse.

Auch die Partei, der BdKJ, verliert zusehends an Ansehen, vor allem bei den jungen Leuten. Zwar wurden auf dem Parteitag im Sommer 1986 alle Schwierigkeiten und Probleme aufgezählt, tatsächlich aber ist die Situation ziemlich verfahren, und „gelöst“ wird alles mit weiteren Zugeständnissen an die Gläubigerländer. Nach eine Umfrage vor dem Parteitag halten 80% aller Jugoslawen den BdKJ für unfähig, die Probleme im Land wirklich anzugehen. Auf verschiedenen Kongressen des Jugendverbandes, zuletzt in Slowenien, wurde ebenfalls Kritik an der Politik von Partei und Regierung geübt (wir berichteten).

Gefördert werden soll nun vor allem das „kleine Eigentum“, dies wird als „Ausweg“ aus den Problemen gepriesen. Die bisherige Beschränkung auf 10 Beschäftigte pro privat betriebenen Betrieb soll aufgehoben werden. Zum einen soll damit die miserable Lage vieler Bauern gebessert werden, zum anderen werden damit wohl bestehende Bereiche der sogenannten „Schattenwirtschaft“ legalisiert. Auch sollen Arbeitsplätze so geschaffen werden.

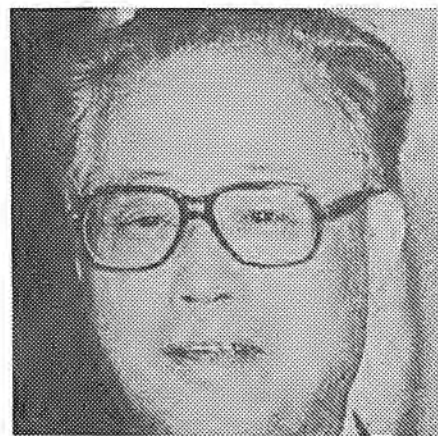
Die Liberalisierung hat noch ein anderes Ziel: sie soll die im Ausland lebenden Jugoslawen dazu bringen, ihre angesparten Devisen im eigenen Land zu investieren. Nach Schätzungen werden die Guthaben jugoslawischer Arbeiter auf europäischen Banken auf ca. 20 Milliarden Dollar geschätzt, das entspricht in etwa der Verschuldung Jugoslawiens im Ausland. Auch wenn die Zahl etwas hoch erscheint, würde ein Devisenrücktransfer die Schuldentrückzahlung erleichtern. Die Zurückhaltung der im Ausland lebenden Jugoslawen liege, so Ministerpräsident Mikulic in einem Fernsehinterview, an „bürokratischen“ Hürden für Kleinbetriebe und an einem generellen Mißtrauen in die wirtschaftliche Lage des Landes.

All diese Maßnahmen zur Belebung der „kleinen Wirtschaft“ können aber weder für die Arbeiter noch für einen Großteil der Bauern wirklich eine Perspektive sein. Bislang haben Beschäftigte in diesen Betrieben keine tarifliche Beschränken. Und auf dem Land wird dies erstmal zu einer Differenzierung der Bauern führen. – (lsc)

VR China

Stärkung der Planwirtschaft und der Arbeiterkontrolle

Die Medien im Westen spekulieren, ob und wie weit die von Deng Xiaoping eingeleiteten marktwirtschaftlichen Reformen mit lohnenden Geschäftsaussichten für imperialistische Konzerne weitergeführt werden, ob nur bis zum Tode von Deng Xiaoping oder auch danach. Die chinesischen Medien werden nicht müde zu beteuern, an der Politik der Öffnung zum Westen werde sich nichts ändern, trotz der Kampagne gegen „bürgerliche Liberalisierung“. Gleichzeitig werden aber – im Ausland noch weitgehend unbeachtet – in der Wirtschaftspolitik Maßnahmen verwirklicht, die die eingeschlagenen marktwirtschaftlichen Re-



Zhao Ziyang, Ministerpräsident und Nachfolger des abgesetzten Hu Yaobang als Generalsekretär der KPCh, gilt als der Urheber der Agrarreformen, der Privatisierung der Landwirtschaft.

formen zu konterkarieren scheinen.

Auf dem Höhepunkt der Studentendemonstrationen verkündete die chinesische Regierung, es werde 1987 keine Preiserhöhungen bzw. keine Freigabe der Preise für Grundnahrungsmittel, Strom, Wohnraum etc. geben. In den vergangenen Jahren hatte die Regierung die Preise für Grundnahrungsmittel schrittweise angehoben und daneben die Preise für die meisten Konsumgüter vollständig freigegeben – mit der Folge einer Inflationsrate von jährlich etwa 20% und wachsendem Widerstand vor allem unter der Stadtbevölkerung. Die Aufhebung staatlicher Preiskontrollen und Subventionen für Grundnahrungsmittel (die etwa 30% des Staatshaushalts ausmachen) machte Sinn im Zusammenhang der Ersetzung zentraler Planung durch die Steuerung über den Markt; außerdem hatte der IWF entsprechende Maßnahmen gefordert. Der Stopp weiterer Preisbewegung um die Jahreswende weitere Kreise zog. Womöglich muß die KPCh aber auch ihren wirtschaftspolitischen

Kurs korrigieren.

Am 11. Januar setzte die Regierung drei Verordnungen über das Verantwortlichkeitssystem auf Fabrikebene in Kraft. Danach sind die staatlichen Fabriken Einheiten, die im Rahmen des Staatsplan auf eigene Rechnung wirtschaften und die von einem Fabrikdirektor geleitet werden, der die Verantwortung für Produktion, Management und Verwaltung trägt. Dessen Autorität ist aber durch die Arbeiterkongresse auf Fabrikebene eingeschränkt, die Basisorgane des Allchinesischen Gewerkschaftsbunds, die u.a. die Unternehmenspläne korrigieren, über Anreize oder Sanktionen gegen Arbeiter oder Manager entscheiden und die Lohnentwicklung bestimmen können. Die Orientierung an Staatsplänen soll die freie Entfaltung der Konkurrenz unter den Fabriken unterbinden.

Im Bankensektor, wo im vergangenen Jahr die Einführung von Aktienhandel und Börsen und die Umgestaltung der Banken von staatlichen Kassen zu selbständig wirtschaftenden Finanzinstituten auf dem Plan standen, ist jetzt die Verstärkung der zentralen Kontrolle angekündigt: „Die Einrichtung neuer Finanzinstitute muß sich unter strikter Staatsplanung vollziehen.“

Diese Maßnahmen sind begleitet von einer zunehmenden Abgrenzung der Medien und hoher Funktionäre der KPCh gegenüber den Segnungen des Marktes. Am 19. Januar erklärte der frühere Außenminister Huang Hua: „Wir müssen besonders die ‚geplante‘ Seite unserer auf dem Plan beruhenden Warenwirtschaft beachten ...“ „Wir dürfen nicht vollständig die Planung durch Befehl und vor allem nicht die gesamte Planwirtschaft negieren ... Es ist unrealistisch, einen hohen Konsum zu fördern und einseitig festzustellen, daß ein hoher Konsum die Produktion fördern kann. Im Verhältnis zwischen Produktion und Konsumtion ist die Produktion der führende Faktor.“

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, 29.1. u. 5.2.87; China aktuell, div. Ausgaben – (wom)

Mexiko-USA

250000 Beschäftigte in US-Billiglohnzone

Über 500 US-Konzerne haben sich in den letzten vier Jahren in Mexiko an der Grenze zur USA angesiedelt, darunter die größten Monopole der USA. Die billige mexikanische Arbeitskraft, von den US-Imperialisten bereits im Süden der USA zu Hunderttausenden ausgebeutet, steht ihnen in Mexiko jetzt weitaus billiger und massenhafter zur Verfügung. Über 60% der mexikanischen Lohnabhängigen sind arbeits-

los oder unstet beschäftigt. Durch die massiven Peso-Abwertungen der letzten Jahre sind die mexikanischen Arbeitskräfte für die US-Konzerne noch günstiger, noch billiger geworden.

Seit 1965 erlaubt die mexikanische Regierung den US-Konzernen, im Norden Mexikos, dicht an der Grenze zu den USA, Fabriken aufzubauen, ohne Steuern und Abgaben zu entrichten. Aber erst in den letzten Jahren siedelten sich die US-Konzerne in größerer Zahl an. Ausschlaggebend dafür waren neben den von der mexikanischen Regierung gewährten Investitionszuschüssen und der von ihnen kostenlos zur Verfügung gestellten Infrastruktur insbesondere die Ausbeutung der billigen Arbeitskraft. Kostete die mexikanische Arbeitskraft 1982 noch umgerechnet zwei US-Dollar pro Stunde, so sanken die Löhne durch die Abwertungen des mexikanischen Pesos auf heute nicht einmal 0,75 US-Dollar.

Obwohl diese Löhne noch um 25% über denen in Hongkong und Taiwan liegen, ist die Produktion in Mexiko wegen der unmittelbaren Nähe zum US-amerikanischen Markt besonders profitabel. So haben US-Konzerne im Süden der USA bereits Zulieferbetrie-

be für ihre mexikanischen Filialen errichten lassen und verkaufen die mexikanischen Billigprodukte in eigens gebauten Verkaufszentren nördlich der Grenze. Nach Schätzungen soll sich die Zahl der Beschäftigten bei den US-Konzernen in der US-Billiglohnzone in Mexiko in den nächsten zehn Jahren noch vervierfachen.

Mit der Produktionsverlagerung in die mexikanische Freihandelszone haben die US-Imperialisten ein wirksames Mittel in der Hand, um gegen die angeblich zu hohen Löhne in den USA zu Felde zu ziehen. Die Trico Products Corp. nannte als Grund für die Ansiedelung die zu hohen Löhne von 15 US-\$ pro Stunde in Buffalo N.Y. (USA). US-amerikanische Gewerkschaften haben die Produktionsverlagerung in die mexikanische Billiglohnzone kritisiert und vom US-Kongreß gesetzliche Maßnahmen für eine höhere Besteuerung der importierten Waren verlangt. Der Präsident der Automobilarbeitergewerkschaft UAW erklärte, daß nur die Kapitalistenverbände und die Banken an der Billiglohnzone verdienen.

Quellenhinweis: Newsweek, 12.01.87 – (sie)

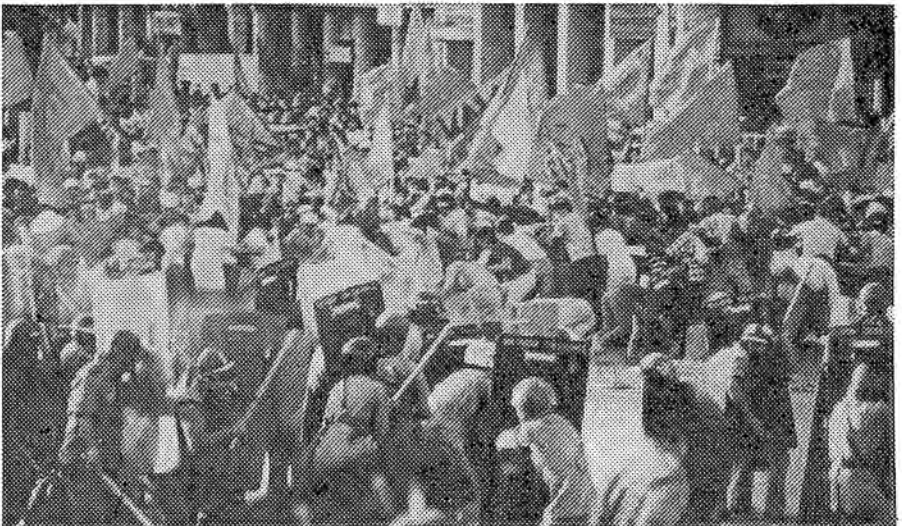
Philippinen

Waffenstillstand: Die Revolutionäre haben ihre Position gefestigt

Am Montag hat auf den Philippinen die Volksabstimmung über den Entwurf einer neuen Verfassung stattgefunden. Das Dokument wird sicher eine Mehrheit bekommen, obwohl es die bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen festschreibt, indem es die Eigentumsverhältnisse garantiert, keine durchgreifende Landreform vorsieht und keinerlei Forderung gegen das imperialistische Kapital und die Schuldknechtschaft gegenüber den

imperialistischen Banken enthält, obwohl es z.B. den Fortbestand der US-Stützpunkte auf den Philippinen möglich macht. Denn die Kräfte um Präsidentin Aquino, darunter die katholischen Kirchenfürsten, haben die Verfassungsabstimmung zu einer Abstimmung über die Präsidentschaft Aquino gemacht.

Eine Mehrheit für die neue Verfassung und damit für Präsidentin Aquino gilt als sicher – trotz der schlechten



Demonstration der Bauerngewerkschaft in Manila. Das Militär griff die Demonstranten mit Schußwaffen an, tötete 18 und verletzte über 100.



Die seit Dezember 1986 anhaltenden spanischen Schüler- und Studentenproteste gipfelten in den letzten beiden Januarwochen im nationalen Ausstand. Nach einem Sprecher der Schülergewerkschaft folgten 2,5 Mio. Schüler den Boykottaufruf an den Schulen. Die Universitäten wurden ebenfalls stillgelegt; Lehrer und Professoren solidarisierten sich. Madrid erstickte aufgrund von Straßensperren im Verkehrschaos, die Polizei machte von ihren Schußwaffen Gebrauch. Ziel der Proteste ist der freie Zugang zur Universität, ein Stopp des Anstiegs der Studiengebühren und Arbeitslosenunterstützung für Schulabsolventen, die keine Anstellung finden. – (gern)

Mexiko: Studenten gegen Hochschulreform

Am 21.1. demonstrierten über 100000 Studenten in Mexiko-Stadt gegen die Hochschulreform der Regierung. Mit der Hochschulreform sollen die Auswahlverfahren für den Hochschulzugang und die Prüfungsbedingungen verschärft und die Studiengebühren drastisch angehoben werden. Bereits jetzt müssen 90% der Studenten die Hochschule ohne Studienabschluß verlassen. Seit vier Monaten versucht das Rektorat der autonomen Nationaluniversität von Mexiko, die mit über 350000 Studenten die größte Hochschule Süd- und Mittelamerikas ist, vergeblich, die neuen Bestimmungen durchzusetzen. Die Studenten haben

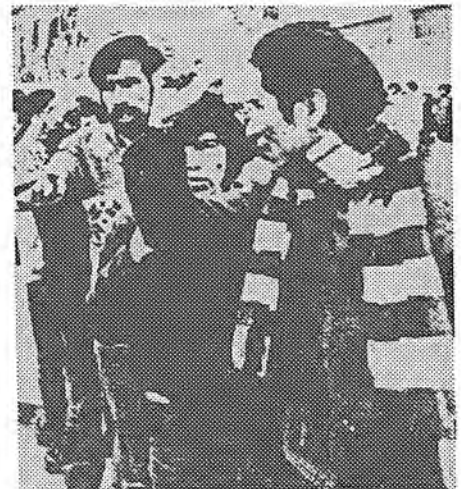
einen Vorlesungsstreik angekündigt, falls die Hochschulgesetze nicht zurückgezogen werden. – (sie)

El Salvador: Generalstreik gegen Wirtschaftspolitik

Am 22.1. legte ein Generalstreik nahezu alle Unternehmen, privaten Geschäfte und Einrichtungen lahm, Zeitungen erschienen nicht, drei von vier Fernsehstationen sendeten nicht. Aufgerufen hatten die Gewerkschaften, die wenige Tage zuvor 40000 Demonstranten gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung und die Zwangsrekrutierungen für die Armee mobilisiert hatten, sowie andere Berufsverbände. Die FMLN brachte zur Unterstützung des Streiks den Verkehr landesweit zum Erliegen. – (sie)

Peru: 60 Zeugen des Massakers in Militärgewalt

Wie jetzt bekannt wurde, hält das Militär 60 Menschen, die das Massaker an Gefangenen im Juni 1986 überlebt haben, an geheimem Ort gefangen. Damals hatten Armee und Polizei – während einer Tagung der Sozialistischen Internationale – mehrere hun-



dert Gefangene niedergemetzelt, darunter viele kriegsgefangene Mitglieder der maoistischen Kommunistischen Partei Perus (PCdEP), die einen Guerillakampf führt. Allein im Gefängnis von Lurigancho waren 240 Gefangene dem Massaker zum Opfer gefallen. Auf der Gefängnisinsel El Fronton (Bild: Protestaktion) hatten Marineinfanteristen über 100 Gefangene erschossen, viele durch Genickschuß. Dabei ist das ganze Ausmaß des von Militär- und Polizeieinheiten begangenen und von der Regierung Garcia zu verantwortenden Gemetzels noch immer nicht bekannt. Deshalb auch hält das Militär die überlebenden Zeugen in seiner Gewalt. – (scc)

Bilanz des ersten Amtsjahres, das keinerlei Verbesserung der Lage der Massen gebracht hat, trotz der Ohnmacht der Regierung gegenüber den Militärs und den Anhängern des gestürzten Diktators Marcos, trotz des Blutbades, das das Militär vor zwei Wochen an demonstrierenden Bauern anrichtete. Denn die offene politische Reaktion um Ex-Verteidigungsminister Enrile und andere Gallionsfiguren der alten Diktatur ist isoliert und gerade dabei, ihre Kräfte zu sammeln, und die Linke hat zwar große Unterstützung für ihre Forderungen, aber ist noch nicht in der Lage, die Machtfrage zu stellen. Die Kommunistische Partei der Philippinen CPP hat die Verfassung als proimperialistisch abgelehnt, während andere Organisationen der Linken – darunter Bayan, ein Dachverband vieler Initiativen und Basisgruppen, und die von den Militärs als kommunistische Tarnorganisation denunzierte neugegründete

Bayan-Partei – zur kritischen Zustimmung zur Verfassung aufgefordert haben.

Das Ausmaß der Zustimmung zum Verfassungsentwurf ist in mehrerlei Hinsicht entscheidend: Ein überwältigendes Votum für den Verfassungsentwurf und damit für Präsidentin Aquino erzwingt unter den Kräften der Reaktion und unter den Angehörigen der besitzenden Klassen auf den Philippinen eine politische Neuorientierung. Bislang sind die besitzenden Klassen scharf gespalten in Anhänger von Ex-Diktator Marcos und von Präsidentin Aquino. Diese Spaltung hat natürlich auch handfeste materielle Gründe: Eine der wenigen „sozialpolitischen“ Maßnahmen der Aquino-Regierung war die Beschlagnahme der Vermögen und Besitztitel von Marcos-Vertrauten, während die von Marcos teilweise zugunsten seiner Freunde exproprierten reichen Familien der Philippinen – dar-

unter auch die Aquinos – ihre alten Besitztümer wiederbekommen haben. Die Volksabstimmung könnte die Marcos-Anhänger verstärkt dazu bringen, ihr Heil in der Einflußnahme auf die Aquino-Regierung statt gegen sie zu suchen. Das Offizierskorps der Armee könnte gezwungen sein, seinen Kurs, die bürgerliche Regierung Aquino ständig als ohnmächtig bloßzustellen, zu korrigieren und mehr mit der Regierung zu kollaborieren – das umso mehr, als die Regierung ohnehin alle Forderungen der Militärs erfüllt.

Andererseits sieht die Regierung Aquino in einem guten Abstimmungsergebnis das Mandat für die Neuaufnahme des Bürgerkriegs gegen die CPP, die Guerillas der Neuen Volksarmee NPA und die Volksfrontorganisation NDF. Der im Dezember geschlossene Waffenstillstand läuft in zwei Wochen aus. Die Unterhändler der NDF hatten in den Verhandlungen

USX-Stahl erhält weitere Konzessionen

Nach sechs Monaten Widerstand, dem längsten in der Geschichte der US-Stahlindustrie, haben die USX-Kapitalisten jetzt den zweiten Vierjahresvertrag mit Konzessionen durchgesetzt. Im August hatte USX über 20000 Stahlarbeiter ausgeschlossen, die sich weigerten, Konzessionen zuzustimmen. Der Vertrag kürzt die Löhne um etwa 8%. Er ist „versüßt“ mit einer komplizierten Vereinbarung über Einschränkung von Fremdarbeit, für deren Einhaltung die Arbeiter wahrscheinlich werden kämpfen müssen. – (her, ger)

Frankreich: Verfassungsrat lehnt Arbeitszeitgesetz ab

Der französische Verfassungsrat lehnte die vom Parlament Ende Dezember verabschiedete neue Arbeitszeitregelung ab. Grund der Ablehnung ist nicht der Inhalt des Gesetzes, sondern die Form der Verabschiedung. Das Vorgehen Chiracs dabei war allerdings dreist: nachdem der zunächst als Verordnung gefaßte Vorschlag von Präsident Mitterrand dreimal nicht gegengezeichnet worden war, hängte Chirac den Inhalt der Verordnung an ein anderes Gesetz an, das dann wenige Stunden vor Sitzungsschluß am 20.12. vom Parlament verabschiedet wurde. Keine Kritik übt der Verfassungsrat an den Inhalten der geplanten Arbeitszeitregelung. Die entscheidenden Punkte, um die schon über ein Jahr gestritten wird, sind die Neuberechnung der Wochen- und Jahresarbeitszeit (44 Std.-Woche), dadurch Wegfall der Überstundenbezahlung, sowie die Einführung der Nacharbeit für Frauen. Die kommunistische Gewerkschaft CGT weist darauf hin, daß diese Regelung schon von der sozialistischen Regierung 1985 eingebracht worden ist.

Die CGT will die Rücknahme der Regelung mit Aktionen in den nächsten Wochen erreichen. Die anderen Gewerkschaften fordern nur „durch Diskussion eine Verbesserung des Textes“. – (sur)

Bologna: Der Geheimdienst hat mitgebombt

Sechseinhalb Jahre nach dem blutigen Bombenanschlag auf den Hauptbahnhof von Bologna am 2. August 1980 (85 Tote, 200 Verletzte) hat jetzt der Prozeß gegen die faschistischen Terroristen und ihre Hintermänner begonnen. Auftraggeber des Attentats war

laut Anklageschrift der noch flüchtige Licio Gelli, damals Chef der geheimen Freimaurerloge P 2, in der Minister und Bourgeois, hohe Beamte und Offiziere für einen autoritären Umsturz konspirierten. Dafür sollte durch das Blutbad im roten Bologna Stimmung gemacht werden. Der Bombenleger Fachini hat noch 1984 für den Geheimdienst gearbeitet. Ex-Geheimdienstchef Musumeci hat jahrelang versucht, durch falsche Spuren und ein vorgetäushtes Attentat die Ermittlungen in die Irre zu führen. Der Prozeß wurde vorerst auf Anfang März vertagt. – (ulg)



Über 20000 Menschen beteiligten sich am 24. Januar in den USA an einem Marsch gegen Rassismus in Cumming, Georgia. Es war eine der größten Demonstrationen seit dem Höhepunkt der Bürgerrechtsbewegung in den 60er Jahren. Eine Woche zuvor waren die ca. 75 Teilnehmer einer Gedenkdemonstration anlässlich des Geburtstag des 1968 ermordeten Martin Luther King von 400 Ku-Klux-Klan Leuten überfallen worden. Martin Luther King, ein Baptistenpastor, war einer der bedeutendsten Führer der Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen im Süden der USA. Zehnmahl mehr Menschen als erwartet waren dem Aufruf zu der zweiten Demonstration gefolgt, Zeichen eines steigenden Bewußtseins gegen den zunehmenden Rassismus nach sechs Jahren Reagan-Regierung. – (her, ger)

über die Beilegung des Bürgerkriegs einen Forderungskatalog vorgelegt, der u.a. eine radikale Landreform, die Aufkündigung der US-Stützpunkte, die einseitige Nichtanerkennungserklärung der philippinischen Auslandsschuld sowie die Beteiligung der NDF an einer Koalitionsregierung vorsah. Die Regierung lehnte diese Forderungen als grundsätzlich nicht verhandelbar ab. Die NDF-Unterhändler erklärten die Verhandlungen schließlich als gescheitert, als das Militär vor dem Präsidentenpalast eine Bauerndemonstration für Landreform beschoß, 18 Bauern ermordete und hunderte verletzte. Die Bauerndemonstration war von Jaime Tadeo angeführt, der selber als Anhänger von Frau Aquino in der Verfassungskommission mitgearbeitet hatte. Frau Aquino hat inzwischen mehrfach erklärt, die Rebellion müsse mit Waffengewalt erstickt werden, falls die Guerillas sich auf die Friedensangebote

nicht einließen. Die Angebote der Regierung bestanden in einer Amnestiegarantie. Die katholische Kirchenführung hat ihrerseits für den Februar ein Hirtenwort zum Kommunismus angekündigt, das wohl der Regierung ideologische Schützenhilfe leisten und die Front der Kirche gegen den Kommunismus begradigen soll – viele Priester unterstützen offen oder versteckt die Revolutionäre.

Stehen die Revolutionäre nach dem wahrscheinlichen Ende des Waffenstillstands vor einer schwierigeren Lage als vorher? Militärisch hat die NPA keine Positionen aufgegeben, im Gegenteil: Die Regierung mußte die Kontrolle großer Landstriche durch die NPA quasi als legal anerkennen. National mußte die Regierung mit dem Waffenstillstand NDF, NPA und CPP als gleichberechtigte Verhandlungspartner akzeptieren. Zum ersten Mal seit der Verhängung des Kriegsrechts 1970

konnten die Revolutionäre halblegal arbeiten und damit vor allem in den großen Städten ihren Einfluß ausdehnen. Nach Berichten aus Manila hat die NDF als politische Kraft inzwischen auch in den Mittelklassen, die vor einem Jahr Frau Aquino gestützt hatten, Einfluß gewonnen, zumal Forderungen wie Landreform oder einseitige Nichtanerkennung der Auslandsschuld auch unter der Intelligenz seit Jahren unumstritten sind. Die Revolutionäre haben die Gefahr der politischen Isolierung, die seit dem Marcos-Sturz drohte, erfolgreich durchbrochen. Sie demonstrieren zunehmend, daß sie in der Lage sind, das Land zu regieren. Deswegen ist es das Militär, was verlangt, den Waffenstillstand keinesfalls zu verlängern.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; SZ, div. Ausgaben; Handelsblatt, 27.1.87; NZZ, 27.1.87 – (wom)

* Veröffentlichungen *

AG f. Kommunalpolitik: Von wegen „Bonn hilft Gemeinden“

„20 Erfolge für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ nannte CDU-Staatssekretär Waffenschmidt seine Propagandabilanz der Bundesregierung. „Bonner Politik“ habe die Lage der Kommunen gebessert. Die Arbeitsgemeinschaft hat in einer Polemik die von der Regierung behaupteten „Erfolge“ näher betrachtet. Sie hat sich bemüht, „zu einigen inhaltlichen Teilaspekten ohne Anspruch auf Vollständigkeit faustdicke Lügen und Wahrheit zu trennen, die Ziele der zentralen Kommunalpolitik offenzulegen und Gegenpositionen zu formulieren“. Damit will die AG „durchaus auch praktischen Nutzen für besseres Verständnis der Kommunalpolitik der Reaktion in den Kommunen selbst“ (Vorwort) erreichen.

Die behandelten Stichworte sind: Ausreichende kommunale Finanzen und deren autonome Verwaltung für die Versorgung der Lohnabhängigen, Steigerung der entsprechenden kommunalen Leistungen statt „Familienlastenausgleich“ und Familienpropaganda; Wohngeld – real gesenkt und trotzdem Mittel zur Durchsetzung des schrankenlosen Wohnungsmarktes; Privatisierung und Abbau der Leistungen und dafür noch vollständige Ausrichtung der gesamten kommunalen Politik an Wirtschaftsförderung. Daneben sind noch behandelt: Umweltpolitik und Energieversorgung, Katastrophenschutz, Volkszählung und die kommunalen Rechte ausländischer Einwohner. Nützliches findet in der Broschüre nicht nur, wer auf kommunaler Ebene für Interessen der Lohnabhängigen tätig sein will. Bezug der Broschüre: GNN, Gutenbergstr. 48, 7 Stuttgart, Preis: 2,50 DM – (bef)

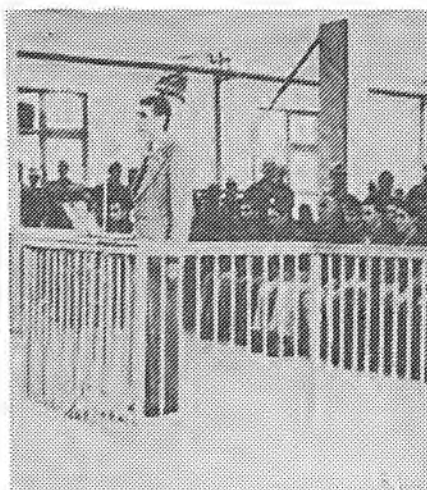
Wer steuert die Hetze gegen die PKK?

Die kurdische Arbeiterpartei PKK ist seit 1984 einer von verschiedenen Seiten aus betriebenen Hetzkampagne ausgesetzt. Einer der Vorwürfe, die dabei erhoben werden: Die PKK greife gegenüber jedermann, seien es Mitglieder mit abweichenden Auffassungen, ehemalige Mitglieder oder andere fortschrittliche Organisationen aus der Türkei, zu „terroristischen“ Methoden. Die Vorwürfe gehen bis hin zum Vorwurf, für die Ermordung türkischer oder kurdischer Oppositioneller „verantwortlich“ zu sein. Diesen gravierenden Vorwurf erhoben beispielsweise in Hamburg vor knapp einem Jahr Mitglieder der „GAL“ und verschiedene türkische Organisationen, nachdem der Türke Kürsat Timoroglu durch Pistolenschüsse ermordet worden war. Diese schwerwiegenden Vorwürfe sind un-

bewiesen: Die Hamburger Polizei hat bis heute im Mordfall Timoroglu noch nicht einmal einen Verdächtigen.

Aus Schweden liest man von ähnlichen Vorwürfen. Hier versucht der Leiter der polizeilichen Sonderkommission, die mit den Ermittlungen zu der Ermordung Olaf Palmes beauftragt ist, PKK-Anhänger mit dem Mord an Palme in Verbindung zu bringen. Die Festgenommenen mußten bisher noch jedes Mal wieder freigelassen werden, weil die Polizei über keinerlei Beweise verfügt.

Nun haben Geheimdienstintrigen, speziell solche gegen Flüchtlinge, in Europa eine lange und furchtbare Tradition. Zumeist dienten sie der jewei-



Massenprozeß gegen PKK-Anhänger in Diyarbakir (Türkisch-Kurdistan).

ligen Regierung dazu, zu verhindern, daß Leute, die vor ihrer Politik ins Ausland geflohen waren, dort eine Aufklärung und Propaganda gegen ihre reaktionäre bis faschistische Politik entwickelten. Verzweiflung, Demoralisierung und andere Probleme, wie sie unter Flüchtlingen im Exil so häufig sind, bildeten willkommene Ansatzpunkte für solche Intrigen. Wer die Geschichte der Gestapo und ihr Wirken beispielsweise unter den antifaschistischen Flüchtlingen im Paris der 30er Jahre studiert, findet zahlreiche Beispiele, wie sowas gemacht wird.

Im Fall der Türkei und Türkisch-Kurdistans heute liegt ein weiteres Interesse auf der Hand: Die westeuropäischen Imperialisten sind mit der Türkei über die NATO eng verbunden, als Gläubiger an prompter Schuldenzahlung interessiert und – speziell im Fall der BRD – wünschen die Unterdrückung jeder revolutionären Entwicklung in der Türkei und in den von ihr besetzten kurdischen Gebieten.

Das „Europäische Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter“ (C.E.D.R.I.) mit Sitz in Basel hat im Sommer letzten Jahres eine

deshalb sehr verdienstvolle Broschüre in deutscher Sprache herausgebracht, die die Hintergründe der schmutzigen Hetzkampagne gegen die PKK etwas näher ausleuchtet. CEDRI kommt darin zu dem Ergebnis, daß die schwedische politische Sicherheitspolizei SÄPO der Urheber und bis heute einer der maßgeblichen Drahtzieher der Kampagne gegen die PKK ist. Die SÄPO arbeitet dabei mit dem türkischen Geheimdienst zusammen und benutzt für ihre zahlreichen Verleumdungen teilweise offensichtliche türkische Geheimdienstquellen. Bis heute ist nicht eine der zahlreichen Gerüchte über „PKK-Mordpläne“, „PKK-Hinrichtungslisten“ und dergleichen bewiesen worden. Im Gegenteil hat die SÄPO sogar Versuche, eine gerichtliche Überprüfung ihrer Verleumdungen zu erzwingen, unter Zuhilfenahme von Bestimmungen der schwedischen Ausländergesetze verhindert. Hinsichtlich der Erfolge der Kampagne der SÄPO urteilen die Autoren vielleicht etwas pessimistisch: „In Europa aber ist dieser Krieg (der türkischen Armee gegen das kurdische Volk, d. Red.) immer noch unbekannt.“ Dem entgegenzutreten, leistet die Broschüre einen nützlichen Beitrag.

(C.E.D.R.I., Missionsstraße 35, Postfach, CH-4002 Basel, Schweiz: Die Kampagne gegen die Kurdische Arbeiterpartei PKK – rül)

Dokumentation zur Arbeiterbewegung

„Damit nichts bleibt wie es ist“ – unter diesem Titel hat die IG Metall-Verwaltungsstelle Heidelberg im September 1986 einen Dokumentarband zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Heidelberg und Nordbaden von 1845 bis 1949 veröffentlicht. Ähnliche Dokumentationen wurden seit 1984 auch in Mannheim, Frankenthal, Stuttgart und sieben anderen Verwaltungsstellen herausgegeben. Mit über 350 Seiten ist das Heidelberger Buch sehr umfangreich. Historisch sind die Dokumente aufgeteilt in fünf Kapitel, mit denen die Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordbaden dargestellt werden soll: „Vom Vormärz bis zum Fall des Sozialistengesetzes“, dann die Perioden bis zur Novemberrevolution 1918 bzw. bis zur Errichtung der faschistischen Diktatur; und schließlich die Zeit der Naziherrschaft bzw. von der Befreiung bis zur Restauration der kapitalistischen BRD. Überwiegend sind die Dokumente der sozialdemokratischen „Volkszeitung“ sowie örtlichen Presseorganen entnommen.

1988 wird die IG Metall Heidelberg 100 Jahre alt. Unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes wurde im November 1888 der Heidelberger „Fachverband Metall“ gegründet. Nachgezeichnet werden auch Kämpfe örtlicher Metallbelegschaften, wie die der Waggonfabrik Schäfer/Fuchs seit 1844

(später Harvester, jetzt Dresser). Eine ehemalige Fuchsbeschäftigte berichtet u.a. über die Hinrichtung russischer Kriegsgefangener durch die SS auf dem Betriebsgelände, was die offizielle Heidelberger Geschichte totschweigt. Leider enthält das Buch außer einem kurzen Vorwort keine politische Einschätzung oder Wertung der aufgearbeiteten geschichtlichen Ereignisse, insbesondere der Rolle der Sozialdemokratie. Der Titel verheißt mehr. Eine Geschichtskennntnis wird vorausgesetzt. Trotzdem ist es beispielsweise für die Untersuchung kommunaler Entwicklungen und Zusammenhänge nützlich, auch angesichts des umfangreichen Tabellenanhangs, Quellen- und Literaturverzeichnisses sowie des Personenregisters. (Preis: 23 DM, zu beziehen über die IG Metall, Hans Böcklerstr. 2, 6900 Heidelberg – anh)

Dokumente aus dem Befreiungskampf Azanias

Der ISP-Verlag, der der trotzkistischen IV. Internationale nahesteht, hat einen Band mit Reden des Azaniers Neville Alexander veröffentlicht. Neville Alexander beteiligt sich seit den fünfziger Jahren am Befreiungskampf. Das Buch ist die Übersetzung eines englischsprachigen Buches, das 1985 in Johannesburg erschien, es enthält Reden aus den achtziger Jahren. Damit ist nach verschiedenen dokumentierenden Büchern über die Strömung des Befreiungskampfes in Südafrika, die sich an der Freiheitscharta des ANC orientiert, ein deutschsprachiges Buch zugänglich, das einen Teil der Befreiungsbewegung darstellt, der in der BRD zu meist totgeschwiegen wird. Die dokumentierten Reden befassen sich vor allem mit Auseinandersetzungen innerhalb des Befreiungskampfes, weniger mit den Machenschaften der Imperialisten und ihrer Unterstützung für das Botha-Regime. Sie geben einen Eindruck von den Bemühungen, im National Forum Komitee eine Einigung der sozialistischen, antirassistischen Kräfte des Befreiungskampfes zu erreichen. Neville Alexander ist Gründungsmitglied des Komitees, in dem panafricanistische und Black-Consciousness-Organisationen zusammenarbeiten. Er setzt sich mit der Forderung nach einer „multirassischen“, heute oft „nichtrassisch“ genannten Gesellschaft auseinander, indem er die Feststellung verteidigt, daß Rasse keine wissenschaftlich vertretbare Beschreibung von Unterschieden in der Gesellschaft ist. In vielen Texten erläutert er die Auffassung azanischer Trotzkisten, daß die Arbeiterklasse den Befreiungskampf führen und daß das Ziel des Befreiungskampfes die sozialistische Revolution sein müsse.

(Neville Alexander, Wer Wind sät, wird Sturm ernten, Kultur und Politik der unterdrückten Mehrheit Südafrikas, ISP-Verlag, 19,80 DM – uld)

Deutschlandtag der Jungen Union

JU will Heimarbeit mit Kinderbetreuung und Deutsche Einheit bis Deutsch-Südwest

Im November 1986 führte die Junge Union, Jugendorganisation der CDU, ihren Deutschlandtag in Köln durch. Als Gäste erschienen waren außer Bundeskanzler Kohl die Minister Wörner, Blüm, Süßmuth sowie Geißler und Fink. Programmatisch das Erscheinen des Raumfahrers Ulf Merbold als Repräsentant „der technologischen Spitzenstellung in der Welt“ und Cap Anamur-Kapitän Rupert Neudeck für den Kriegsruf „Für Menschenrechte ... überall“. Verabschiedet wurde ein Leit-antrag mit dem Titel „Jugend hat wieder Zukunft“. Die Zeitung „Christ und Welt“ bewertet diesen Beschluß:

„Das Dokument zeigt, daß die JU, wie sie sich kurz nennt, auf einer Reihe von Feldern vorn und fortschrittlich ist, die an der Unionsbasis oft noch in der Hand von Denkfaulen oder Angstlichen sind: Technologiefolgen-Abschätzung, Gen-Forschung und Ethik, Wandel der Arbeitswelt und Solidarität (Initiativgruppen), ungeteilte Menschenrechte.“

Für den JU-Vorsitzenden Christoph Böhr ist es Aufgabe des Deutschlandtages 1986 gewesen, Bilanz der bisherigen Arbeit zu ziehen. Für die Vergangenheit hebt Böhr hervor, zweimal „frischen Wind in die mitunter schlaffen Segel der Partei“ geblasen zu haben – Stichworte seien Deutschlandpolitik und Gentechnologie. Daß der nächste CDU-Parteitag zum Thema „Leben“ durchgeführt wird, rechnet Böhr der JU als Verdienst an, da die Beschlüsse der JU zur Bio- und Gen-Ethik und Abtreibung in der CDU auf entspre-

chende Resonanz gestoßen seien.

Die JU befindet sich gegenwärtig an der Überarbeitung des JU-Grundsatzprogramms von 1973. Ein erster Vorschlag für ein neues Grundsatzprogramm ist von der Jungen Union Bayern veröffentlicht, das im Kern die Beseitigung jeglicher Ansprüche der Arbeiterbevölkerung und ihre rücksichtslose Unterdrückung fordert:

„Soziale Verantwortung heißt nach Auffassung der Jungen Union einerseits, für sich soweit wie möglich selbst zu sorgen, und andererseits, stets in Nächstenliebe und Solidarität zum Einsatz für andere bereit zu sein. Erst an dritter Stelle kommt dann die Gemeinschaft mit öffentlicher Daseinsvorsorge, Pflichtversicherung etc. Die Verbindung von sozialer Verantwortung mit wirtschaftlicher Freiheit ist die soziale Marktwirtschaft ... Grundsätzliches Vertrauen in den Mitmenschen darf aber nicht blind machen für tatsächlich vorhandene Konflikte und Gefahren. Die Ansicht, jeder würde freiwillig und ohne Zwang Freiheit und Eigentum des anderen respektieren, ist lebensfremd und illusionär.“

Dieser grobe Rahmen eines neuen Grundsatzprogramms ist aber für die einzelnen Institutionen des bürgerlichen Staats noch ausfüllungsbedürftig, was „Christ und Welt“ nach dem eingangs zitierten Lob für den Leit-antrag dieses Jahres dann auch anmahnt:

„Es ist zu hoffen, daß andere für die Zukunft lebenswichtige Bereiche nur fehlten, weil man sich den erstgenannten so intensiv widmete, zum Beispiel



Überall bei der Jungen Union: „Heiterkeit und gute Laune! Mitmachen statt miesmachen!“

Integration Europas für die Bürger, Rente und Generationsvertrag, Umwelt und Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung, Familie der Zukunft.“

Zur Zeit hat die JU 250000 Mitglieder, fast die Hälfte ist zwischen 18 und 25 Jahren alt. Gegenüber den 70er Jahren ist dies eine Veränderung, damals hatten jüngere Schüler aus der Schülerunion größeres Gewicht, heute beträgt der Anteil der unter 17jährigen nur 3,6%. In Niedersachsen z.B. ist die Arbeit der Schülerunion fast vollständig zum Erliegen gekommen, nachdem mehrfach die NPD und andere faschistische Kräfte das Heft in die Hand genommen hatten. Für die darauf erfolgte Einstellung der Schülerarbeit seitens der CDU gibt es heute heftige Kritik von der JU. Nach der Einschätzung von „Christ und Welt“ stockt auch die Rekrutierungsarbeit im „christlichen Milieu“, „eine größere Rolle in der Beitrittsentwicklung spielen junge, für die Union aufgeschlossene und intakte Mittelschichtenfamilien ...“ Daß mittlerweile Fast-Republikaner und auch Faschisten zur Mitgliedschaft der JU gehören, daß dies aber nicht weiter störend ist, erscheint bei „Christ und Welt“ so:

„Es gibt auch in der JU eine Reihe von Suchenden und Fühlenden, die auch demokratische Führung brauchen. Fast alle aber sind jene ‚total normalen jungen Leute‘, denen zuerst Karl Carstens und dann Richard von Weizsäcker größere Beachtung wünschten. Sie sind es, die nicht abtreiben wollen, die knacksolide Berufsplanung machen, mit Freundin und Freund nicht im Luftschloß leben.“

Zwei Themen der diesjährigen Beschlusssatzung sollen näher dargestellt werden. Punkt II. des Leitantrages lautet: „Arbeit durch Neue Technologien – Chance für die junge Generation“. Ohne z.B. gewerkschaftliche Standpunkte auch nur zu erwähnen, macht sich die JU in brutaler Weise die Zielsetzungen der Kapitalisten zu eigen: neben der „Qualifizierungsoffensive“ wird eine „größere Flexibilität des Arbeitslebens“ gefordert, das Beschäftigungsförderungsgesetz soll weitergelten.

„Die Junge Union fordert, auch die Angebote der täglichen Arbeitszeit zu verändern. Viele Arbeitnehmer können ihre persönlichen Interessen besser verwirklichen, wenn sie nicht auf die Arbeitszeit zwischen 7.00 Uhr und 18.00 Uhr festgelegt werden. Zu dieser Veränderung gehört auch die weitgehende Abschaffung des Ladenschlußgesetzes. Mittelfristig gilt die Forderung nach mehr Flexibilität auch für den Eintritt ins Rentenalter. Sobald ein nachhaltiger Abbau der Arbeitslosigkeit erreicht ist, sollte das Rentenalter nicht nur nach unten, sondern auch nach oben flexibler gestaltet werden ... Nicht zuletzt wird die Schaffung von Heim-Arbeitsplätzen zu einer wei-

teren Erhöhung der Entscheidungsfreiheit einzelner Arbeitnehmer beitragen. Zum ersten Mal bietet sich die Chance der individuellen Mitbestimmung über Arbeitsvolumen, Arbeitszeit und Arbeitsort. So kann z.B. auch Erwerbstätigkeit mit der Betreuung der eigenen Kinder verbunden werden.“

Den Heim-Arbeitsplatz mit gleichzeitiger Kinderbetreuung als Gipfel der individuellen Mitbestimmung anzupreisen, ist eine Verhöhnung der Arbeiterbevölkerung und zugleich eine unerträgliche Zumutung. Um die Arbeiterklasse zu fesseln, soll der Staat stark gemacht und die selbständige Interessenvertretung der Gewerkschaften verhindert werden: „Die Bundesregierung muß ihren Handlungsspielraum nutzen, um gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zu einer neuen Organisation von Arbeit

DDR zu bekommen, noch durch die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937, sondern durch Wühlarbeit „deutscher Bevölkerungsgruppen“ überall in der Welt, die vom westdeutschen Staat gelenkt wird. „Die Medien müssen einen stärkeren Beitrag als bisher zur Aufrechterhaltung der Verbindungen mit den Deutschen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes leisten. Ggf. sind eigene Sender einzurichten mit den Schwerpunkten Deutschunterricht, Nachrichten aus allen deutschen Sprachgebieten, Volksmusik und Kultur dieser Gebiete, Entstehung deutscher ethnischer Minderheiten und ihre Rechte innerhalb der Staaten im Laufe der Geschichte, Informationen über Staat, Gesellschaft und Kultur Westdeutschlands und Westeuropas. Nötigenfalls sind dazu



Rita Süßmuth von Anhängern umlagert: Heimarbeit für Arbeiterfrauen und keine Kindergärten in der Familie der Zukunft.

zu kommen. Dabei geht es um einen vernünftigen Ausgleich zwischen den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen, den sozialstaatlichen Notwendigkeiten, den betrieblichen Belangen und den individuellen Wünschen der Arbeitnehmer.“ Es gehe darum, „eine Gesellschaft zu formen, in der dem Einzelnen Rückhalt in der Gemeinschaft geboten und dadurch einer Anonymisierung entgegengewirkt wird.“ Dies sind Vorschläge zur Auslöschung jeglicher Gegenwehr der Arbeiterklasse und z.B. mit den wirtschaftspolitischen Forderungen der NPD weitgehend identisch.

Der Beschluß „Deutsche Einheit muß bei den Wurzeln beginnen!“ ist völkisch, er steht direkt in der Tradition des Nazionalsozialismus. Die „deutsche Einheit“ ist territorial überhaupt nicht mehr abzustecken, weder ist sie durch die Einverleibung der

internationale Verträge über die Frequenzvergabe zu kündigen. Den westdeutschen Medien sind ggf. mit Hilfe neuer Nachrichtendienste mehr Informationen über Vorgänge östlich des Eisernen Vorhangs und anderer Gebiete mit deutschen Bevölkerungsgruppen – z.B. Südwesafrika – zu geben.“ Um die letzten Hemmungen für eine derartige Expansion des westdeutschen Imperialismus zu überwinden, wird gefordert:

„Die Darstellung des Dritten Reiches und seiner Entstehungsbedingungen darf nicht in einer Art und Weise erfolgen, die das Bewußtsein für andere, verdienstvolle Epochen und Elemente verschüttet, jeden Nationalstolz gleich als Nationalismus brandmarkt.“ Quellenhinweis: Beschlüsse des Deutschlandtags 1986 der JU; Die Entscheidung, Magazin der JU, Nr. 12/86; Christ und Welt, Nr. 49/86 – (kek)

Strafen wegen Protest gegen SS-HIAG

Am 16.11.86, dem Volkstrauertag, hatten über 200 Antifaschisten aus Coburg und anderen nordbayerischen Städten auf Aufruf der Antifaschistischen Gruppe Coburg hin gegen das gemeinsame Auftreten von Innenminister Lang und SS-HIAG bei der zentralen Gedenkfeier für Bayern in Coburg protestiert. Die Protestdemonstration war von der Polizei angegriffen worden. Anschließend zog man zur antifaschistischen Gedenkfeier ans Grab der Zwangsarbeiter und ans jüdische Massengrab. Mindestens sechs Antifaschisten haben jetzt Strafbefehle erhalten bzw. sind bereits vom Amtsgericht Coburg verurteilt worden. Die Anklagen lauten auf Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung. U.a. ist ein 15-jähriger Demonstrant, der nach Polizeiprügeln verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte, zu 30 Tagessätzen verurteilt worden. Am 31.1.87 führte die Antifaschistische Gruppe Coburg dagegen eine Demonstration durch unter der Losung Gegen Polizeistaat und Klassenjustiz. Zwei Prozesse mit den höchsten Strafforderungen stehen noch aus. – (cls)

Niedersächsische Grüne gegen Schlesiertreffen

Hannover. Der Landtagsabgeordnete der Grünen Trittin forderte am 16.1.87 von der Landesregierung die Streichung des 200000 DM-Zuschusses für jedes in Hannover stattfindende Schlesiertreffen, da die Veranstaltung nur revanchistischer Propaganda diene. Zeitgleich mit dem Schlesiertreffen will die NPD in Hannover ihr „Deutschlandtreffen“ durchführen. Trittin: es sollte darüber nachgedacht werden, ob neben der NPD nicht auch der Landsmannschaft Schlesien die Benutzung öffentlicher Räumlichkeiten verweigert werden müsse, solange sie sich nicht von ihren großdeutschen Träumen verabschieden. Die Antwort der Landesregierung: Es sei besonders infam, die Schlesier in einem Atemzug mit den Rechtsradikalen zu nennen. Sie gäben vielmehr ein Beispiel für praktizierte Friedenspolitik. Die Charta der Heimatvertriebenen von 1950 sei ein Friedensdokument. Mit dieser Argumentation ist auch der Bund der Vertriebenen von einer Rote von CDU/CSU-Abgeordneten unter Führung von Dregger für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen worden. Auf einem ersten hannoverschen Bündnistreffen am 29.1.87 (DKP, Grüne, Jusos, VSP, KB, SAG, BWK, Volksfront u.a.) zeichnete sich ab, daß es schwierig werden wird, eine Front gegen NPD und Schlesiertreffen aufzubauen. Der Revanchismus gewinnt an Salonfähigkeit. – (rec)



Kiel. Da die Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft von einer Anhörung des Agrarausschusses „bewußt ausgeschlossen (war), damit die Politiker mit ihren Lösungsvorstellungen unter sich bleiben“, demonstrierten sie mit Jungvieh vor'm Landeshaus. Ein Ochse trug ein Transparent gegen die „verlogene CDU-Agrarpolitik“, die „doch nur von Ochsen gemacht werden kann“. (ale)

Mediziner-Demo zur Tarifverhandlung über AiP

München. Am 19.1.87 demonstrierten 1300 Medizinstudenten aus Süddeutschland anlässlich der Tarifverhandlungen zwischen ÖTV und Arbeitgebern gegen den AiP (Arzt im Praktikum). Dieser bringt den Studenten nach einem Studium von bisher fünf Jahren Theorie und einem unbezahlten Jahr Praktikum eine Ausbildungsverlängerung um zwei Jahre AiP. Auf der Kundgebung sprach ein Vertreter der LDA, der oppositionellen Liste demokratischer Ärzte in der bayerischen Ärztekammer, und ein Vertreter der ÖTV, in deren Tarifverhandlungskommission inzwischen auch Studentenvertreter sitzen. Gegen ihre bisherige Forderung, den AiPler wie einen Assistenzarzt nach BAT einzustufen, hat die ÖTV unter dem Druck des Marburger Bundes, der mehr Ärzte organisiert hat als die ÖTV, folgenden Tarifvertrag abgeschlossen: 1500 DM im 1., 1750 DM im 2. Jahr brutto, vier Wochen Kündigungsfrist und kein einklagbarer Anspruch auf einen AiP-Platz. – (tom)

Zwangssterilisation keine Gewalt

Augsburg. Im Deutschen Ärzteblatt 39/86 hat Prof. Dörner auf die Not von unter dem Nazi-Regime Zwangssterilisierten hingewiesen: Das NS-Erbgesundheitsgesetz wurde nie richtig aufgehoben und als Unrechtsgesetz eingestuft. Auf Antrag werden lumpige 5000 DM Entschädigung gezahlt. Dörner wies darauf hin, daß die so Mißhandelten heute isoliert leben und aufgrund eines tiefen Schamgefühls von sich aus dieses an ihnen verübte Unrecht nicht ansprechen. – Leserbrief von Ärzten hierzu im Ärzteblatt 3/87 zeugen von tiefer Menschenverachtung und ungebrochenem Rassismus: Einer

schreibt, viele Sterilisierte seien erleichtert gewesen, weil sie keine Furcht mehr vor einer ungewollten Schwangerschaft haben mußten. Ein anderer Mittäter stellt in Frage, daß bei der Zwangssterilisation wirklich Gewalt angewendet wurde. Und es sei eine Weiterentwicklung „nur über eine Verbesserung des Erbgutes“ zu erreichen. – (elf)

Veranstaltung der Volksfront zur „Inneren Sicherheit“

Schleswig. Am 27.1. führte die Volksfront eine Veranstaltung zu den „Gesetzen zur Bekämpfung des Terrorismus“ durch. Die Veranstaltung war mit knapp 60 Personen sehr gut besucht. Neben einem einleitenden Referat, das die Ausweitung der Staatsgewalt anhand der Gesetzesbeschlüsse von 1976 bis 1986 zusammenfaßte, wurde an Beispielen der Rechtsprechung die Vorbereitung und Durchsetzbarkeit des obigen Gesetzespaketes behandelt. Es wurde die gängige Praxis, daß es nicht erst der Gesetze bedurfte, um genau das durchzuziehen, was erst jetzt beschlossen worden ist, an vielen Beispielen aufgezeigt. So sind derzeit einige Personen nach dem neuen § 129a angeklagt, die Schraubenverbindungen an der Bahnstrecke zum Atomlager Gorleben gelöst zu haben. Durch das o.g. Gesetz wird schon faktisch der Gedanke bestraft, gegen den Staat vorzugehen. So kann z.B. heute jemand bestraft werden, wenn er ein Solidaritätsschreiben mit Mastkippern verfaßt. Bei dieser Person könnte nach dem neuen Gesetz die Schreibmaschine beschlagnahmt werden, wie es schon Praxis war nach dem Gesetz der Nazis zur Einziehung kommunistischen Vermögens. In der Diskussion wurden Fragen nach der Anwendbarkeit nicht „nur“ auf RAF und soziale Bewegungen, sondern auch auf die Arbeiterbewegung behandelt. – (ale)

NRW

CDU-Kommunalpolitik: „Demontage des Kollektiven“

Düsseldorf. Professor Kurt Biedenkopf, Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalens, hat anlässlich der konstituierenden Sitzung der CDU-Wirtschaftsvereinigung NRW auf die strategische Bedeutung der Kommunalpolitik für eine „ordnungspolitische Wende“ hingewiesen, für die Absicht der Abkehr vom Sozialstaat zurück zur sozialen Marktwirtschaft. Die Wende in der Sozialpolitik hat er dabei umschrieben als „Demontage des Kollektiven“ mit dem Ziel der „Vergrößerung des personalen Bereichs in der Gesellschaft“.

Biedenkopf verweist in seiner Rede auf das Programm der „Stärkung der kleinen Lebenskreise“, von der westfälischen CDU zu den Kommunalwahlen in NRW 1984 entwickelt und heute ein elementarer Bestandteil der CDU-Sozialpolitik.

Der Kern dieser Politik ist die Ab-

zu erweitern und der Kreis der kommunalen Pflichtaufgaben entsprechend abzubauen ... Neue Pflichtaufgaben sollten grundsätzlich nicht eingeführt werden.“ Mit anderen Worten, Ansprüche der Lohnabhängigen auf bestimmte Versorgungsleistungen – Pflichtaufgaben – werden beseitigt. Die Gemeinde soll „frei“ entscheiden, welche Leistungen sie anbietet. Da, wo sie keine anbietet, sollen die „kleinen Lebenskreise“ einspringen.

An der Spitze der Bedeutung dieser „kleinen Lebenskreise“ steht die Familie, „das Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates“ (CDU-Grundsatzprogramm). Ihre vordringliche Aufgabe ist die Kinderaufzucht. Zur Erzwungung der Versorgung der Kinder ausschließlich durch die Eltern – Tätigkeit von „Humaninvestitionen“ pflegt Biedenkopf dazu zu sagen – bie-

munalen Einrichtungen und Diensten wird dieses Programm nicht nur Flexibilisierung und noch mehr Teilzeitarbeit bringen, sondern auch erhebliche Mehrarbeit. „Die personellen Ausstattungsstandards sind weiter abzubauen, um den Gemeinden mehr Entscheidungsräume für die Erfüllung der kommunalen Aufgaben nach ihren Vorstellungen einzuräumen“.

Die „Übertragung der kommunalen Leistungen“ erfolgt getreu dem Prinzip der Subsidiarität, welches „nicht nur menschlicher, sondern auch wirtschaftlicher“ sein soll, „schützt es doch den Staat vor Überforderung“:

– „Das Problem der Pflegekostenexplosion“ soll beseitigt werden durch die Altenpflege in der Familie, eventuell unterstützt durch Sozialstationen.

– Die Schulen sollen in „Eigenverantwortung begrenzte Haushaltsmittel“ verwalten. Sie haben keinen Anspruch auf eine bestimmte sachliche Mindestausstattung, sondern sie müssen sehen, wie sie klarkommen.

– Die Jugendlichen sollen „im sozialen Jahr sinnvoll beschäftigt werden“, im Konfliktfall können „Familienhelfer“ eingreifen.

Die Aufgaben, die die NRW-CDU der Gemeinde gegenüber den Lohnabhängigen noch zuweist, beschränken sich auf Kontrolle, Koordination und Beratung. – (rub)



Von der Altenpflege bis zur Kinderaufzucht, alles will die CDU auf die Familie abwälzen.

wälzung von Versorgungsaufgaben der Kommunen auf diese sogenannten „kleinen Lebenskreise“, worunter die Familie, aber auch Schulen, Bürgervereine, Nachbarschaften, Sportvereine und ähnliches verstanden wird. „So kann z.B. die aufgabenkritische Überprüfung kommunaler Leistungen diesen kleinen Lebenskreisen zusätzliche Aufgaben übertragen, die bisher kommunal wahrgenommen werden.“ Die Vorstellung von solchen „übertragbaren Leistungen“ reicht von der Pflege der Bezirkssportanlagen durch die ansässigen Sportvereine oder Schulen bis zur „Privatisierung bislang kommunaler Angebote und Leistungen“.

Zur Durchführung dieses kommunalen Entsorgungsprogramms ist „der Kreis der freiwilligen Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung wieder

tet die NRW-CDU fast das ganze Arbeits- und Sozialprogramm auf und rechtfertigt dabei gleichzeitig ihre großen Anstrengungen zur Beseitigung von Reproduktionsansprüchen.

Dieses Programm reicht von der Forderung nach Privatisierung von kommunalem Wohnungseigentum bis zur Einführung von „familienfreundlichen Arbeitszeiten“ in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben. Darunter versteht die NRW-CDU selbstverständlich Teilzeitarbeit und Flexibilisierung, nicht nur für Eltern, sondern für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Durch „familienfreundliche Öffnungszeiten“ zum Beispiel der Kindergärten und Krippen von 7.00 bis 14.00 Uhr werden auch die Erzieherinnen zur Teilzeitarbeit gezwungen.

Für die Beschäftigten in den kom-

„Hamburger Verhältnisse“

Kapitalisten und CDU fordern große Koalition

Hamburg. Der Ausgang der Bundestagswahlen hat die Einschätzung, daß sich die Hamburger SPD im „strategischen Tief“ befindet (vgl. Politische Berichte 23/86, S. 2) bestätigt. Die Hoffnung der Sozialdemokraten, von diesem Wahlergebnis verbesserte Chancen in baldigen Neuwahlen zur Bürgerschaft ableiten zu können, sind geplatzt. Die SPD verlor erstmals zwei von sieben Direktmandaten und bei den Zweitstimmen weitere 0,5% (41,2%) gegenüber der Bürgerschaftswahl im November. CDU und FDP hielten gemeinsam ihren Stimmenanteil (47% gegenüber 46,7% im November), wobei die FDP an Zweitstimmen etwa das hinzugewann, was die CDU verlor (9,6/4,8; 37,4/41,9). Da die FDP nach Erststimmen aber wieder knapp unter 5% blieb, kommt sie auch bei Neuwahlen als Mehrheitsbeschaffer kaum in Frage. (Bei den Bürgerschaftswahlen gibt es nur eine Stimme).

Sofort nach der Bundestagswahl verschärfte die Reaktion ihren Druck auf die SPD, mit der CDU eine große Koalition zu bilden. Hatte das Handelskammerorgan „Hamburger Wirtschaft“ schon vorher die angebliche „Lethargie der Wirtschaftspolitik“ als

„im Grunde geschäftsschädigend“ ge-
geißelt, schob die Handelskammer
jetzt eine Umfrage nach, derzufolge bei
Fortdauer der „unklaren Regierungs-
verhältnisse“ über 100 Firmen die
Stadt verlassen wollen und weitere 300
ihre Investitionen drosseln. CDU-Per-
schau und die Springer-Presse beeilten
sich, den drohenden Verlust von Ar-
beitsplätzen auszumalen. Aus Schles-
wig-Holstein droht Ministerpräsident
Barschel (CDU), die „Zusammenarbeit
der Küstenländer“ und die „Bonner
Hilfsmaßnahmen für die „wirtschaftliche
Strukturveränderung im Norden“
seien gefährdet. Von Dohnanyi und
die Hamburger SPD-Spitze bedürfen
solcher Mahnung nicht, ihr Problem ist
hauptsächlich, größere Verluste bei der
reformistischen Parteibasis zu verhin-
dern. Dies ginge natürlich am besten,
wenn eine offizielle große Koalition
vermieden werden könnte. Da aber
spielt die CDU nicht mit. Ihr Landes-
vorsitzender Echternach forderte im
Regionalfernsehen Zusammenarbeit
„im Senat und in der Verwaltung, wo
ja doch die eigentlichen Entscheidun-
gen fallen“.

Es ist absehbar, daß mit Näher-
rücken der Haushaltsverhandlungen
im April die Stunde des SPD-Partei-
tagsbeschlusses, der eine große Koali-
tion ausschließt, geschlagen hat.
- (ulj)

IGM-Bezirk Hannover

Problematische Aktion gegen Frauenlohndiskriminierung

Hildesheim. Im Oktober 1986 startete
die IG Metall über die Regionalseite
des Bezirks Hannover in der „metall“
Nr. 20/86 eine „bezirkliche Aktion ge-
gen Lohndiskriminierungen von Frau-
en: Eingruppierung unter der Lupe“. Der
Anteil von Frauen in unteren
Lohngruppen in wichtigen Betrieben
der niedersächsischen Elektroindustrie
ist enorm. Die veröffentlichten Zahlen
des IG Metall-Bezirks Hannover (1.
Betrieb, 2. Anzahl der gewerblich Be-
schäftigten und 3. Anteil der Niedrig-
löhnerinnen):

- AEG Hameln, 1279, 84,7% der 871
Frauen in den Lohngruppen eins bis
drei (327 in LG 1)
- AEG Springe, 370, 86% der 218 in
den LG eins bis drei
- NEWEK Celle, 822, 87,9% der 635
Frauen in LG 2 und 3
- Fuba Bad Salzdetfurth, 737, 73,9%
der 410 Frauen in 1 bis 3 (136 in 1)
- Bosch Hildesheim, 2769, 83,7% der
508 Frauen in 1 bis 3
- MB video Osterode, 611, 79,1% der
512 Frauen in 1 bis 3 (238 in LG 1)
- ELMEG Peine, 263, 81,8% der 181
Frauen in 1 bis 3 (110 in LG 1)
- Bosch Salzgitter, 680, 93,8% der 484
Frauen in LG 1 bis 3 (264 in 1)

- Blaupunkt Hildesheim, 4654, 73,9%
der 2935 Frauen sind in den Lohn-
gruppen eins bis drei (1004 in Lohn-
gruppe 1)

Die IG Metall Bezirkssekretärin Helga
Schwitzer erklärt als Minimalziel der
Aktion: „Die Lohngruppe 1 muß weg“. Er-
stmals gibt es damit im Gegensatz zu
der bisher verfolgten systematischen
Politik der nds. Tariffkommission und
der Bezirksleitung gegen die unteren
Einkommen („Die Facharbeiter mögen
keine Festbeträge“) einen gewerk-
schaftlichen Anhaltspunkt, die Lage
der wenig Verdienenden und hart Ar-
beitenden in die öffentliche Diskussion
zu bringen. Außerdem ist es möglich,
einen Bezug zur Lohnbewegung 1987
herzustellen.

Die „Aktion“ steht auf schmalen Fü-
ßen seitens der IG Metall-Organe und
der Funktionäre. Gleichzeitig ist die
Konzeption äußerst problematisch. Die
Form der Einzelklagen auf richtige
Eingruppierung bürdet der jeweiligen
Arbeiterin risikoreich auf, die Fehler
der IG Metall-Tariffpolitik hinsichtlich
Lohngruppenmerkmalen, Entgeltdiffe-
renzierung und Struktur der Lohner-
höhungen auszuweiten. Bei individu-
ellen Klagen, selbst wenn es viele wer-
den, lassen sich nur unzureichend kol-
lektive Bezüge herstellen. Die Reserven
für eine Bewegung sind nicht auszu-
schöpfen. Die Verbindung zum Pro-
blem untere Lohngruppen - Fachar-
beiterlöhne - Tarifforderung ist nicht
oder sehr schwach entwickelt. Die Pro-
blematik „unsteter Arbeit“ etc. wird
nicht einbezogen. Das kann ein Burne-
rang werden.

Die Streichung der Lohngruppen
eins und zwei hätte für die Entspan-
nung am untersten Ende der Lohnska-
la spürbare Wirkungen. Gleichwohl
fehlen in der Argumentation der IGM
für eine breite Mobilisierung vor Auf-
stellung der Tarifforderung z.B. ver-
schiedene statistische Daten. Niedrige
Niedrigstlöhne = niedrige Facharbei-
terlöhne und niedrige Gehälter. Mate-
rial dazu ist vorhanden. - (mal)

Frauengleichstellung

Warum Sondertarife für Pflegeberufe?

Heppenheim/Bergstr. Beschäftigte des
Kreiskrankenhauses Bergstraße haben
eine Untersuchung der dortigen Be-
schäftigungssituation durchgeführt.
Dies vor allem zu dem Zweck, die
Durchsetzung einer Frauengleichstel-
lungsstelle gegenüber dem Kreis besser
betreiben zu können.

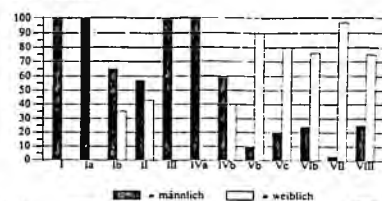
Das Kreiskrankenhaus hat 500 Be-
schäftigte bei einer Bettenzahl von 370.
73% aller Beschäftigten sind weiblich,
27% männlich. Eine prozentuale Be-
rechnung nach Gehaltsgruppen des
Bundesangestelltentarifs (BAT) und

des Krankenpflegetarifs (KR) unterteilt
nach weiblichen und männlichen Be-
schäftigten ergab die untenstehenden
Schaubilder.

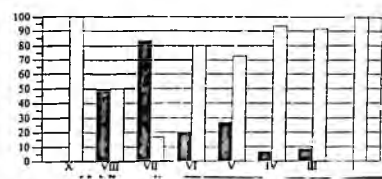
Im BAT zeigt sich: 62% weibliche
Beschäftigte. Von den 38% männlichen
Beschäftigten sind über 70% in den
höheren Gehaltsgruppen von BAT IVb
aufwärts. So gibt es z.B. keine Chefärz-
tin und nur eine geringe Zahl Oberärz-
tinnen. Ebenso sieht es in den oberen
Verwaltungsetagen aus.

Dagegen findet man in den Schreib-
zimmern und Büros keinen einzigen
Mann. 85% der weiblichen Angestell-

BAT-Tabelle:



KR-Tabelle:



Deutlich: Im Klinikbereich sind Frau-
en in der unteren Lohnskala überre-
präsentiert. Sowohl in BAT als auch
KR. Schwere körperliche Belastungen,
ungünstige Arbeitszeiten, kaum Auf-
stiegsmöglichkeiten.

ten sind in den Gehaltsgruppen Vb bis
VIII.

Im Bereich der KR-Eingruppierung
(Pflegerische Berufe) beträgt der ge-
samte Frauenanteil 87%. Nur 13% der
Beschäftigten in diesem Bereich sind
Männer. Hier zeigt sich besonders
deutlich: Auch in einem Bereich, in
dem fast ausschließlich Frauen arbei-
ten, sind die unteren Gehaltsgruppen
von Frauen, höhere Gehaltsgruppen,
entscheidende Positionen, von Män-
nern besetzt. Teilzeitarbeitsplätze wer-
den sogar zu 95% von Frauen ausge-
füllt.

Im KR-Tarif gibt es keinen Bewäh-
rungsaufstieg, wie ihn der BAT vor-
sieht. Eine Krankenschwester wird mit
KR III eingestellt und nach sechs Mo-
naten auf KR IV hochgruppiert. Dort
bleibt sie bis zur Berentung, wenn sie
nicht über eine Zusatzausbildung Hö-
herqualifizierung nachweist. Diese Be-
rufgruppe arbeitet zu schlechten Ar-
beitsbedingungen (Frühschichtbeginn
6 Uhr, Spätschicht bis 21 Uhr, Nacht-
schicht, regelmäßige Arbeit an Wo-
chenenden und Sonn- und Feiertagen)
bei einem Stundenzuschlag in Pfennig-
beträgen. Die schlechteren Bedingun-
gen gegenüber dem BAT zeigen deut-
lich, daß hier Frauenarbeit, obwohl
körperlich schwer und zu ungünstigen
Zeiten, schlechter eingestuft ist.
- (gug)

Kommunalpolitik

„Zukunftsszenarien“ für Freiburg: Volksgemeinschaft für High-Tech

Freiburg. In Auftrag gegeben von der Freiburger Stadtbau GmbH, der städtischen Baugesellschaft, die u.a. als Träger des geplanten städtischen Zehn-Millionen-Kongreßzentrum auftritt, wurden im Sommer letzten Jahres auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Räumung verschiedener besetzter Häuser zwei „soziokulturelle Szenarien“ einer Schweizer „Stiftung für Zukunftsforschung“ veröffentlicht. „Inversion“ und „Überwindung“ – so die Titel der beiden Szenarien – schildern nach dem Anspruch des Verfassers (Hartmut E. Arras) romanhaft mögliche Entwicklungen der Stadt aus der Sicht eines Beobachters aus dem Jahr 2000 bzw. 2020.

Ziel dieser neuen Sorte kommunal-

schung und des Technologietransfers, Anhangbildung für die Reaktion durch (Klein-) Unternehmensgründungen.

In Freiburg sind 60% aller Beschäftigten in den Bereichen Handel, Dienstleistungen, Banken, staatliche Einrichtungen tätig (Bad.-Württ.: 40%) und bloß 23% im verarbeitenden Gewerbe (Bad.-Württ.: 48%). Entsprechend ist die Beschäftigungsstruktur geprägt durch eine relativ hohe Zahl von gut bezahlten Arbeitsplätzen für Hochschulabsolventen. Arbeiten einfacher Qualifikationen werden fast ausschließlich in den Niedriglohnzonen des Dienstleistungsgewerbes und den schlecht tarifierten Bereichen des öffentlichen Dienstes (Frauenanteil 63%, Teilzeit 23%) nachgefragt. Entspre-

chern guter Standort für Unternehmen ins Bewußtsein bringen können. Verschiedene High-Tech-Firmen siedelten hier Dependancen an. Gerade diese Unternehmen spürten sehr deutlich, daß für ihr Personal besonders eine gute Freizeit- und Wohnqualität wichtig ist ... Ohne jedoch den zusätzlichen Einfluß der Einstellungsveränderungen der jungen Generation ... würde Freiburg nicht so verbessert dastehen. ... Sie krepelten die Ärmel auf, um selbständig zu werden, um sich Unabhängigkeit zu erwirtschaften. Sie suchten Erfolg, Einkommen und Freiheit ... Neben der wagemutigen Prosperität der jungen Selbständigen gibt es aber auch die Armut derjenigen, die sich aus der Arbeitslosigkeit nicht mehr in ein Arbeitsleben einfinden konnten. Es gibt jene ehemaligen Alternativen, die glaubten, sich aus der Leistungsgesellschaft ausklinken zu können und vergaßen, für ihr Alter vorzusorgen. Es gibt die alten Menschen, die ihre Renten – zunehmend unsichert – mit der Sozialhilfe aufbessern müssen. Zusätzlich sind solche Menschen zu finden, denen es als Folge der veränderten Ansprüche der neuen Technologien nicht gelungen ist, sich ausreichend zu qualifizieren. Es gibt auch immer noch die Menschen, die an den Widersprüchen der Zeit und ihres Lebens verzweifeln. Schon 1978 berichtete man, daß die Zahl von Selbstmördern, auch unter den sogenannten kleinen Leuten – wie man damals sagte – bestürzend groß sei ...“

Die SPD sucht gegenüber dieser Propagandaoffensive der Reaktion für eine Volksgemeinschaft in Sachen High-Tech ihr Heil in einer Flucht nach rechts: sie hat noch im Wahlkampf eine neue Veranstaltungsreihe eingeleitet mit einem Vortrag des Zukunftsromanciers Arras und dazu alle Freiburger Stadtplaner, Architekten und Bauingenieure brieflich eingeladen. Das Auftreten der „Arbeitsgemeinschaft Freiburg 2000“, die im Oktober eine Veranstaltung mit über 700 Teilnehmern organisiert hatte, mit einem Flugblatt und Redebeiträgen auf der Veranstaltung hat denjenigen Mitgliedern der SPD, die sich Arbeiterinteressen verpflichtet fühlen (einige Betriebs- und Personalräte) Luft zur Kritik verschafft. Bedenklich ist das Verhalten der Grünen: sie haben sich aus der Zusammenarbeit der linken Opposition gegen das Konzept, nachdem sie die Veranstaltung im Oktober noch mitgetragen haben, vorläufig still verabschiedet.

Quellenhinweis: H.E. Arras: Soziokulturelle Studien für die Stadt Freiburg, Juni 1986; Pressemitteilungen der Stadt Freiburg 07-09/86; Versicherungspflichtig Beschäftigte Arbeitnehmer 1985, unveröffentl. Statistik des Arbeitsamts Freiburg; Badische Zeitung versch. Ausgaben. – kuh)



Lothar Späth und OB Rolf Böhme (SPD) sind die Baumeister der großen kommunalpolitischen Koalition für Freiburgs „Wende in die Zukunft“. „Alles für die Wirtschaft!“ ist ihr Schlachtruf. Rechts eine Werbebroschüre der Stadt und der in der Region ansässigen Hochschulen.

politischer Science Fictions ist jedoch weit mehr als bloße Propaganda für eines der üblichen städtischen Großprojekte zwecks Strukturverbesserungen für die ortsansässigen Kapitalisten und staatlichen Einrichtungen. OB Böhme hat aus Anlaß der Veröffentlichung über „Parteigrenzen und Tagesfragen hinaus“ zu einer großen Debatte über Freiburgs kommunalpolitische Zukunft aufgerufen. In einer Zeit stagnierender Wirtschaft und knapper werdender kommunaler Mittel gehe es um einen „neuen kommunalpolitischen Grundkonsens“.

Dessen Leitlinien hat Lothar Späth vorgegeben. Aus seinem Buch („Wende in die Zukunft“) sind auch die Arras-Studien teilweise wörtlich abgeschrieben: Stärkung der deutschen Wirtschaft durch Ausbau der EG, Förderung der Hochtechnologie-For-

chend hoch ist der Einfluß der Grünen in der Stadt, die bei den Bundestagswahlen 21% der Stimmen erhielten (CDU 33,6%, SPD 23,0%, FDP 11,3%) und in 17 Wahlbezirken als stärkste Partei mit Stimmenanteilen bis zu 45% abschnitten.

Folgerichtig erscheinen in den Visionen des Herrn Arras die Lebensverhältnisse der Werktätigen, soweit sie nicht einer der „neuen Eliten“ angehören, bloß noch als Randproblem, das höchstens das ästhetische Empfinden der neuen „Yuppie-Generation“ zu stören vermag. Die Studien sind ein Diskussionsangebot ausschließlich an das gehobene Personal der Universität und der anderen Forschungsinstitute, der Chemie- und Elektronikkonzerne in Freiburg. Die Stadt zur Jahrtausendwende aus dieser Sicht: „Freiburg hat sich als ein nicht nur möglicher, son-

WAA

Prozeß gegen Anti-AKW-Magazin

Nürnberg. 30.1.87 In einem zur Zeit laufenden Prozeß werden die Herausgeber des Anti-AKW-Magazins Radi-Aktiv (Auflage 5000) beschuldigt, folgende strafbare Handlungen begangen zu haben: Aufforderung zu Straftaten, Verunglimpfung staatlicher Symbole und Aufforderung zur Verletzung des Dienstgeheimnisses. Der Anklagepunkt Aufforderung zu Straftaten wurde durch die Beschlagnahme einer vorangegangenen Nummer zur fortgesetzten Aufforderung zu Straftaten ausgeweitet.

Zur Beweisführung der Aufforderung zu Straftaten konstruierte die Staatsanwaltschaft, so die Verteidiger, wahllos aus verschiedenen Artikeln verschiedener Verfasser des 80-Seiten-Magazins den Straftatbestand zusammen. So sei die Veröffentlichung der am Bau der WAA beteiligten Firmen (Schwarze Listen), die Veröffentlichung eines Bekennerbriefes, sowie die in einem Artikel vertretene Meinung, „Sämtlichen Firmen, die glauben, sich am Bau der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit verschiedensten Mitteln deutlich gemacht werden, daß langfristig ihre Verluste größer sind als ihre Gewinne“, eine Aufforderung zu Straftaten. Letzteres Zitat der Verfasserin und Angeklagten wurde schon im März 1986 als Interview in der „Tageszeitung“ (taz) abgedruckt, wo es nicht beanstandet wurde.

Weiterhin wird den Herausgebern der Radi-Aktiv vorgeworfen, durch die Abbildung einer Karikatur des Heidelberger Grafikers Klaus Staeck auf der Titelseite des Magazins, die das bayerische Staatswappen etwas verfremdet darstellt, das Original verächtlich gemacht zu haben. In der Karikatur (s. Bild) halten die bayerischen Löwen Pistole und Schlagstock in den Pfoten und aus dem Wappen laufen drei bissige Hunde heraus, als Anspielung auf Polizeieinsätze in Wackersdorf.

Entscheidend dieser Anklage und der Linie der bayerischen CSU-Staatsregierung, AKW-Gegner ins „terroristische Umfeld“ zu rücken, stand ein Polizeiaufgebot an bisher beiden Prozeßtagen vorm Gerichtssaal und durchsuchte die Besucher und die Angeklagten, auch wurden einige Besucher von der Polizei fotografiert.

Im Prozeß selbst kommt zum Ausdruck, daß es offensichtlich nicht um die Klärung der Anklagepunkte geht, sondern darum, die Beschuldigten auf jeden Fall zu verurteilen. Anders ist nicht zu erklären, warum der Richter sämtliche 16 Beweisanträge der Verteidigung ablehnte und den einzigen zwei Beweisanträgen der Staatsanwaltschaft stattgab.



Der Staatsanwalt durfte sogar ungezügelt bei Verlesung eines Beweisantrages behaupten, daß die Angeklagten selbst militante WAA-Gegner seien, obwohl dies weder in der Anklageschrift noch in den Ermittlungsakten erwähnt sei. Rechtsanwalt Uwe Maefert stellte daraufhin ein Ablösungsge- such gegen den Staatsanwalt.

In einem Telegramm an die Radi-Aktiv-Redaktion bezeichnet die Bundestagsfraktion der GRÜNEN die Anklage als einen schlimmen „Verstoß gegen das Grundrecht auf Presse und Meinungsfreiheit“.

Der Prozeß wird am 5. Februar fortgesetzt. – (dax)

„Dem Unbekannten Deserteur“ Die Reaktion spuckt Gift und Galle

Bremen. Ein Stein des Anstoßes soll es sein, das Denkmal „Dem unbekannten Deserteur“. Anstoß nahm die CDU – sie will es weghaben. Die CDU-Fraktion im Stadtteilbeirat forderte die Entfernung; Schützenhilfe erhielt sie dabei vom CDU-Landes- und -Fraktionsvorsitzenden Neumann, von örtlichen Bundeswehroffizieren, selbst Kriegsminister Wörner schrieb einen Beschwerdebrief an den SPD-Regierungschef Wedemeier. Sie alle sehen „durch die Aufstellung der Skulptur den Dienst des Soldaten in der Bundeswehr, der der Sicherung unserer Freiheit dient, in unerträglicher Weise herabgesetzt“, es sei eine Herausforderung zur Wehrkraftzersetzung, zur Fahnenflucht, zu einer strafbaren Handlung. Ihnen ist es ein Dorn im Auge, daß es bei dem Denkmal nicht nur um Vergangenheitsbewältigung gehe, sondern „ihr Streben auf die Zukunft gerichtet ist“. Oberstleutnant Klos, Lehrgruppenleiter an der Truppschule in Grohn, stört am meisten der Helm auf dem Kopf der Büste. Es sei kein Wehrmachts-, sondern ein

Bundeswehrhelm, wodurch das Desertieren in der Zukunft gelobt würde. Generalstabsoffizier Mössinger der Panzerbrigade geißelt: „Sie ehren damit die Deserteure auch aus den alliierten Armeen, die gegen die Wehrmacht gekämpft haben und die KZs befreit haben.“ Und es melden sich, wie könnte es auch anders sein, die „alten Kameraden“ zu Wort, die zählenden, kruppstählernen, windhund-schnellen: „Wegzulaufen heißt, sich aus der Verantwortung für die Erhaltung des Friedens zu entziehen.“ Sie haben schon Nachbeter. Der Kreisverbandsvorsitzende der Jungen Union Krüger: „Wegen einer solchen schweren Pflichtverletzung verurteilte Soldaten waren in den vergangenen Kriegen oft schuld am Tod ihrer Kameraden.“ Gegen diese Angriffe der Reaktion verteidigt die SPD das Denkmal. Sie beschränkt sich allerdings auf den Zusammenhang Deserteur-Hitlerarmee. SPD-Kultursenator Franke: „Selbstverständlich tritt der Senat nicht für die Desertion aus der Bundeswehr ein“, es sei ein Gedenken an diejenigen, die im 2. Weltkrieg den Krieg der Deutschen gegen die übrigen Völker der Welt nicht mehr mitmachen wollten. Anders dagegen die Auffassung der Initiatoren und Träger des Denkmals: „Unser Denkmal gedenkt jener Menschen, die sich in vergangenen Kriegen den Befehlen ihrer Anstifter entzogen haben, und jener, die einen künftigen Krieg verhindern, indem sie die Teilnahme verweigern.“ Der Streit um das Denkmal findet breites öffentliches Interesse. Über 300 kamen zur Beiratssitzung, auf der der Antrag der CDU abgelehnt wurde. Das Denkmal, erstellt von der Gruppe „Reservisten verweigern sich“ und aufgestellt im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung, die von vielen Organisationen und Initiativen getragen wurde, bleibt im Bürgerhaus. Wenn es entfernt wird, dann an einen noch besseren Ort. – (ulb)



Frontpolitik

Zermürbungs- und Isolationsstrategie des Staatsapparates gegen Autonome

Braunschweig. Am 27. Januar 1987 abends organisiert die Burschenschaft Thuringia in der Universität eine Propagandaveranstaltung über die Atommülldeponie im nahegelegenen Asse-Höhenzug. Referent ist ein Vertreter der Betreibergesellschaft GSF. Von den ca. 60 Veranstaltungsteilnehmern sind etwa die Hälfte Gegner dieses Projekts des imperialistischen Kernenergieprogramms und zeigen dies durch Zwischenrufe und Mißfallensäußerungen. Die Burschenschaftler fühlen sich sogleich bedroht und rufen eilends die Polizei. Wenige Minuten später ist das Unigelände voll von Streifenwagen. Neun Leute werden von der Straße weg festgenommen und mit Handschellen auf dem Rücken abgeschleppt. Die Festgenommenen werden mit der Mitteilung, sie würden am nächsten Tag dem Haftrichter vorgeführt, in Zellen gesperrt. Begründung: „Verdacht auf Landfriedensbruch“, ein Delikt, welches nicht mit unter sechs Monaten Gefängnis bestraft wird. Noch in der gleichen Nacht wird ein bekannter autonomer Linker in seiner Wohnung verhaftet. Ein Burschenschaftler soll ihn auf der Veranstaltung gesehen haben. Da der Anklagevorwurf zumindest gegenwärtig weder Staatsanwalt noch Haftrichter genügen würde, müssen am nächsten Tag alle freigelassen werden. (Wie sagte F.J. Strauß neulich, als ihn ein geworfenes Ei streifte? Festnehmen, einsperren und nicht wieder so schnell laufen lassen! Albrecht in Niedersachsen braucht sowas erst gar nicht laut in die Gegend zu schreien). Dies ist das vorläufig letzte Glied in einer langen Kette von Verfolgungs-, Unterdrückungs- und Zermürbungsversuchen des örtlichen Staatsapparates, der sich insbesondere gegen die autonome Linke richtet.

Eine Chronologie des abgelaufenen Jahres mag die Zielgerichtetheit der Staatstätigkeit zeigen.

30.3.86 Der Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie und u.a. die Autonomen rufen zu einem schon häufiger organisierten „Sonntagsspaziergang“ an der geplanten Atommülldeponie Schacht Konrad (Salzgitter) auf. Diese häufigen „Spaziergänge“ sollen einen dauernden Druck schaffen und öffentliche Aufmerksamkeit auf das Projekt lenken. 100 Personen nehmen diesmal daran teil. In einer Ortschaft werden die Teilnehmer von Bereitschaftspolizei umzingelt, von 40 Personen werden die Personalien festgestellt, die Stadt Salzgitter setzt gegen sie Bußgeldbescheide in Höhe von jeweils 300 DM durch: „Nicht-Entfer-

nen von einem aufgelösten Aufzug“.

11.5.86 Bei einer Demonstration an der geplanten Atommülldeponie Schacht Konrad in Salzgitter nehmen 2500 Personen teil. Die Polizei riegelt weiträumig ab. Zwei Braunschweiger Teilnehmer werden an Ort und Stelle verhaftet, einer aufgrund von Filmmaterial 14 Tage später im „selbstverwalteten Erwerbslosenzentrum“. Sofortige U-Haft, es werden insgesamt drei Monate werden, Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs, Wider-

konstruiert mit Fotos, die nichts zeigen als Leute von hinten, den „Richtigen“ gefunden zu haben, einen ihr bekannten Autonomen, und eine Geldstrafe für Sachbeschädigung wird durchgesetzt.

19.9.86 Faschistische Skinheads belagern an mehreren Abenden ein Haus, das vor einigen Jahren von der Stadt an Hausbesetzer vermietet wurde. Sie schmeißen einen Brandsatz, schießen mit Schreckschußpistolen um sich, greifen Leute an. Vor allem auto-



Göttingen, Dezember 1986: Demonstration gegen den 1000-köpfigen Polizeieinsatz zur Räumung besetzter Häuser und zur Unterdrückung des Protestes.

stand, Körperverletzung. Verurteilung zwischen 12 und 16 Monaten, jeweils auf drei Jahre zur Bewährung.

12.6.86 Die faschistischen „Patrioten für Deutschland“ kandidieren zu den Landtagswahlen. Gegen eine Wahlveranstaltung ergreifen die Autonomen die Initiative und rufen zu Gegenaktionen auf und finden breitere Unterstützung. Etwa 200 Menschen belagern das Versammlungslokal, die Veranstaltung findet nicht statt. Der Polizei gelingt die Festnahme einer Jugendlichen, die mit einer Zwillie geschossen haben soll. Anklage der Staatsanwaltschaft: schwerer Landfriedensbruch, Widerstand, schwere Körperverletzung.

01.10.86 Gegen die feierliche Eröffnung eines Gen-Technologie-Zentrums in Braunschweig gibt es Proteste. Im Laufe der Veranstaltung geht ein Lautsprecherkabel entzwei. Die Polizei

nome Antifaschisten versammeln sich zur Verteidigung und Vertreibung der Faschisten vor dem Haus. Die Polizei überfällt die Antifaschisten beim Anmarsch und karrt sie an den Stadtrand. Währenddessen werfen die Faschisten mit Bierflaschen die Scheiben des Hauses ein. Tags darauf richtet sich die Polizei prompt wieder gegen die Antifaschisten, will speziell wieder einmal einen Autonomen „als Agitator“ verhaften. Die Faschisten können fast unbehelligt und bewaffnet abziehen. Ein Antifaschist erhält hernach eine Anklage. Die „Braunschweiger Zeitung“ schreibt gegen die Antifaschisten: „Vermummt und mit Knüppeln gegen 38 Funkstreifenwagen“. Die beteiligten Antifaschisten rufen daraufhin, eine Woche vor der Landtagswahl, zu einer Demonstration gegen „Faschismus und Ausländerfeindlichkeit“

auf. Die Demonstration wird durch Teilnehmer aus der gesamten Opposition links von der SPD unterstützt.

Die Bilanz der Unterdrückung eines Jahres, die sich fast in allen Fällen gegen autonome Revolutionäre richtete: dreimal sofortige und lange Untersuchungshaft mit nachfolgenden hohen Haftstrafen für Landfriedensbruch, eine noch laufende Landfriedensbruchanklage, zwei laufende Verfahren mit Anklage wegen Widerstand, 40 Bußgeldbescheide, neun drohende Anklagen wegen Landfriedensbruch, nicht gezählt die Fälle von „eine Nacht lang Festhalten“ in Polizeigewahrsam.

Was die Polizeiführung angeht, ist es offensichtlich, daß sie meint, hinreichend ausgespitzt zu haben, wer für sie der politische Gegner ist (und zwar persönlich), der jetzt mit polizeilichen und juristischen Mitteln unterdrückt werden muß. Es kommt nun darauf an, Gelegenheiten zu finden, zu schaffen, zu konstruieren, dieser Personen auch habhaft zu werden.

Im Kern der Sache scheint es bei der Verfolgung der Autonomen der Staatsmacht darum zu gehen, die linke Opposition „von der Straße zu treiben“,

d.h. aus der Öffentlichkeit. Die Linke war schon immer genötigt, gegen die bürgerliche Öffentlichkeit und die Organe der Staatsmacht die Öffentlichkeit und den Druck der Straße zu suchen, also das Flugblatt, die Demonstration, die „Störung“ einer Ratssitzung durch das Vortragen von Forderungen, die Blockade von Straßenbahnen, den Proteststreik (im Unterschied zum Tarifstreik), eine Besetzung. Die Autonomen bestehen gerade auf dieser Öffentlichkeit und suchen den Gegner in dieser Öffentlichkeit. Umgekehrt hat die politische Unterdrückung auch bewirkt, daß unter der Linken z.B. an der Braunschweiger Universität erörtert wurde, ob ein massenhafter Besuch einer Burschenschaftler-Veranstaltung nicht dem Wahlergebnis bei den anstehenden Studentenparlamentswahlen schaden und somit „der Rechten“ nutzen würde. Der „massenhafte Besuch“ kam dann ja auch nicht zustande.

Der Angriff der faschistischen Skinheads auf besagtes Haus hat in der Braunschweiger Linken doch einige Elemente in die politische Praxis gebracht, die sich nicht in der obengenannten Richtung bewegen. Zeigte sich

doch, daß die Linke den „Kampf um die Straße“ führen muß, soll sie nicht „in ihre Löcher getrieben werden“, wie die Faschisten es direkt aussprechen. Und daß andererseits die Mobilisierung von politischer Gegenpropaganda (Demonstration etc.) die Möglichkeiten der Reaktion einschränkte. Die Angriffe der Faschisten kamen im Stadtrat zur Sprache, wurden überhaupt erst außerhalb des linken Spektrums bekannt, die „Braunschweiger Zeitung“ mußte entsprechende richtigstellende Leserbriefe veröffentlichen, die Polizeitätigkeit kam in öffentliche Kritik. Dies nahm der Staatstätigkeit Spielraum und den Faschisten ein Stück weit die Rückendeckung. Einstweilen sind die faschistischen Skinheads so auch nicht mehr angetreten.

An diese Erfahrungen wurde bisher von der Linken nicht weiter angeknüpft, dennoch scheint die antifaschistische Aktionseinheit, die die verschiedenen Fähigkeiten der linken politischen Richtungen nutzt, mithin auch Möglichkeiten zu bieten, der Unterdrückung und Einschränkung der politischen Handlungsfähigkeit der Linken Einhalt zu gebieten. – (jus, hah)

Politische Interessen, die unterdrückt werden sollen

Aufruf gegen die Landtagswahlveranstaltung der „Patrioten für Deutschland“ in Braunschweig, Juni 1986: „Patrioten für Deutschland – Faschisten im neuen Gewand“.

„Die Ziele der Europäischen Arbeiterpartei (EAP) waren zu durchsichtig, ihre Wahlerfolge zu gering. Durch eine veränderte Taktik wird nun versucht, konservative und faschistische Kräfte zusammenzuschließen. Erster Schritt hierbei war die Gründung der ‚Patrioten für Deutschland‘ (1985). Die Auswahl der Kandidaten ist hierfür ein Indiz. Sie wurden aus EAP, CDU/CSU und NPD-Kreisen zusammengewürfelt. Die ‚Patrioten‘ hoffen auf das rechte Wählerpotential der CDU/CSU, auf die Vertriebenen und auf alle, die mit dem ‚gemäßigten Kurs‘ der Regierung nicht einverstanden sind, und sehen sich als neuen Koalitionspartner der CDU. Mit den ‚Patrioten‘ steht uns eine Gruppierung gegenüber, die im konservativen und faschistischen Lager eine wichtige Funktion übernommen hat. Sie bindet rechtsextreme Wählerschichten (NPD und FAP kandidieren nicht) und bildet somit den ideologischen Boden für eine Kriegspolitik der europäischen und US-amerikanischen Imperialisten sowie für eine immer weiter fortschreitende Faschisierung der Gesellschaft ...“

Flugblatt zu Skinhead-Überfällen auf Antifaschisten – Aufruf zur Demonstration gegen Faschismus und

Ausländerfeindlichkeit, Braunschweig, Oktober 1986. „Zerschlagt die faschistischen Banden“.

„Faschistische Banden treten unter Polizeischutz in einer politischen Situation auf, in der offen faschistische Ideologie Bestandteil staatstragender Parteipolitik ist. Wen wundert es, wenn in BS verstärkt Parolen gegen ‚Ausländer‘ und gegen die sogenannte ‚Asylantenflut‘ geschmiert werden, daß eine von Faschisten durchsetzte Gruppe mit großem Werbeaufwand als ‚Unabhängige Wählergemeinschaft‘ (UWG) zur Kommunalwahl antritt und daß schließlich faschistische Banden als bewaffnete Speerspitze offen Terror auf der Straße und besonders gegen Linke ausüben, wenn sich zur gleichen Zeit CDU, SPD und FDP um den



Göttingen: Polizei überfällt besetzte Häuser.

zweifelhaften ‚Verdienst‘ streiten, wer denn nun die angebliche ‚Asylantenflut‘ über Berlin gestoppt habe. Die groß angelegte Kampagne des Staates gegen unsere ausländischen Kollegen und Kolleginnen, die über die Ursachen von Arbeitslosigkeit und Armut hinwegtäuschen soll, ermutigt die Faschisten, immer offener ihre ausländerfeindliche und antikommunistische Hetze zu verbreiten. Wer die Auffassung vertritt, diese Erscheinung werde, ohne daß dagegen etwas getan wird, vorüberziehen, oder wer sich beim Kampf gegen die faschistischen Banden auf den Staatsapparat verläßt, liegt falsch ...“

Veranstaltung der Burschenschaft Thuringia in der Technischen Universität Braunschweig zum Thema „Atommüllagerung“ mit einem Vertreter der Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF), Januar 1987: „Bullen und Burschen einen Strich durch die Rechnung machen“.

„Wir verstehen die Veranstaltung der Burschen, die zum reaktionärsten Teil der Studentenschaft gehören, nicht nur als besondere Provokation, weil hiermit einem Vertreter der Atomlobby ein Forum für seine Lügen unter dem Deckmantel ‚wissenschaftlicher Objektivität‘ geschaffen werden sollte. Sie ist dies vielmehr auch, weil diese von Burschen geplant war, deren Aufgabe es ist, an der Massenuniversität die Fahne der Elite hochzuhalten – einer Elite, die vom Kapital gebraucht wird zur Perfektionierung von Ausbeutung und Unterdrückung ...“

Einzelhandel Ba-Wü: Tarifforderung

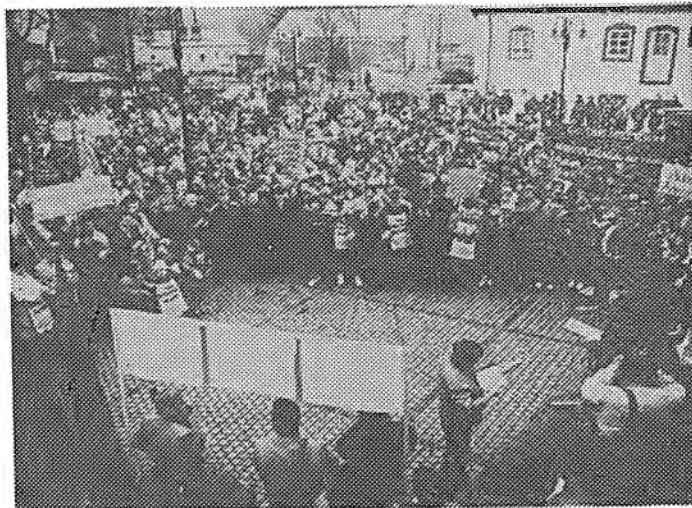
Karlsruhe. Für die rund 180 000 Beschäftigten im Einzelhandel Baden-Württemberg beschloß die Große Tarifkommission der HBV am 22.01.87 in Karlsruhe die Lohn- und Gehaltsforderungen: 7% Lohn-, Gehalts- und Ausbildungsvergütungserhöhung, für Lager- und Versandarbeiter (diese sind in Lohnstufe 1 bis 3) vorab eine Sockelbetragsanhebung um 50 DM. Für die gering verdienenden Angestellten (überwiegend Frauen an Kassen und im Verkauf) fordert die HBV ein monatliches Mindesteinkommen von 1500 DM – (rub)

Bosch: Jobben am Wochenende

Stuttgart. Der Betriebsrat von Bosch Feuerbach führte am 22.1. eine längere Diskussion über den Antrag der Werksleitung, in den Montagewerkstätten für Leerlaufsteller Samstags- und Sonntagsarbeit in zwei Schichten für einige Monate zu genehmigen. Es handelt sich dabei um eine Rückrufaktion von 140 000 Leerlaufstellern hauptsächlich von Audi und Chrysler aus den USA. Dort habe es bereits fünf Todesfälle gegeben. Unter anderem beschleunigten die Au-

Pirmasens. Die Gewerkschaft Leder organisierte eine Protestkundgebung gegen den Plan des adidas-Konzerns, 500 zu entlassen und das Werk in Wallhalden stillzulegen. An der Kundgebung nahmen 1000 teil. Die Kapitalisten, die 1986 den Umsatz um 15% steigerten, wollen weitere Produktionen in Niedriglohnländer verlagern. Rund 80% der von Entlassung Bedrohten sind Frauen. Die Arbeitslosenzahlen würden für den Arbeitsamtsbezirk Zweibrücken auf 16% ansteigen. – (gba)

tomatik-Getriebe ohne Zutun der Fahrer. Eingestellt werden anlässlich dieser Aktion für die Wochenendarbeit ca. 100 Studenten und Hausfrauen. Die Betriebsräte, beeindruckt von den Todesfällen, genehmigten mit großer Mehrheit die Wochenendarbeit. In diesen Werkstätten hatte es öfter solche „Wochenendaktionen“ gegeben. Für die Einsteller bedeutet dies dann die 6- und 7-Tage-Woche. Gegen den Hinweis auf Erweiterung der Kapazität durch Kauf neuer Montageanlagen anstelle von Wochenendarbeit argumentierte ein DAG-Betriebsrat, dies sei in so kurzer Zeit nicht möglich. – (ros)



Sozialversicherungspflicht für Putzfrauen

Düsseldorf. Ab 1988 dürfen in den NRW-Landesbehörden „Fremdreinigungsstunden“ nur noch von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erbracht werden; 1987 muß dies zumindest bei 40% der Reinigungsstunden sichergestellt sein. Dies gab der Finanzminister von NRW, Dr. Dieter Posser, in einem Erlaß bekannt. Geschützt werden sollen besonders Putzfrauen, die von Reinigungsbetrieben als „geringfügig Beschäftigte“ eingesetzt werden, ohne Renten- oder Krankenversicherung, ohne Ansprüche auf Arbeitslosen- oder Urlaubsgeld. – (rub)

Ausbildung beendet dann Teilzeitvertrag

Karlsruhe. Die Siemens AG hat den 42 Auszubildenden im Werk Karlsruhe, die im Frühjahr ihre Ausbildung abschließen, Teilzeitarbeitsverträge angeboten mit zwanzig Wochenstunden, die allerdings nicht befristet sein sollten. Andernfalls sollte nicht übernommen bzw. entlassen werden. Die Jugendvertretung hat diese Absichten zurückgewiesen, und auch der Betriebsrat hat sich dagegen ausgesprochen. Daraufhin hat die Werksleitung jetzt Arbeitsverträge mit einer 38,5-Stunden-Woche angeboten, befristet auf ein halbes Jahr. Für die Befristung sei allein die Jugendvertretung verantwortlich. Gleichzeitig wurde dem Betriebsrat mitgeteilt, daß die Siemens AG im Werk Karlsruhe statt bisher 100 Ausbildungsplätze nunmehr

nur noch 85 zur Verfügung stellen wird. Noch im November hatte der Siemens-Ausbildungsdirektor vor der Betriebsrätekonzferenz erklärt, die Anzahl der Ausbildungsstellen würde beibehalten. – (map)

Progamma: Prozesse gegen Streikposten

Heidenheim. Drei Prozesse gegen Progamma-Streikposten fanden bislang statt. Jedesmal mangelte es an handfesten Beweisen für eine Verurteilung wegen Nötigung oder Widerstands gegen die Staatsgewalt. So gab es einen Freispruch und eine Verfahrenseinstellung. Am 16.1.87 stand der Heidenheimer DKP-Stadtrat vor Gericht, offenkundig herausgegriffen wegen seiner Parteimitgliedschaft. Er bekannte sich zu seinen Streikpostenaktivitäten, durch die der Richter ein „Recht auf Arbeit“ gefährdet sah. Der Termin wurde vertagt, weil Entlastungsakten und ein Zeuge fehlten. – (frr)

Beiersdorf: Wochen- endarbeit ausgesetzt

Hamburg. Mit großem propagandistischem Aufwand hatte Beiersdorf an einer Maschine zur Herstellung von Klebeband für Babywindeln 12-Std.-Schichten am Wochenende bei den Behörden durchgesetzt. Jetzt wurden sie wieder abgesetzt. Begründung: Auftragsrückgang. Klarer können die Kapitalisteninteressen an flexiblen Arbeitszeiten und Ausdehnung der Arbeitszeit auf das Wochenende kaum öffentlich vorbringen. – (güt)



Mehr als Dreißigtausend beteiligten sich nach Gewerkschaftsangaben am 24.1. an der Demonstration gegen den britischen Zeitungskapitalisten Murdoch in London (Bild). Vor genau einem Jahr hatte Murdoch seine Druckerei in den festungsartigen Betrieb Wapping verlegt, mehr als 5000 streikende Drucker entlassen und statt dessen Streikbrecher eingestellt. Seitdem gibt es erbitterte Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und der Polizei vor den Werkstoren in Wapping. Mit brutalen Angriffen, u.a. durch berittene Polizei, trieb die Polizei am 24.1. die Kundgebung vor dem Werkstor auseinander. Mehr als 200 Demonstranten wurden verletzt. – (hef)

Ausländerintegration notwendig?

„Ich Knoblauch in meinem Mund Du Sauerkraut“

Augsburg. Als hier im Oktober 1986 die „Woche der Ausländischen Mitbürger“ veranstaltet wurde, hat bei vielen Diskussionsbeiträgen von Parteien- und Verbandsvertretern der Begriff „Integration“ eine wesentliche Rolle gespielt. Etliche haben es so dargestellt, daß eine gelungene Integration von Ausländern die Voraussetzung, also Bedingung für ein kommunales Wahlrecht sei. Wir haben das zum Anlaß genommen, ein Interview mit einem türkischen Arbeiter zu führen, der Mitglied des Ausländerzentrums Augsburg ist und darüber hinaus viele Erfahrungen mit westdeutschen Einrichtungen hat sammeln können, in die sich angeblich die Ausländer integrieren sollen (etwa Ausländerbeirat und Ausländerstellen der Wohlfahrtsverbände). – (oll)

Frage: Was verstehst du unter Integration?

Antwort: Die SPD hat gesagt: Wir haben die ausländischen Arbeiter hier hereingeholt; jetzt müssen wir sie in unsere Gesellschaft integrieren, weil sie so viele Jahre hier gearbeitet und gelebt haben. – Die CDU/CSU sagt: Wir haben sie als Gastarbeiter hergeholt, d.h. als Arbeiter mit Gaststatus; wenn wir sie nicht mehr brauchen, sollen sie wieder nach Hause gehen. – Manche sagen, die 1. Generation – halt die, die sich hier aufgearbeitet haben – sei nicht zu integrieren; mit den Jüngeren (2. und 3. Generation) gehe das schon eher. – Dagegen sagen andere (das geht bis in die Reihen der GRÜNEN), daß die Ausländer „mehr Rechte“ bekommen sollen (aber sie sagen nicht „gleiche Rechte“!), damit sie besser integriert werden könnten. Ich will in die Diskussion um Ausländerintegration viel oder wenig, oder was Integration ist, nicht eingreifen, weil in jedem Fall dahintersteckt, daß die Ausländer etwas bringen müssen, und daß Einheimische (Parteien, Verbände usw.) mit den Ausländern etwas machen wollen.

F: Kannst du das bitte etwas ausführen?

A: Für mich ist das Ziel nicht Integration, sondern Zusammenleben. Ich meine Zusammenleben unter gleichen Bedingungen: rechtlich, in der Arbeit, beim Wohnen, in allen Lebensbereichen. Unter gleichen Bedingungen leben, das setzt voraus, daß Vorurteile, Herrscherdenken usw. abgebaut sind. Z.B.: Warum soll es ein Problem sein, wenn eine türkische Frau mit Kopftuch durch die Straßen geht. Für alle hier gilt doch, daß sie sich anziehen können wie sie wollen – warum nicht für die Ausländer. Da wird gefordert, daß sich die Ausländer an die Deutschen anpassen sollen. Das nenne ich Herrscherdenken.

F: Die Politiker pflegen ja zu sagen, wenn man Fortschritte darin machen will, daß Ausländer gleiche Rechte haben wie Deutsche, müßten „beide Seiten aufeinander zugehen“. Was sagst du zu diesem Standpunkt?

A: Da wird von uns verlangt, auf die Deutschen zuzugehen! Wir sind rech-

lich ungleich, als Menschen sind wir untergeordnet, wir werden diskriminiert. Und da wird gefordert, wir sollen auf die Deutschen zugehen. Das geht nicht. Zuerst muß der Kampf gegen diese Unrechte geführt werden. Überall dort, wo sich Deutsche an diesem Kampf beteiligen, werden sie erleben, daß man aufeinander zugeht und gemeinsam lebt.

F: Es gibt ja die Auffassung, wenn die Ausländer nicht auf die Deutschen zugehen, würde das indirekt den Ausländerhaß fördern, z.B. wenn Türken lieber in Türkenvierteln wohnen als unter Deutschen.

A: Ursache von Ausländerfeindlichkeit hier ist nicht die Tatsache, daß es Ausländer hier gibt, und wie sie wohnen, sondern daß bei den Durchschnittsmenschen in dieser kapitalistischen Gesellschaft die Toleranz gegenüber Menschen fehlt, die anders sind als sie selber. Diese Deutschen sind damit Produkt ihrer Gesellschaft. Daß sich besonders in der BRD Rassismus und faschistische Tendenzen so breit entwickeln, hängt mit der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands zusammen, meine ich.

F: Wenn bei der Woche der Ausländischen Mitbürger 1986 in Augsburg die Forderung nach Kommunalwahlrecht für Ausländer aufgestellt wurde – ist das deiner Meinung nach ein Schritt in die richtige Richtung?

A: Kommunalwahlrecht wird derzeit überstehend von der SPD und ihr nahestehenden Gruppen und Personen gefordert. Die einen sagen: Kommunalwahlrecht für alle, die aus EG-Ländern kommen. Andere fordern: Alle Ausländer sollen das Kommunalwahlrecht bekommen. Das ist dann ein Schritt zur Integration der Ausländer in diese Gesellschaft, weil wir nämlich so die Ausländer zu unserer Demokratie erziehen. Für mich sieht das aus wie die Apartheid-Politik in Südafrika. Dort werden den Schwarzen ja auch Rechte verweigert, weil sie angeblich noch nicht reif genug sind für eine Demokratie. Für mich gibt es nicht „ein bißchen mehr oder weniger Demokratie“. Entweder es gibt gleiche Rechte für alle Menschen oder nicht. Ich bin damit nicht gegen das



Aktion des Internationalen Kulturzentrums Augsburg am Wahltag: Abstimmung für ein Stimmrecht für Ausländer.

Kommunalwahlrecht für Ausländer. Wenn es das in Augsburg gäbe, würde ich es für den Kampf für gleiche Rechte und gegen Rassismus nutzen. Ich bin nur gegen eine „schrittweise Demokratisierung“ von uns Ausländern. Kommunalwahlrecht ist also für mich nicht Ziel, sondern Mittel im Kampf.

F: Wird der Kampf um gleiche Rechte und gegen Rassismus von allen Ausländern geführt oder ist es nicht vielmehr so, daß viele Ausländer sich sehr zurückhalten?

A: Seit 1984, als die Regierung die Rückkehrkampagne begonnen hat, fühlen sich viele genötigt, sich für Rückkehr oder dagegen zu entscheiden. Obwohl viele (von der 1. Generation) ursprünglich zurückkehren wollten, um zu Hause eine Existenz aufzubauen, werden insgesamt die meisten hierbleiben, weil sich die Verhältnisse in der Türkei nie so ändern werden, wie sie sich das ursprünglich vorgestellt haben. Das gilt aber auch, weil viele – besonders die 2. und 3. Generation – inzwischen große Schwierigkeiten haben, in der Türkei zu leben. Wenn der Rassismus in der BRD zunimmt, werden allerdings doch mehr „rückkehrwillig“ werden. Wer sich für ein dauerndes Leben in der BRD entscheidet, der wird sich auch für ein besseres Leben hier einsetzen. So können wir sehen, daß sich in letzter Zeit mehr Ausländer – ich sage übrigens lieber Arbeitsemigranten – für den Kampf um menschliches Leben einsetzen, z.B. beim Hungerstreik für Familienzusammenführung in Augsburg. Ich meine, unabhängig davon, ob einer zurückwill oder nicht, daß es wichtig ist, den Kampf für mehr Rechte dort zu führen, wo er lebt. – Ich möchte am Schluß ein Gedicht von Kürsat Timoroglu zitieren:

„Ich Knoblauch in meinem Mund
Du Sauerkraut

Du brauchst nicht wie ich sein

Ich brauch nicht wie du sein

Aber

Du und ich können WIR sein

Was haben die Zimmermänner
bei uns zu suchen?“

Arbeitsmedizin

Zusammenhang von Atemwegskrebs, Arbeitsbelastungen und Rauchen

Wir dokumentieren unten relativ ausführlich aus einer arbeitsmedizinischen Untersuchung von Werksärzten der Hamburger Gaswerke über den Zusammenhang von Erkrankungen an Atemwegskrebsen und Arbeitsbelastung einerseits und Rauchen andererseits. Die Studie unterscheidet sich eher wohltuend von der Flut sozialmedizinischer Untersuchungen, die seit Jahren allesamt mit dem Vorurteil, Erkrankungen entstünden vor allem durch individuelles Fehlverhalten, wissenschaftliche Redlichkeit beiseite lassen, um eben dieses Vorurteil zu bestätigen. Die Autoren stellen fest, daß alle Studien über das Rauchen, die nicht die Belastungen bei der Arbeit berücksichtigen, zu unzulässigen Schlußfolgerungen führen.

Somit liefern sie zumindest ein wichtiges Argument gegen die Behauptung, die Leute würden sich wider besseres Wissen um ihre Gesundheit bringen, allerdings noch kein zureichendes. Dazu müßte unseres Erachtens untersucht werden, was bringt jemandem zum Rauchen, welchen Nutzen hat er tatsächlich oder auch nur vermeintlich davon. Eine Vermutung: Gerade bei Arbeiten mit höchster Belastung in der Umgebung oder auch in der Intensität verschafft das Rauchen Pausenmöglichkeiten, vermittelt wie auch immer Entspannung. Einige Anhaltspunkte für diese Vermutung liefert die zitierte Untersuchung. Die Werksärzte stellen einen Zusammenhang zwischen dem Umfang des Tabakkonsums und der Art der Tätigkeit fest. Der Anteil von Rauchern ist bei den Arbeitern mit der stärksten Arbeitsbelastung am höchsten, am geringsten bei den Bürobeschäftigten. Ein weiterer Anhaltspunkt ist der Zusammenhang von Zigarettenkonsum und Einkommenshöhe. Aus einer – leider nicht veröffentlichten – Studie ist uns bekannt, daß es die meisten Raucher bei den Leuten mit niedrigsten Einkommen gibt, daß der Verbrauch zu mittleren Einkommen hin fällt und ab den Einkommen leitender Angestellter wieder steigt. – (alk)

1. Einleitung und Fragestellung

Das Rauchen von Zigaretten bzw. von Tabak überhaupt gilt gemeinhin als die wichtigste Ursache für den in den letzten Jahren weltweit beobachteten Anstieg der Mortalität an Atemwegskarzinomen, speziell an solchen der Lungen und des Kehlkopfes ... Anhand einer epidemiologischen Studie sollen die beiden Faktoren Tabakrauchen und Arbeitsplatz in ihrer Beziehung zur Häufigkeit von Atemwegskarzinomen untersucht und miteinander verglichen werden.

Veranlassung sowie Bezugsmaterial hierfür liefern vorangegangene Veröffentlichungen aus der werksärztlichen Dienststelle der Hamburger Gas- und Wasserwerke (HGW, HWW) ...

Im einzelnen sind folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie verhält sich die Krebssterblichkeit in den einzelnen nach den Gefährdungen zu definierenden „Exposition“-Gruppen; insbesondere, welches

Bild ergibt sich für die Atemwegskarzinome?

2. Wie verteilen sich die Raucher und Nichtraucher?

3. Falls sich sowohl zwischen dem Tabakrauchen als auch dem Arbeitsplatz Beziehungen zur Krebssterblichkeit erkennen lassen, wie hoch ist der Einfluß dieser Faktoren im gegenseitigen Vergleich einzuschätzen?

2. Material und Methodik

Die Untersuchung erstreckte sich auf das bei den Hamburger Gaswerken (HGW) beschäftigte bzw. beschäftigt gewesene Personal. Berücksichtigt wurden alle diejenigen Personen, die seit 1900 in diesem Unternehmen ... eingestellt wurden und die zehn Jahre oder länger in dieser Anstellung verblieben. Gegebenenfalls war die Todesursache zu ermitteln ... Vom Ziel der vorliegenden Abhandlung her gesehen erschien es sinnvoll, die Definition der Nichtraucher möglichst eng zu fassen. Hierzu werden demgemäß lediglich

diejenigen Personen gerechnet, die in ihrem Leben nie oder nur unbedeutend geraucht hatten ...

Als statistische Verfahren kam ... hauptsächlich die Methode der „dynamischen Kohorten“ zur Anwendung, wobei aus definierten Referenzgruppen des Gesamtkollektivs zu schätzen und auf die Studiengruppe anzuwenden war. Als Studiengruppe dienten die Ofenblockarbeiter von Kokereibetrieben („Kohorte I“) ... Die in dieser Kohorte erfaßten Probanden waren während ihres Arbeitslebens meist langfristig, mindestens aber ein Jahr hindurch, am Ofenblock tätig und dort in erheblichem Maße gegenüber teerhaltigem Flugstaub exponiert. Referenzgruppe sind zumeist die übrigen in gewerblichen Bereichen beschäftigten bzw. beschäftigt gewesenen Betriebsangehörigen der HWG ... („Kohorte II“) Für die Probanden dieser Kohorte bestanden an den Arbeitsplätzen bisweilen ebenfalls gewisse Gefährdungen durch inhalierbare krebserzeugende Stoffe, wobei z.B. auch Teersubstanzen eine Rolle spielen, z.B. bei den Kokerei- und Rohrnetzarbeitern. Eine weitere Referenzgruppe bildeten schließlich die Büroarbeiter und Verwaltungsangestellten. Berufliche Expositionen gegenüber krebserzeugenden Schädlichkeiten treten hier nicht auf ...

3. Ergebnisse

Bei Abschluß der Voruntersuchungen (31.12.1983) umfaßte das Gesamtkollektiv 4817 männliche und 555 weibliche Probanden. In Anbetracht der Untersuchungsziele sind für die statistischen Vergleiche nur die Daten der männlichen Probanden verwertbar, da an den Ofenblöcken lediglich Männer beschäftigt waren ...

Die meisten Raucher finden sich unter den Ofenblockarbeitern (Kohorte I) ... Am niedrigsten ist der Anteil bei dem Personal aus dem Verwaltungs- und Bürobereich ...

Ebenso wie die Häufigkeit des Tabakrauchens ist aber bei den Ofenblockarbeitern im Vergleich zu den beiden anderen Kollektiven auch die auf Anzahl der Sterbefälle bezogene Quote an Atemwegskarzinomen sowie jene an bösartigen Geschwülsten überhaupt besonders groß ...

(Ergebnisse aus standardisierten Mortalitätsraten (SMR). s. Tabelle. in

Todesursache	Studien-	Referenz-	Ges.-N		Todesfälle		SMR	Stand.- Abweich. (SMR)	LR Test (ggf. u)	signif.
	Kohorte			Pers.-J.	erw.	beob.				
Atemwegskarzinome	1, Nichtraucher.	2, Nichtraucher.	102	3603,7	1,19	7	5,88	2,21	13,14	S
	1, Nichtraucher.	3, Nichtraucher.	102	3603,7	1,18	7	5,93	4,82	-	
	2, Nichtraucher.	3, Nichtraucher.	657	19326	4,84	6	1,24	1,01	-	
	1, Raucher	2, Raucher	532	18669,9	19,91	62	3,11	0,40	56	S
	1, Raucher	3, Raucher	532	18669,9	12,53	62	4,95	1,95	u=2,02	S
	2, Raucher	3, Raucher	2098	65031	44,29	65	1,47	0,58	u=0,81	ns
	1, Nichtraucher.	1, Raucher	102	3603,7	19,92	7	0,54	0,21	3,26	ns
	2, Nichtraucher.	2, Raucher	657	19326	18,47	6	0,32	0,142	10,94	S
	3, Nichtraucher.	3, Raucher	199	7569,94	4,60	2	0,43	0,35	1,87	ns

der die tatsächlichen Todesfälle der sog. „Studiengruppe“ mit den beobachteten Todesfälle der „Referenzgruppe“ verglichen werden, d.Red.): Es zeigt sich, daß die Häufigkeit der beobachteten Atemwegskarzinome bei den Offenblockarbeitern erheblich die Erwartungswerte übertrifft ... Die Unterschiede zwischen Rauchern und Nichtrauchern drücken sich demgegenüber in den meisten Fällen durch deutlich niedrigere Werte aus. Da die Sterbeziffern für die Atemwegskarzinome unter den Rauchern aufgrund der größeren Fallzahl stabiler geschätzt werden können als diejenigen bei Nichtrauchern, wurden ... die Nichtraucher an der Sterblichkeit der Raucher standardisiert. Falls die Raucher ein höheres Risiko an Atemwegskarzinomen als die Nichtraucher aufweisen, muß die SMR kleiner als Eins sei ... Hervorzuheben ist, daß sich dieser Quotient nur für die Kohorte II von Eins unterscheidet. In den beiden anderen Kohorten zeigen sich zwar ebenfalls bei Rauchern höhere Inzidenzziffern für Atemwegskarzinomen, die Unterschiede liegen jedoch im Zufallsbereich ...

4. Diskussion

... Nach wenigen Expositionsjahren erreicht die Krebshäufigkeit bei den Offenblockarbeitern ein nicht mehr steigerungsfähiges („Sättigungs“-)Niveau ... Die bisher vorliegenden Untersuchungen liefern keine Anhaltspunkte dafür, daß dieses einmal erworbene Potential nach Beendigung der Exposition wieder abgebaut wird. Dieses Verhalten ist ein wichtiges Argument dafür, daß die Exposition als Initiator der Krebsentstehung wirkt und sie gleichzeitig das Ausmaß des Risikos festlegt ... Für das Tabakrauchen sind in bezug auf die Verursachung von bösartigen Tumoren solche Abläufe bisher nicht beschrieben worden. Mit dem Abbau des Risikoausmaßes bei Exrauchern scheint sogar ein gewisser Unterschied gegenüber den Folgen beruflicher Belastung vorzuliegen. Bekannt ist zwar, daß sich das Krebsrisiko mit dem Quantum des Tabak-(Zigaretten-)Konsums ständig erhöht. Ein „Sättigungsniveau“ der Tumorraten ist nicht geläufig. Allerdings werden nur selten jene Quoten erreicht, wie sie hier bei den Offenblockarbeitern zu registrieren sind ...

Nicht aber das Rauchen, sondern die vom Arbeitsplatz ausgehenden Einflüsse erweisen sich im vorliegenden Material für die Krebshäufigkeit von maßgeblicher Bedeutung, dies auch in der Kohorte II ... Ob und inwieweit diese Feststellung ... auch für andere vergleichbare Sparten des Arbeitslebens Gültigkeit besitzt, läßt sich natürlich nicht abschätzen. Denkbar wäre dies. Dann aber wäre dieser Befund von grundlegender Bedeutung. Es könnte dann nämlich gefolgert werden, daß selbst relativ mäßige Expositionen gegenüber krebserzeugenden Arbeitsstoff-

Übersicht Rauchgewohnheiten und Todesursachen,
Probanden mit Informationen zur Rauchgewohnheit.

Kohorte		(%-Angaben s. Tab. 5 a)					
		I Ofenblock		II Mittl. Expos.		III Verwältg.	
		NR	R	NR	R	NR	R
Atemwegs- Karzinome	dir.	7	62	6	65	2	8
	in %	10,94	19,25	3,24	8,15	2,70	5,06
Magen- Karzinome	dir.	3	17	9	49	0	6
	in %	4,69	5,28	4,86	6,14	0,00	3,80
Darm- Karzinome	dir.	4	8	5	26	3	3
	in %	6,25	2,48	2,70	3,26	4,05	1,90
Harnwegs- Karzinome	dir.	2	10	2	12	0	2
	in %	3,13	3,11	1,08	1,50	0,00	1,27
Hypernephrom	dir.	0	2	2	6	0	0
	in %	0,00	0,62	1,08	0,75	0,00	0,00
andere Tumoren	dir.	5	29	18	64	4	9
	in %	7,81	9,01	9,73	8,02	5,41	5,70
Tumoren d. blutb. Organe	dir.	3	5	3	11	2	0
	in %	4,69	1,55	1,62	1,38	2,70	0,00
Kardiovasc. Todesurs.	dir.	24	104	68	285	29	69
	in %	37,5	32,3	36,76	31,71	39,19	43,67
andere natürl. TU.	dir.	14	73	58	238	30	58
	in %	21,87	22,67	31,35	29,82	40,54	36,71
Unfälle, Suicide	dir.	2	12	14	42	4	8
	in %	3,12	3,73	7,57	5,26	5,40	5,06
Verstorbene insges.	dir.	64	322	185	798	74	158
	in %	62,75	60,63	28,16	38,04	37,19	46,20
Lebende	dir.	38	210	472	1300	125	184
	in %	37,25	39,37	71,84	61,96	62,81	53,80
Insgesamt	dir.	102	532	657	2098	199	342
	in %	16,09	83,91	23,85	76,15	36,78	63,22
Ges.-N der Gruppe		634		2 755		541	

fen, wie sie in der Kohorte II auftreten, in ihrer schädlichen Wirkung nicht nur dem (Zigaretten-)Rauchen in etwa gleichzusetzen sind, sondern daß dadurch die mit dem Rauchen verbundene Quote an bösartigen Tumoren zusätzlich hochgetrieben wird ...

Bei besonders starker Exposition, wie sie hier bei den Offenblockarbeitern gegenüber inhalationsfähigen Teerstoffen gegeben ist, gilt die Feststellung, daß das Tabakrauchen auch als ursächlicher Faktor kaum noch eine zusätzliche Rolle spielt ...

Man erkennt, daß Statistiken, die die Mitwirkung beruflicher Faktoren unberücksichtigt lassen, in dieser Hinsicht wenig brauchbar sind. Dieser Aspekt gilt umso mehr, als damit zu rechnen ist, daß - wie im vorliegenden Fall - der Arbeitsplatz nicht nur mit der Krebshäufigkeit korreliert, sondern auch mit dem Ausmaß des Zigarettenkonsums ...

Ob der leichte, wenn auch offenbar statistisch nicht zu belegende Rückgang der Erkrankungshäufigkeit an Atemwegskarzinomen auf den vermehrten Gebrauch von Filterzigaretten zurückzuführen ist, wie dies einige Autoren vermuten, bleibt Spekulation. Ebenso kann man die während etwa desselben Zeitraumes weltweit in allen Industrieländern unternommenen Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz geltend machen. Ohne damit die Richtigkeit entsprechender Bemühungen der Zigarettenindustrie in Zweifel ziehen zu wollen, bleibt doch aus arbeitsmedizinischer Sicht die Hoffnung, daß die Fortentwicklung des Arbeitsschutzes nicht gestoppt wird.

A. Manz (Leiter der werksärztlichen Dienststelle der HWG), J. Berger, H. Waltgott, N. Glaser, Rauchgewohnheiten und Berufskrebs, 1985 (Auszüge nach dem Manuskript)

Religionskritik

K. Deschners Kritik an den Verbrechen der Kirchen

In den „Politischen Berichten“ des letzten Jahres haben wir von verschiedenen Seiten und Themen her Religionskritik geübt. Der zweite Papstbesuch in der Bundesrepublik steht bevor, ausreichender Anlaß, sich mit der Religionskritik weiter zu befassen, sie zu stärken. Auf diesen zwei Seiten stellen wir verschiedene Bücher von Karlheinz Deschner vor, er ist der wohl am besten informierte Kritiker der Kirchengeschichte. Sein Buch „Das Kreuz mit der Kirche – Eine Sexualgeschichte des Christentums“ war in Nr. 26/1986 der „Politischen Berichte“ besprochen worden.

Deschner stellt fest, daß die christliche Religion behauptet, sie wolle für den Menschen da sein. In der Geschichte aber habe das Christentum, seit es römische Staatsreligion geworden war, das genaue Gegenteil betrieben: Das Christentum „wurde die grassierende Pest der Jahrtausende, mit einem Wort: Das Christentum wurde der Antichrist... Von allem Schlimmen wurde es das Schlimmste: nicht weil andere minder schlecht gewesen wären, sondern weil sie es nicht so lang sein konnten, so intensiv, weil sie nicht solche Macht über das Volk gewannen“. (1) Er verweist auf die enge Verknüpfung zwischen den jeweils Herrschenden, ihrem Interesse an der Sicherung ihrer Herrschaft und der Tätigkeit der christlichen Kirche: „Was war ein Mensch da gegenüber ‚Gott‘? Wurde man nicht seinetwegen ... verbrannt, gehängt, geköpft, erwürgt, gesäckt, geteert, gerädert und gevierteilt? Ging es je denn um des Menschen Wohl? Nicht immer bloß um sein Opfer? ... Ging es nicht stets um das Höchste, Letzte, Absolute, vor dem mit Sicherheit nur eines stand: die absolute Macht- und Geldgier der clerica und ihrer ‚weltlichen‘ Komplizen, der eigentlichen Götterschmaus, das wahre *Herrenmahl*: ihr gemeinschaftliches Zerreißen und Zerfleischen der Menschheit, ihrer Gegner und Untertanen ... vom 4. bis ins 20. Jahrhundert, ... wo noch 1933, ‚im Jubiläum unserer Erlösung‘, alle deutschen Bischöfe in Adolf Hitler ‚einen Abglanz der göttlichen Herrschaft und eine Teilnahme an der ewigen Autorität Gottes‘ erblickten ...?“ (2)

Wie die katholische Kirche die Faschisten unterstützte, bei der Sicherung der Terrorherrschaft und der imperialistischen Aggression, insbesondere gegen die Sowjetunion, kräftig half und „Gott mit uns“ in die Gehirne hämmerte und an die Waffen heftete, hat Deschner gründlich untersucht und dargestellt. Er hat, wie auch für den sonstigen Gang der Geschichte, die Macht- und Geldgier des Klerus, besonders des hohen, als die treibende Kraft für das verbrecherische Wirken der Kirche – im Namen der Gottes- und Menschenliebe – herausgestellt. Dabei wird deutlich, daß die katholische Kirche, wie die anderen Kirchen ebenfalls, planmäßig und langfristig Politik betrieb und betreibt zugunsten der herrschenden Klasse gegen soziale Emanzipationsbestrebungen. Aber dieses Herausstellen des Klerus und seiner Machtgier drängt die Frage in den Hintergrund, warum der Klerus wirken kann. Liegt die kirchliche Wirkungsmöglichkeit nur daran, daß der Klerus die Menschen dumm hält oder verdummt? Warum kann die Religion Opium des Volks sein?

Die Religion hat ihre Wirkung darin, daß sie das bestehende „irdische Jammertal“ kritisiert, indem sie auf ein „besseres Jenseits“ verweist, und dadurch zugleich mit den bestehenden Verhältnissen abfinden läßt, sie zementiert und bestätigt auf dem „Weg zum ewigen Leben“. Wie auch die anderen Produkte des Bewußtseins sind die religiösen Illusionen keine Ergebnisse eines selbständigen menschlichen Geistes, der losgelöst von der geschichtlichen Entwicklung des wirklichen Lebensprozesses das Wesen des Menschen an den Himmel projiziert. Der reale Stand der gesellschaftlichen Verhältnisse bedingt und verändert das Bewußtsein.

Friedenspredigt und Kriegspraxis

Der von Deschner 1970 herausgegebene Sammelband „Kirche und Krieg“ enthält Beiträge unterschiedlicher Qualität. Weil bloß aneinanderreihend und nichts über den gesellschaftlichen Konflikt Feudalordnung gegen Sklaverei enthaltend, eher ermüdend ist der erste Beitrag über die Durchsetzung des Katholizismus als Staatsreligion im Westen des ehemaligen Römischen Reiches in Konkurrenz zur Ostkirche. Interessanter dann die



Bestelladresse der MIZ:
MIZ-Vertrieb, Postfach 880,
D-1000 Berlin 27

Enthüllung der religiösen Verbrämung („Heidenmission“) verschiedener Eroberungskriege des fränkischen Reiches. Mit Gewinn und Vergnügen liest man auch den Aufsatz über die Kreuzzüge gegen den Islam, der in Polemik gegen die Legenden von den frommen und

braven Rittern geschrieben ist. Der Teil „Kreuzzüge und Ketzerkriege in Europa“ enthält die gern verschwiegene Rolle des Deutschherrenordens bei der frühen Ostexpansion. Preußens, bietet allerdings kaum Anhaltspunkte für die sozialen Gründe der zahlreichen Ketzerbewegungen und warum diese somit auf den erbitterten Haß der Kirche stießen. Der letzte Teil „Neuzeit“ verweist darauf, daß die Überlebensfähigkeit der Kirche daher rühre, daß sie sich nach Siegen der Revolution mit erneut entstehenden Kräften der Reaktion zu verbinden versteht. – (alk)

Kritik der christlichen Dogmen

„Keine Seite der christlichen Religion steht in so argem Verruf wie das Dogma“, zitiert K. Deschner im Vorwort des Sammelbands „Der manipulierte Glaube. Eine Kritik der christlichen Dogmen“. Deschner informiert über die ältesten Überlieferungen des Christentums: Das Neue Testament gibt keine sichere Auskunft über eine geschichtliche Person Jesus. Die Evangelien sind erst weit nach dem angenommenen Tod der Person Jesus geschrieben worden. Sie sind aus anderen Religionen übernommene Kultlegenden, die in vorgeblich wahren Berichten eine Göttlichkeit Jesu behaupten. Sie sind in den ersten Jahrhunderten beständig geändert worden und enthalten zahl-

Eine Kritik der Religion muß daher zu einer praktischen Kritik, einer Veränderung der gesellschaftlichen Zustände weitergehen, um die religiösen Vorstellungen tatsächlich als Illusionen zu beenden. Deschner geht demgegenüber von einer abstrakt gefaßten Vorstellung „Mensch“ aus, dieser Gedanke solle an die Stelle der religiösen Einbildungen treten: „Gerade darum aber muß der Mensch das Maß aller Dinge sein (Protagoras), muß er an Gottes Stelle treten, nicht als neuer Götze, Halsabschneider, sondern im humanistischen, ethischen Sinn.“ (2) Deschner schließt sich in seiner Religionskritik an den Philosophen Ludwig Feuerbach an und zitiert ihn zustimmend: „Gott ist das ‚offenbare Innere, das ausgesprochene Selbst des Menschen‘ – eine anthropomorphe Projektion.“ Gegen dieses abstrakte „Selbst“ Feuerbachs schrieb K. Marx: „Aber daß die weltliche Grundlage sich von sich selbst abhebt und sich ein selbständiges Reich in den Wolken fixiert, ist nur aus der Selbstzerissenheit und Selbstwidersprechen dieser weltlichen Grundlage zu erklären. Diese selbst muß also in sich selbst sowohl in ihrem Widerspruch verstanden als praktisch revolutioniert werden.“ „Feuerbach löst das religiöse Wesen in das menschliche Wesen auf. Aber das menschliche Wesen ist

reiche Widersprüche untereinander. Eine Kirche war am Anfang nicht vorgesehen, denn zunächst glaubten die Christen an ein kurz bevorstehendes Weltende. Als sich diese Erwartung als falsch erwies, wurde eine Kirche als Statthalter Christi mittels neuer Dogmen begründet und aufgebaut: „Die wirkliche geschichtliche Welt brauchte sich nicht mehr zu ändern.“ Der Weg zur Staatsreligion hatte begonnen. – (gba)

Die MIZ gegen religiöse Finsternis

MIZ, „Materialien und Informationen zur Zeit“, heißt das Journal des IBKA (Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten). Er hat sich zur Aufgabe gemacht, in aufklärerischer Tradition die Kritik an Kirche und Religion zu „pflegen“. Die MIZ knüpft an die antiklerikale Tradition der Sozialdemokratie im Kaiserreich an, für die damals Kritik am Kapitalismus und Kampf gegen die religiöse Verdunkelung eng zusammengehörten. Die Forderung nach Trennung von Kirche und Staat ist für die MIZ grundlegend. Sie beobachtet sorgfältig alle reaktionären Bestrebungen, die der kirchlichen Autorität wieder verstärkt staatliche Macht verleihen wollen. So z.B., daß auf Drängen der katholischen Kirche Bayerns am 28.9.86 ein Gesetzentwurf zum §166 StGB in den Bundesrat eingebracht wur-

de, der eine verschärfte Strafbarkeit der Lästerung Gottes ermöglichen soll. Erst 1969 war der §166 gemildert worden. Dazu die MIZ: Wenn diese klerikalen Pläne Gesetz würden, könnte ein Künstler wie Georg Grosz wegen seines „Christus mit der Gasmaske“ wieder bestraft werden; gegen Wilhelm Busch wegen des „Bischof Rusticus“ und gegen Bertolt Brecht wegen seines Gedichtes „Maria“ könnte wieder ermittelt werden wie unter dem alten §166. Die Leute der MIZ sind keine Marxisten. Aber sie setzen Aufklärung und Vernunft gegen klerikale und religiöse Finsternis. Ihre Arbeit ist bei derzeitiger religiöser Konjunktur auch für revolutionäre Sozialisten sehr hilfreich! – (hel)

Wegbereiter des Faschismus

Karlheinz Deschner beschreibt in „Ein Jahrhundert Heilsgeschichte. Die Politik der Päpste im Zeitalter der Weltkriege“ den Vatikan als allein am Erhalt seiner Macht und seines Einflusses interessiert, dabei notfalls mit dem Teufel paktierend und über Leichen gehend. „Mussolini wurde uns von der göttlichen Vorsehung gesandt“ (S. 342), so der Papst 1926. Fürwahr, schloß er doch die Lateranverträge ab und sorgte dafür, daß der im laizistischen Italien verlorengegangene Einfluß der Kirche wieder hergestellt wurde. In Österreich wurde

die Unterstützung klerofaschistischer Regierungen 1933 mit dem Abschluß eines Konkordats gekrönt; der Anschluß Österreichs von Kardinal Inniger mit „Heil Hitler“ begrüßt und selbiger vom Kardinal empfangen, winkte doch ein Konkordat mit dem deutschen Reich. Auch hier genau belegt, warum die deutsche Kurie ihre ablehnende Haltung änderte. Der Krieg gegen die spanische Republik war für die Kirche der „christliche Kreuzzug gegen den Bolschewismus“. Minutiös wird die Politik der Päpste über ein Jahrhundert beschrieben, ihr Einfluß teilweise überschätzt (nicht der Vatikan brachte den Faschismus an die Macht, wie D. meint). Deschners Ansatz vernachlässigt, die Ursache für die Möglichkeiten der Einflußnahme und Machtpolitik aufzuzeigen. Mit Hilfe der Sozialenzykliken von 1891 (Gegengewicht zum Marxismus) und von 1931 (den faschistischen Ständestaat propagierend), als noch heute geltender ideologischer Grundlage, schaffte sich die Kirche eine Basis in Massen- und Klassenbewegungen der kapitalistischen Gesellschaft. – (ti)

Abermals krähte der Hahn

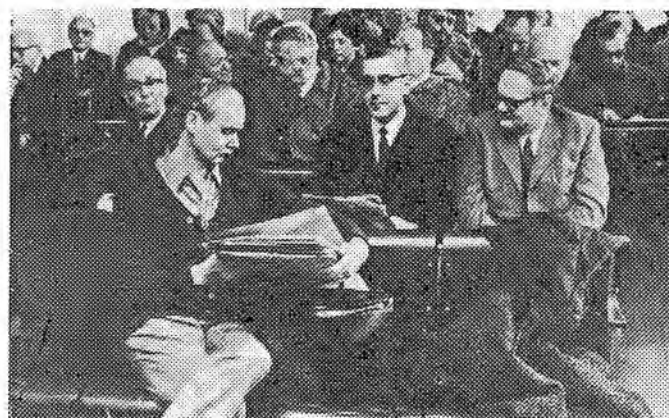
Dieses Buch mit 700 Seiten erschien 1962 und wurde 1980 neu aufgelegt. Der Untertitel lautet „Eine kritische Kirchengeschichte von den

Evangelisten bis zu den Faschisten“. Die vier großen Teile des Buches sind überschrieben „Die Evangelien und ihr Umkreis“, „Paulus“, „Der Frühkatholizismus“ sowie „Die siegende Kirche“. Zur Übersichtlichkeit des Bandes trägt bei, daß viele Kapitelüberschriften thesenartig formuliert sind, beispielsweise „Alle Jesus zugeschriebenen Wunder wurden schon in vorchristlicher Zeit vollbracht“. Deschners Methode zum Beleg seiner pointierten Thesen ist das Zitat oder der Verweis auf Textstellen; seine Bibliographie umfaßt ca. 900 Titel. Sein eigener Ton ist von einer knappen, tiefgehenden Bitterkeit, so wenn er über den Antisemitismus schreibt: „Es dürfte nicht leicht fallen, aus dem ‚Stürmer‘ ... niederträglichere Schmähungen der Juden zu eruieren, als aus den Werken Martin Luthers“. Sein Interesse geht darauf, die christliche Lehre von deren Verfälschung durch die Kirche zu trennen; für diese Verfälschung gibt er dem Leser viel Material und Argumente an die Hand, etwa auch zum Thema Krieg. Eine Schwäche ist, daß Deschner nur sehr selten und am Rande darauf zu sprechen kommt, welche Interessen die von ihm kritisierte Kirchengeschichte beeinflussen. Diese erscheint so als einfache Ansammlung von Heuchelei und empörenden Brutalitäten. – (mfr)

kein dem einzelnen Individuum inwohnendes Abstraktum... Feuerbach sieht daher nicht, daß das „religiöse Gemüt“ selbst ein gesellschaftliches Produkt ist und daß das abstrakte Individuum, das er analysiert, einer bestimmten Gesellschaftsform angehört.“ (3)

Deschner meint, „die Gottesidee ... ist ... eine Lebenslüge, eine ungeheure Fiktion“. (2) Da er nicht sieht, daß die religiösen Vorstellungen entstanden in dem historischen Prozeß der gesellschaftlichen Aneignung der Natur und durch sie bedingt und aufhebbar sind, erklärt er trotz der zitierten Ablehnung der Gottesidee, die Menschen könnten prinzipiell nicht erkennen, daß die Gottesidee eine Illusion ist: „Denn niemand kann Gott, niemand jedoch auch seine Nichtexistenz beweisen.“ In diesem Fall ist Deschner wie Feuerbach zu kritisieren: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt drauf an, sie zu verändern.“ (3)

(1) Kirche und Krieg. Der christliche Weg zum Ewigen Leben. Hrsg. und eingeleitet von K. Deschner. 1970; (2) K. Deschner, Warum ich Agnostiker bin. In: Warum ich Christ/Atheist/Agnostiker bin. Hrsg. K. Deschner; (3) K. Marx, Thesen über Feuerbach, MEW Bd.3 – (gba)



K. Deschner wurde 1971 in Nürnberg vor Gericht angeklagt auf Grund einer Anzeige „wegen Kirchenbeschimpfung“. Er hatte 1969 in Nürnberg auf einer Veranstaltung „Über die Notwendigkeit, aus der Kirche auszutreten“ gesprochen. Der Prozeß mußte schließlich „wegen Geringfügigkeit“ eingestellt werden. Bild: vorne Karlheinz Deschner im Gericht (Quelle: „MIZ“, Nr. 4/86)

Aus der Diskussion der Organisation

Diskussion um die bayerischen Landtagswahlen

Vorbemerkung: Der nachfolgende Bericht wurde nach einer ausführlichen Diskussion der Landesleitung Bayern des BWK in der Sitzung am 14.12.1986 in ihrem Auftrag verfaßt und in der Sitzung am 6.1.1987 beraten und gebilligt

1. Die theoretische Diskussion im BWK um die Grüne Parteibildung

Der Niedergang der K-Gruppen, aus unserer Sicht von besonderer Bedeutung die Spaltung und angeschlossene Auflösung des KBW, stand nach einhelliger Meinung in direktem Zusammenhang mit dem Aufstieg der GRÜNEN, die so 1978 ihre erste parlamentarische Vertretung in Hamburg und so 1980 die erste in einem Flächenstaat (Baden-Württemberg) erreichten. Der BWK nach seiner Gründung, wie die gesamte Linke, stand vor dem Problem, welche Politik gegenüber dieser Partei einzuschlagen war, warum die Politik der Vereinnahmung/Vernichtungskonkurrenz gescheitert war. Außerdem war – vielleicht nicht im Prinzip, so doch in der konkreten Situation – zu klären, welche politischen/sozialen Interessen der BWK aufgreifen wollte/sollte.

Im BWK wurde in dieser Situation die Theorie von den GRÜNEN als Partei der leitenden Klasse (oder der lohnabhängigen Mittelklasse) entwickelt, die sich sowohl vom Proletariat wie von der Monopolbourgeoisie abgrenzt. Der Vorgang, dessen besonders klare Ausprägung in der BRD eng mit der Schwäche der revisionistischen Arbeiterpartei (DKP) und der Stärke und dem Imperialismus einer regierenden Sozialdemokratie zusammenhängen dürfte, wurde zu einem frühen Zeitpunkt als ein historischer Vorgang mit objektiven Triebkräften (Absonderung der Kopfarbeit, Ausdehnung des nichtbourgeoisien Leitungspersonals im Imperialismus) beurteilt (Bericht auf der 3. o. DK, 1983). Daraus ergab sich z.B. auch die Zwangsläufigkeit des Scheiterns der Bildung einer „revolutionären Volkspartei“, in der alle anderen Klassen sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen (Bericht auf der 4. o. DK, 1984). Proletarische Parteibildung auf der einen Seite und Bündnispolitik gegenüber den Kräften um die GRÜNE Partei wurden zu strategischen Schlüsselvorstellungen für den BWK, ergänzt und untermauert durch die Aufgabe, fortschrittliche Positionen der Arbeiterbewegung in den Gewerkschaften zu stärken und zu unterstützen. Die Politik der Frontbildung gegen die Reaktion wurde als Volksfrontpolitik und Politik in der Volksfront konkretisiert (Bericht auf der 5.o. DK, 1985).

Gegenüber der GRÜNEN Partei – darauf kommt es an dieser Stelle an – wurden die grundlegenden Bestimmungen getroffen, ihre Bildung und Stärkung sei ein erfreuliches Ereignis, also nicht zu bekämpfen; hingegen sei der Nationalismus der Mittelklasse und ihre Tendenz zur Mißachtung der Interessen der Arbeiterklasse zu bekämpfen. Diese Festlegungen wurden 1983 getroffen und sie sind nach wie vor Grundlage unserer Diskussion.

2. Grundlegende politische Strömungen und Standort des BWK

Die politischen Rahmenbedingungen, unter denen sich Politik und Diskussion im BWK entwickelten, sollen im folgenden im Sinne grundlegender „Strömungen der Zeit“ versuchsweise charakterisiert werden:

a) die Ablösung der SPD/FDP-Koalition im Bund 1982

durch die CDU/CSU/FDP-Koalition 1982 und deren Wahlsieg 1983 sowie die Festigung der politischen Basis dieser Koalition in der jüngsten Vergangenheit (etwa letzte Landtagswahlen oder erwartetes Bundestagswahlergebnis), eine Stärkung also konservativ-liberaler Strömungen, wie sie auch in anderen imperialistischen Staaten zu beobachten ist.

b) der rasante Aufschwung reaktionär-faschistischer ideologischer Strömungen in der öffentlichen Meinungsbildung und der Druck, den diese Strömungen zu entfalten in der Lage sind (Republikaner, Eliteideologie, Ausländerfeindlichkeit können als Beispiele angeführt werden).

c) der ungebrochene Aufschwung (meist fortschrittlich) ökologischer ideologischer Strömungen in der BRD (trotz wiederholten Unkens und bei Aufnahme in die Programmatik aller Parteien Zunahme der Wähler der GRÜNEN), sowie der in der jüngsten Zeit vermehrt zu beobachtende Einbruch der Grünen Partei in die ganze Breite des christlich-kritisch orientierten politischen Spektrums.

Hierbei irritiert der Umstand stark, daß die Stärkung des reaktionär-faschistischen Lagers und der ökologischen Opposition nebeneinander stattfinden können, wobei der Punkt der Unverträglichkeit dieser Entwicklungen unbestimmt ist (markantestes Beispiel: die bayerische Landtagswahl).

e) die an den Resultaten erkennbare Unfähigkeit der rot-grün oder SPD-geführten Opposition die „Koalition der Mitte“ schädigen, schwächen und ablösen zu können (was etwa nach den Landtagswahlen NRW keineswegs sicher erschien, aber durch die 35-Stunden-, die AFG-Kampagne und die letzten Wahlergebnisse belegt ist). Dabei liegt es nahe, nach den jüngsten Entwicklungen weiterzugehen und einen historischen Niedergang der Sozialdemokratie zu behaupten, der dazu führt, daß aus der SPD nie wieder eine 40+x%-Partei in Bezug auf die BRD werden wird.

f) eine kommunistische Gegentendenz ist nicht in vergleichbarem Sinne erkennbar, sondern bestenfalls angedeutet, reflektiert.

Der BWK hat gegenüber den Entwicklungen bei den grundlegenden gesellschaftlichen politischen Strömungen – Faschismus, Konservatismus, Liberalismus, Christentum, Sozialdemokratismus (oder besser Reformismus?), Ökologismus und Kommunismus – den Versuch einer Standortbestimmung der kommunistisch-kollektivistischen Strömung und damit zugleich seines eigenen Standortes vorgenommen. Die These, daß die kooperative Produktionsweise einen spontanen Kommunismus/Kollektivismus/Egalitarismus hervorbringt, bestimmt sowohl die Aussichten wie die Aufgaben *kommunistischer Organisation und Politik*: den spontanen Egalitarismus politisch zu formen (Stichwort: Anspruchsdenken) und ihn als proletarische Parteibildung im Parteiengefüge zur Geltung zu bringen, in dem er sichtbar derzeit nicht vorhanden ist.

3. Einige Gesichtspunkte für Politik in Bayern

Die Möglichkeiten hier in Bayern, im Lichte dieser Diskussion und Thesenbildung Politik zu machen, sind natürlich stark durch die besondere bayerische Situation bedingt.

a) Diese ist durch die *anhaltende* Stärke der CSU unter Einschluß von reaktionär-faschistischen und klerikalen Kräften in den vergangenen zwanzig Jahren gekennzeichnet gewesen. Daß die Aufgabe im wesentlichen ungelöst daliegt, eine *wirksame* Kritik an Reaktion und Faschismus zu entwickeln, die die Zielsetzung verfolgt, die politische und soziale Basis der CSU zu untergraben, muß hierzulande als unbestreitbar gelten. Denn die dieshinsichtliche Erfolglosigkeit der Politik der Oppositionspartei SPD ist in Bayern Legende.

b) Ein weiteres Merkmal ist die traditionelle Schwäche der APO-sitionellen Kräfte in Bayern gewesen, die sich als Schwäche revolutionärer Organisationen und dann auch der GRÜNEN und Alternativen in die 80er Jahre perpetuiert hat. Es war lange Zeit – man kann sagen bis zu diesen Landtagswahlen – unklar, ob die ökologische Kritik sich gegen Repression und Integration durch die staatstragenden Parteien, insbesondere die CSU, und den Druck der katholischen Kirche würde entfalten können, nachdem die GRÜNEN bei der Landtags- und Bundestagswahl 82/83 unter 5% geblieben waren. Aktuell war dies für die Opposition der Punkt, an dem eine Schwächung der CSU am ehesten greifbar war. Das dürfte die nahezu ausschließliche Fixierung der oppositionellen Kräfte auf den Widerstand gegen die WAA zumindest teilweise erklären.

c) Schließlich ist die SPD als Landespartei in Bayern (seit fast 30 Jahren ohne Regierungsamt) Oppositionspartei auf Dauer. Ein Umstand, an dem keine oppositionelle Bewegung in Bayern vorbeikommt, und ein Umstand, der die SPD von der Vielzahl oppositioneller Bewegungen existentiell abhängig macht. Ein Ausdruck dieser Situation ist das Vorhandensein einer „bayerischen“ revolutionären Organisation, dem Arbeiterbund, dessen Politik sich fast ausschließlich auf diesen Fakt bezieht. Die Abhängigkeit der SPD von der Gesamtheit der oppositionellen Bewegung dürfte mit dem Landtagswahlergebnis so noch deutlicher geworden sein und die SPD in dieser Hinsicht beweglicher machen. Die Analysen der Sozialdemokratie durch den BWK und die Positionen des BWK gegenüber der Sozialdemokratie reichen nicht aus, in dieser Situation operationsfähig zu sein: Kritik sozialchauvinistischer, imperialistischer Positionen der Sozialdemokratie steht im wesentlichen unvermittelt mit der Aufgabenstellung gewerkschaftlicher und antifaschistischer Einheitsfrontpolitik mit der Sozialdemokratie da.

4. Die Politik des BWK gegenüber der SPD

Die SPD ist nach ihrem Selbstverständnis eine Volkspartei. Mit der Herauslösung des eher progressiven Mittelklassepersonals aus der SPD in die GRÜNEN und der zunehmenden Rücksichtslosigkeit der Monopolbourgeoisie gegenüber den Arbeitern und ähnlichen Entwicklungen hat die SPD keine Zukunft als Volkspartei. Es stellt sich die Frage, ob das den Niedergang der SPD erklärt und die SPD als Partei „überflüssig“ macht, sodaß die Vernichtung der SPD als Partei – und sei es durch die Reaktion – sozusagen auch noch ein historischer Glücksumstand wäre, den proletarische Revolutionäre nutzen müßten.

Die SPD ist nicht als Volkspartei entstanden, sondern wurde als Arbeiterpartei und im engen Zusammenspiel mit einer reform-orientierten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gebildet, war zeitweise versehen mit einem als mehr oder minder revolutionär zu bezeichnenden Programm. In ihrer Vergangenheit haben sich bislang nicht einfach Perioden der freiwilligen Unterordnung unter die trübsten Abenteuer des deutschen Imperialismus und der konterrevolutionären Kollaboration mit reformpolitischen Perioden abgewechselt, sondern diese Politiken sind bislang in der SPD kaum trennbar ineinander verwoben. Das legt die Vorstellung nahe, daß in der SPD eine politische Strömung zum Ausdruck gebracht wird, die beide Momente ineinander vereint: die Strömung einer reformorientierten Arbeiterbewegung in einem imperialistischen Land; einer Arbeiterbewegung auf bürgerlich-imperialistischem Boden, die nicht unterscheiden kann, den Nutzen, den sie aus dem vorteilhaften Stand der kapitalistischen Konkurrenz ziehen kann, von dem Nutzen, der aus der Einschränkung der Konkur-

renz erwächst – das kann individuell oder bezogen auf Volkswirtschaften betrachtet werden –; einer Arbeiterbewegung, die überwiegend durch die Arbeiteraristokratie, d.h. durch das Moment der partiellen Bestechung aus imperialistischen Extraprofiten, geprägt ist, und sich keine staatsfeindlichen Ziele im eigentlichen Sinne setzt. Da die durch Laufbahnkonkurrenz auch von Arbeitern, durch die Konkurrenz von imperialistischen Konzernen sowie durch die Konkurrenz der imperialistischen Staaten erzeugten Ansichten keineswegs auf schieren Fiktionen beruhen, ist die Annahme berechtigt, daß das Dasein der hierdurch geprägten reformistischen Arbeiterbewegungen und der ihnen entsprechenden oppositionellen politischen Strömung nicht zur Disposition revolutionärer Kritik steht, sondern in das Konzept einer Einheitsfrontpolitik eingebunden werden muß.

Daraus würde sich gegenüber der SPD in der Phase ihres bis zu einem gewissen Grade wohl unvermeidlichen Niedergangs die politische Haltung ergeben: Wir sehen die Gefahr einer weitgehenden Unterdrückung der Ausdrucksfähigkeit einer bürgerlicher Arbeiteropposition, eines antifaschistischen Reformismus mit dem Niedergang der SPD daherkommen. Daran können Kommunisten kein Interesse haben. Sie stellen sich vielmehr die Aufgabe, die zweifellos vorhandenen Widersprüche zwischen dem imperialistischen Expansionismus und reformistisch geformten Arbeiterinteressen zu erkunden und zu vertiefen.

Entgegen der Entwicklung strategischer Auffassungen in der SPD, die einen noch stärkeren Verzicht auf die Artikulation von Arbeiterinteressen zur Richtschnur machen, spricht sogar manches für die These, daß dem Niedergang der SPD durch einen Rückbezug auf ihre geschichtliche Tradition etwa als bürgerliche Arbeiteropposition noch am ehesten Grenzen zu setzen sind. Mit dem Kurs der imperialistischen (Wirtschafts-)Expansion, der Volksgemeinschaftspropaganda und der Duldung des Faschismus wäre dies allerdings nicht vereinbar. Zweifellos gibt es aber in der SPD selbst auch Kräfte, die darüber hinaus die bedingungslose Einschmelzung der Werktätigeninteressen in den Deutsch-Europa-Imperialismus der Monopolbourgeoisie betreiben.

Bündnispolitisch betrachtet ist die SPD als reformistische oppositionelle Partei eine Kraft des Widerstands gegen Reaktion und Faschismus. Statt des Verschwindens des Reformismus ist sein Beitrag zum antifaschistischen Bündnis gefragt. Selbst wenn es sich als richtig erweisen sollte, daß sich die kommunistische Arbeiteropposition nicht durch Transformation der bürgerlichen Arbeiteropposition, sondern eher neben derselben bildet, müssen die entscheidenden Abgrenzungen fixiert werden. Sie liegen darin, daß die Kommunisten den der bürgerlichen Arbeiteropposition eigenen Imperialismus bekämpfen und dagegen den proletarischen Internationalismus und Antiimperialismus stellen.

5. Kritik der CSU und Politik der Frontbildung gegen die Reaktion

Auf der DK 1986 im Blick auf die Landtagswahlen hat sich der Landesverband die Aufgabe gesetzt, eine Broschüre betr. die Politik der CSU zu erstellen, die im Juni 1986 erschien. Bei allgemeiner Einigkeit über diese Aufgabenstellung, einen Beitrag zur theoretischen Kritik der Politik der Reaktion in Gestalt der CSU, zur Agitation gegen die CSU wie zur Klärung der Situation und Aufgaben für eine Politik der Frontbildung gegen die Reaktion zu leisten, wurde die konkrete Aufgabenstellung nicht ausdrücklich in eine politische Sicht der Lage der Dinge eingebunden. Die Broschüre steht dabei in einer Reihe mit weiteren Publikationen (auf der Landesseite und in Politischen Berichten), die sich mit Politik und Strategiebildung der CSU befassen.

Daß das „Material zur Politik der CSU“ gemessen an den aufgeführten Aufgabenstellungen im Ganzen unzureichend ist, wie es im einzelnen Fortschritte bringt, wird niemand ernstlich bestreiten wollen. Daß es zum Material und zur weiteren Publizierung der Widerstandsbroschüre Kritiken gegeben hat und Schwierigkeiten mit ihrer Behandlung, ist bekannt.

Bei der in der Tat entscheidenden Frage, in welche Beziehung unsere Ausarbeitungen über die CSU zur Politik des BWK in der gesamten Opposition zu setzen seien (mit Schwerpunkt auf der SPD), ist die folgende Antwort vorstellbar: Die Kommunisten müßten die theoretische Kritik an der Politik der Reaktion so vertiefen, daß diese sich als die im Grunde einzig richtige und wirksame darstellt (und zwar nicht nur Leuten, die von proletarischen Interessen ausgehen und keine Reformisten sind); dies wäre zu untermauern, indem die Stärke der CSU u.a. in Zusammenhang mit der Falschheit der oppositionellen Kritik aus ökologischer oder reformistischer Sicht gesetzt werden könnte. Als Ergebnis könnte die richtige Kritik der CSU von den anderen Kräften der Opposition mit der Entfaltung kommunistischer Politik und qua Einsicht aufgenommen werden und/oder zum Anschluß solcher Kräfte an die Kommunisten führen. In beiden Fällen käme die Frontbildung gegen die Reaktion voran.

Obwohl sicher einiges für eine derartige Vorgehensweise sprechen könnte, ist die Vorstellung falsch, die Kommunisten könnten so etwas wie die theoretische Vorhut der gesamten Opposition sein. Das ist in Bezug auf die christliche und wahrscheinlich die ökologische Opposition ziemlich klar; in Bezug auf die sozialdemokratische Opposition ist es weniger klar, würde aber dem in Punkt 4 ausgeführten entsprechen. Die Opposition kann als Bündnis keine gemeinsame Kritik aus kommunistischer Sicht haben. Die *Gesamtheit* der Opposition muß sich nach unserer Vorstellung als Front eine gemeinsame, deswegen keineswegs einheitliche, sondern notwendig die Verschiedenheit der Interessen zum Ausdruck bringende Kritik der Reaktion bilden und diese verschiedenen Kritiken, denen auch verschiedene theoretische Analysen entsprechen, miteinander politisch vermitteln. Was die Kommunisten dann heute leisten können und müssen, ist ein Beitrag zu dieser Kritik aus der Sicht der kommunistischen Strömung gestützt auf den Marxismus. Was die Kommunisten darüberhinaus theoretisch leisten müssen, ist die Bedingungen für die Frontbildung gegen die Reaktion zu analysieren. Dem entspricht praktisch die Popularisierung der kommunistischen Kritik und die Mitwirkung im politischen Kampf, in welchem allein die Vermittlung der verschiedenen Kritiken zu einer wirksamen oppositionellen Front bewerkstelligt werden und sich bewähren kann.

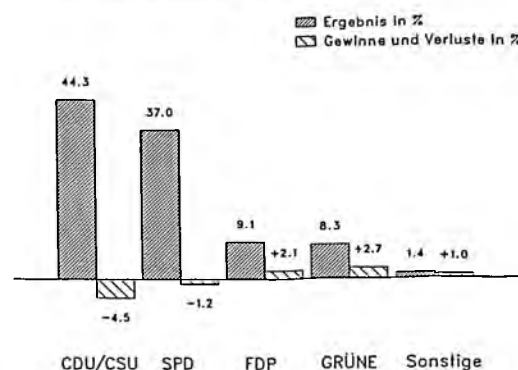
Wahlergebnisse in Mio. Stimmen / Bayern

Partei	BT 72	LT 82	BT 83	LT 86
Rechte	3,66	3,63	4,19	3,46
CSU solo	3,62	3,55	4,14	3,17
FDP	0,40	0,21	0,43	0,21
GRÜNE	0,01	0,28	,33	0,42
SPD	2,48	1,94	2,01	1,56
Nichtwähler	0,75	1,75	0,99	2,40
Wahlber.	7,31	7,96	7,95	8,07

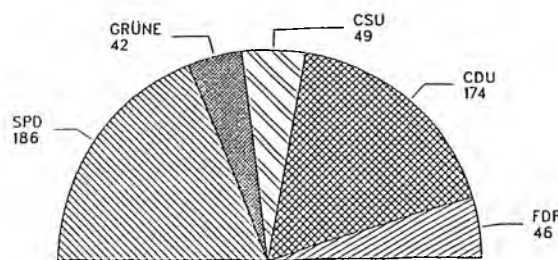
VORLÄUFIGES ERGEBNIS 1987 1)				
	PROZENTE		ABSOLUTE ZAHLEN	
	PARTEIAN- TEILE	DIFFERENZ 1987-1983	PARTEIAN- TEILE	DIFFERENZ 1987-1983
WAHLBERECHTIGTE			49 290.668	+1.201.733
WAHLER	84,4	-4,7	38 223 302	-1.056.027
GÜLTIGE ZWEITSTIMMEN	99,1	0,0	37.861 198	-1.079.489
ERSTSTIMMEN	98,7	-0,2	37.737 847	-1.107.506
UNGÜLTIGE ZWEITSTIMMEN	0,9	0,0	362.304	+ 23.462
ERSTSTIMMEN	1,3	+0,2	485.655	+ 51.479
PARTEIANTEILE ZWEITSTIMMEN				
SPD	37,0	-1,2	14.023 407	- 842 400
CDU	34,5	-3,7	13.045 540	-1.612 140
CSU	9,8	-0,8	3.715 660	- 425 205
FDP	9,1	+2,1	3.439 686	+ 732 744
GRÜNE	8,3	+2,7	3.124.657	+ 957.226
ASD	0,0	0,0	1.833	+ 1.833
BP	0,1	+0,1	26.538	+ 26.538
CBV	0,0	0,0	5.274	+ 5.274
ZENTRUM	0,1	+0,1	19.202	+ 19.202
MUENDIGE BUEGER	0,1	+0,1	24.623	+ 24.623
FRAUEN	0,2	+0,2	62.835	+ 62.835
FAP	0,0	0,0	403	+ 403
MLPD	0,0	0,0	13.821	+ 13.821
NPD	0,6	+0,4	226.298	+ 135.203
OEDP	0,3	+0,3	108.808	+ 97.780
PATRIOTEN	0,1	+0,1	22.613	+ 22.613
SONSTIGE 2)	-	-0,2	-	- 88.845
PARTEIANTEILE ERSTSTIMMEN				
SPD	39,2	-1,2	14.785.398	- 900.635
CDU	37,5	-3,5	14.168.777	-1.774.683
CSU	10,2	-0,9	3.858.516	- 460.284
FDP	4,7	+1,9	1.760.223	+ 672.303
GRÜNE	7,0	+2,9	2.648.422	+1.038.567
ASD	0,0	0,0	3.140	+ 3.140
BP	0,0	0,0	8.024	+ 8.024
CBV	0,0	0,0	740	+ 1.328
ZENTRUM	0,0	0,0	4.038	+ 4.038
MUENDIGE BUEGER	0,0	0,0	610	+ 610
FRAUEN	0,0	0,0	341	+ 341
MLPD	0,0	0,0	396	+ 396
NPD	0,5	+0,4	182.750	+ 125.638
OEDP	0,1	+0,1	40.738	+ 37.397
PATRIOTEN	0,1	+0,1	27.547	+ 27.547
FAMILIE	0,0	0,0	139	+ 139
SOLIDARITÄT	0,0	0,0	753	+ 753
FSU	0,0	0,0	119	+ 119
HP	0,0	0,0	748	+ 748
UAP	0,0	0,0	352	+ 352
SONSTIGE	0,7	+0,3	245.876	+ 109.110

1) OHNE DIE STIMMEN EINES WAHLBEZIRKS DER GEMEINDE MOERFELDEN-WALLDORF
2) SONSTIGE 1983: BWK, DKP, EAP, KPD, USD, UNABHÄNGIGE

WAHLERGEBNIS 1987 (Zweitstimmen)



SITZVERTEILUNG 1987



Bundestagswahlen '87

Wiederbelebung der FDP, Stimmengewinne der NPD Bürgerblock trotz Unionsverluste gefestigt

Parlamentswahlen sind in der BRD und heute nicht nur Gradmesser der politischen Entwicklung, sie haben durch ihr Ergebnis eine starke, direkte Wirkung auf die Meinungsbildung. Obwohl auf den ersten Blick das Wahlergebnis den Erwartungen fast aller entsprach, sind doch einige unerwartete Entwicklungen darin enthalten, die auf lange Sicht nicht zu unterschätzen sind und – um es vorweg zu sagen – eine unerfreuliche Perspektive ahnen lassen.

Union und Faschisten

Am Mittwoch nach der Wahl veröffentlichte die „Welt“ ein Positionspapier Heinrich Lummers. Der in Westberlin wegen seiner Kontakte zu Faschisten untragbar gewordene und in den Bundestag abgeschobene CDU-Politiker läßt sich darin über eine Politik der Integration der Rechten aus, die die Union zu betreiben hätte. Er kommt unverblümt zu der Schlußfolgerung: „Entweder gelingt die Integration der konservativen Wähler, oder es formiert sich eine neue Partei.“

Die Themen, die zur Integration anstehen oder aber Grundlage einer Parteiformierung werden können, sieht Lummer, wir zitieren ausführlich, so:

„1. Viele wollen, daß nicht mehr dauernd die Vergangenheit bewältigt wird, sondern die Zukunft. Man kann einem Volk nicht permanent die schwarzen Flecken auf seiner Weste zeigen und die Geschichte, etwa der Deutschen, auf die schlimme Zeit von 1933 bis 1945 reduzieren. Irgendwann wollen die Menschen auch wieder auf was stolz sein können ...

2. Jedes Volk sucht seine Identität, und nach wie vor ist die Kategorie ‚Nation‘ so stark, daß man sich vor Überfremdung schützen will. Die Deutschen in der Bundesrepublik müssen sich hier keine Vorwürfe machen ... (Sie) haben ein hohes Maß an Toleranz gezeigt. Aber es gibt Grenzen, die man gewahrt wissen will ...

3. Die Laschheit bei der Beantwortung der Fragen innerer Sicherheit bewegt die Menschen mehr, als das Gerede derjenigen, die nach jedem Anschlag vor Überreaktionen warnen.

4. Die nationale Frage erlebt eine Renaissance auf der linken wie auf der rechten Seite. Diese Entwicklung darf die politische Mitte nicht verschlafen ...

So weit Lummer, der offensichtlich eine rechte Sammlungsbewegung anleiten will, die sowohl die faschistischen Gruppierungen umfaßt, wie eben auch weit in die Union hineinragt. Er nennt den Faschisten Themen,

mit denen sie vorstoßen können. Mit 0,6% verschafft das Wahlergebnis der NPD auch 1,39 Millionen DM an „Wahlkampfkostenerstattung“. Ideologisch verschafft es vor allem der Union die Möglichkeit, nach rechts zu gehen, angeblich um die dorthin Verirrten bei der Mitte zu halten.

Wie wirken die Verluste auf die Union?

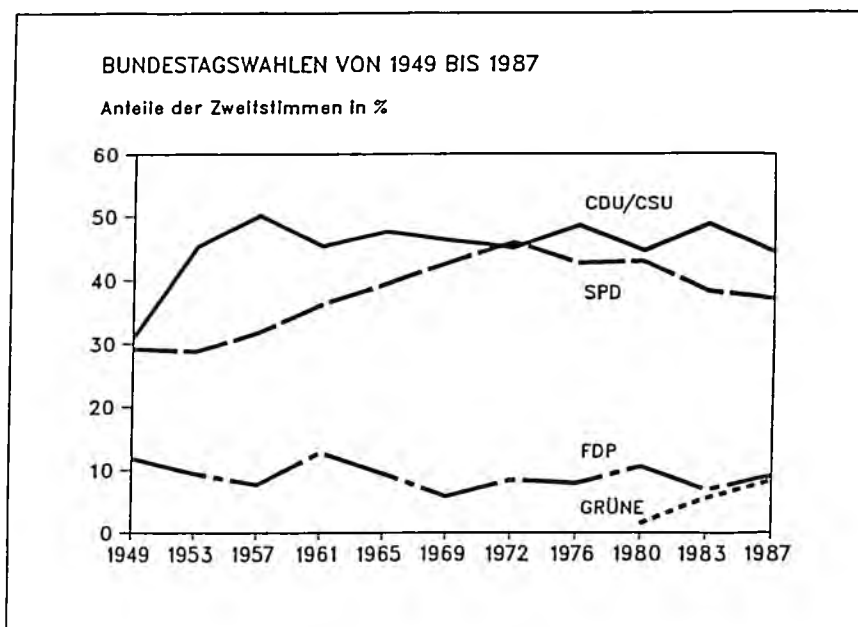
Der bedeutende Rückgang der Anzahl der Unionswähler gehörte zu den Überraschungen der Wahl. Inzwischen scheinen die Gründe klar. Sie liegen in der Betonung der Leistungskonkurrenz, die die Unionspolitik prägt und die ebenso beim christlich eingestellten Teil der Handwerker und Bauern auf Ablehnung stößt wie in der christlichen Arbeitnehmerschaft. Der an diese Verluste von Blüm angeschlossene Streit

Kirche die Absicht erkennbar, von sozialen Vorstellungen, die Christen dann und wann aus ihrem Glauben ableiten, abzulenken und den Christenmenschen auf seine eigene, persönliche Sünde, Schuld und Bußpflicht hinzulenken. Was eignet sich hierzu besser als der Themenbereich Familie und Sexualität? Zerknirschung über die persönliche Unzulänglichkeit ist dran, nicht freches rumkritteln an Gesellschaft und Obrigkeit!

Die Verluste der Union führen, so weit sich bis jetzt sehen läßt, überhaupt nicht zu einer Abschwächung der Rechtsbewegung dieser Partei. Ein Hauptgrund dafür dürfte in der Schwäche der Sozialdemokratie liegen.

SPD: Weltbild bröckelt

Die Verluste der Sozialdemokratie hielten sich bei diesen Wahlen in Grenzen.



um den Spitzensteuersatz zeigt indes, welchen Ausweg die Union sucht. Blüm argumentiert ja nicht für eine Behandlung von Armut und Zurücksetzung im Sinne christlicher Nächstenliebe, sondern mit dem Ziel der Gleichbelastung der Reichen. Die Umkehrbarkeit dieses Argumentes sticht ins Auge. Mit seiner erstaunlich wirksamen Plumpheit wird Blüm irgendwann darauf hinweisen, daß ja eine Steuerprogression besteht und auch 49% Spitzensteuersatz immer noch mehr sind als 4,9%, also nicht nur Gerechtigkeit besteht, sondern sogar mehr als das. Betrachtet man die Union einmal unter dem Gesichtspunkt: „Was tut sich in den Kirchen?“, so ist zumindest von der katholischen

Dennoch rechnet niemand mit einer Stabilisierung. Die SPD hatte sich zu einer Volkspartei entwickelt mit der Behauptung, die Interessen aller Klassen der kapitalistischen Gesellschaft befriedigen und die Klassen auf diese Weise versöhnen zu können. Insbesondere behauptete die SPD, globale Wirtschaftssteuerung durch den Staat könne einen Zustand der Vollbeschäftigung sichern. In den siebziger Jahren zeigte sich aber, daß die SPD ihr Versöhnungskonzept nicht realisieren konnte. Die Kapitalistenklasse gewann der Krise, die durch SPD-Politik nicht verhindert werden konnte, die gute Seite ab und nutzte die Umstände zum Angriff auf die Arbeiterklasse. Die SPD war mit dem Vorhaben gescheitert,

Vollbeschäftigung durch staatliche Steuerung der Wirtschaft zu erzielen. Ihre Wirtschaftstheorie erwies sich als unpraktikabel. Fällt die Perspektive der Klassenversöhnung weg, so muß sich die SPD entwickeln, sei es zu einer Partei, die die Unterordnung der Lohnarbeit unter das Kapital offen fordert, oder eben zu einer Partei des Widerstandes der Lohnarbeit gegen die Zumutungen des Kapitals. Eine Entwicklung in die zweite Richtung hat die SPD nicht eingeschlagen. Sie hat stattdessen sowohl mit der Politik a la Rau wie auch mit der Politik a la Lafontaine eher versucht, sich in einer Nische im Staats- und Wirtschaftsleben anzusiedeln: im Saarland wie in Nordrhein-Westfalen stehen große Umstrukturierungen der Industrie und der Infrastruktur an. Die Kapitalisten stellen sich für diese Fälle durchaus unterstützende Staatseingriffe vor. Die Hoffnung auf Subvention regionaler Wirt-

schaftsräume, die Politiker wie Rau und Lafontaine in ihren Herkunftsländern zu „Hoffnungsträgern“ macht, ist als Gesamtpolitik nicht denkbar. Ebenso wenig ist denkbar, daß aus der Strukturbereinigung in NRW und/oder an der Saar eine Wiederbelebung sozialdemokratischer Wirtschaftstheorie erwächst. Typisch wird in beiden Fällen sein, daß die SPD-Regierungen eine Herunterstufung der Ansprüche der Arbeiter zu vermitteln haben und nur unter dieser Vorleistung öffentliche Mittel ergattern können. Das wird die SPD unvermeidlich Anhang kosten und deswegen berät man in der Partei auch schon unverhohlen, daß NRW und die Saar als Nachzügler anzusehen wären.

Zur Zukunft der Volksparteien

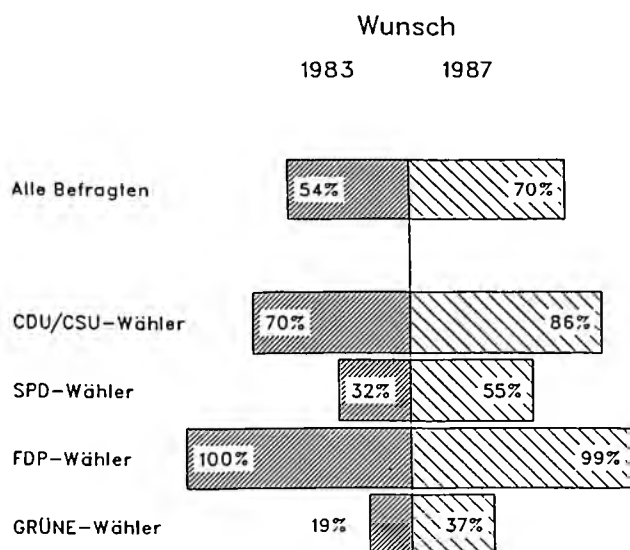
Die Union vertrat nach der Niederlage des Hitlerfaschismus ein christliches

Entwicklungsmodell der Gesellschaft, die SPD ein sozialreformerisches. Wegen der Entwicklung der Klassengegensätze innerhalb der BRD können beide Entwicklungsmodelle nicht weiter verfochten werden. Die Unionsparteien haben mit dem Umstieg auf die mitleidlose angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die den Unterschied zwischen Menschen und Sachen verwischt, eine Verbindungslinie zum Christentum als Volksreligion abgetrennt. Die SPD hat mit der Unterordnung der Lohnarbeit unter die Akkumulationsinteressen des Kapitals die Verbindung zur Ideologie der Sozialreformen abgeschnitten, die die breite Grundlage der Gewerkschaftsbewegung bildet. Die Union fällt damit in die Rolle der Sicherung des Eigentums, der Reichen, und zwar vor dem sogenannten Sozialneid. Die SPD fällt in die Rolle der tröstenden, mäßigenden Kraft, die die Übertreibungen des Kapitalismus durch Einsatz öffentlicher Mittel für bescheidenes Soziales zügelt. Daraus ergibt sich, daß die Verbindungen zwischen der Union und den Faschisten zunehmen müssen, was sich leider nachweisen läßt und in vollem Gange ist. Daraus sollte sich aber auch ergeben, daß die Sozialdemokratie ihren wütenden Kampf gegen alles, was nach Sozialismus riecht, einstellt, und davon merkt man noch wenig. Daraus ergibt sich weiter, daß die Union in ihren Bemühungen zur Illegalisierung der politischen Linken fortschreitet, und das spürt man deutlich. Daraus sollte sich ergeben, daß die SPD zu einer energischen Kritik des Faschismus übergeht, und davon merkt man noch wenig.

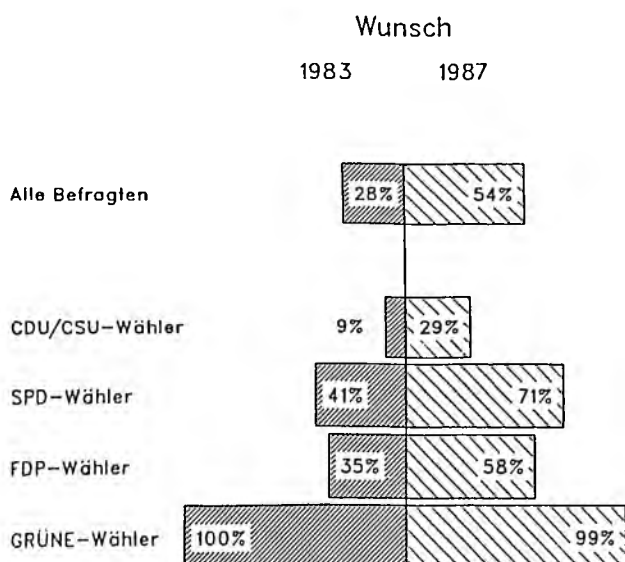
Die FDP und die GRÜNEN

Allgemein werden die GRÜNEN als die Gewinner der Wahl angesehen. Wahr ist daran, daß die GRÜNEN sich als parlamentarische Kraft durchgesetzt haben. Sie sind zum Bestandteil des Parteienspektrums geworden. Dabei haben die Grünen einen Prozeß der Annäherung an die gewöhnlichen bürgerlichen Positionen durchgemacht. Dies wird am deutlichsten in der sogenannten Gewaltdiskussion. Die bürgerliche Propaganda zielte ja keineswegs darauf, die Grünen von Gewalt abzubringen. Dies wäre unnötig, die Grünen predigen ja dauernd die Gewaltfreiheit. Den Bürgerlichen ging es um die Zusage der Grünen, staatliche Gewalt zu sanktionieren, sich in das System staatlicher Gewalt auf Grundlage des Rechtes einbinden zu lassen. Uns ist keine Stellungnahme von Grünen geläufig, in der sich diese eindeutig geweigert hätten, am Gewaltssystem des Staates teilzunehmen. Bildlich gesprochen gab Schily eher das Bild ab eines liberalen Anwärters auf den Posten des Justizministers als – wenigstens – eines Anwaltes des Widerstan-

FDP IN DEN BUNDESTAG?



GRÜNE IN DEN BUNDESTAG?



des. Die Sprecher der Grünen haben sorgfältig ein klares Nein! zu staatlicher Gewalt vermieden. Sie sind dabei, sich ministrabel, regierungsfähig usw. zu machen. Wenn auch die grüne Partei jetzt im Sattel sitzt, bleibt durchaus unklar, wohin die Reise geht.

Klar wird hingegen bei genauerer Betrachtung der Wahlergebnisse, daß die Grünen eine empfindliche Schlappe erlitten haben und an eine Grenze gestoßen sind. Sieht man die Grünen einmal als Interessenpartei der werktätigen Intelligenz an, wie das inzwischen fast alle tun, dann ergibt sich, daß die Politik der FDP stärker gezogen hat. Den Grünen gelang es nicht, die FDP mit ihrer wirtschaftsliberalen Politik, die von Elitedenken geprägt ist und die Leistungskonkurrenz offen ins Zentrum ihrer Werbung stellte, abzu-bremsen. Im einschlägigen Milieu hat sich die FDP erholt und das heißt, besonders reaktionäre Auffassungen des Liberalismus haben gezogen. Obwohl sich die Grünen dem Anschein nach stürmisch ausdehnen, dehnt sich in ihrer Basis reaktionäres Denken noch rasanter aus. Sieht man auf die Inhalte, dann ist die Wiederbelebung der FDP und der Tatbestand, daß sie über die Grünen die Oberhand behielt bzw. gewonnen hat, bezeichnend für die künftige Entwicklung. Statt weiter gegen die Raketenstationierung zu kämpfen, gilt bei so manchem Grünen jetzt Genscher als Garant des Friedens.

Liberaler Außenpolitik

Angeblich soll auf dem Gebiet der Außenpolitik die FDP eine Haltung der Vernunft einnehmen, die Unionsparteien hingegen sollen zur Unvernunft neigen und zur Konfrontation mit dem Osten. Nicht bestritten werden soll das Bestreben der Union, die Bevölkerung der BRD gegen die Länder im östlichen Europa aufzuhetzen. Nicht richtig ist jedoch die Auffassung, hiergegen wirke die FDP. Man beachte, was der Deutschlandexperte der FDP Freitag nach der Wahl in der „FAZ“ zum besten gab; es war ein Bekenntnis zur Wiedervereinigung und der Versuch, die verbalen Differenzen zwischen der Union und der FDP in einen Stufenplan zu integrieren. Grundlage seiner Vorstellungen ist der Gedanke, die DDR und alle anderen Länder des Ostblocks könnten ihre wirtschaftlichen Probleme nur mit Hilfe westlicher Technologie lösen, eine Idee, die auch Reagans Theorie vom Totrüstung zu Grunde liegt. Von dieser Theorie ausgehend konzipiert Ronneburger Politik:

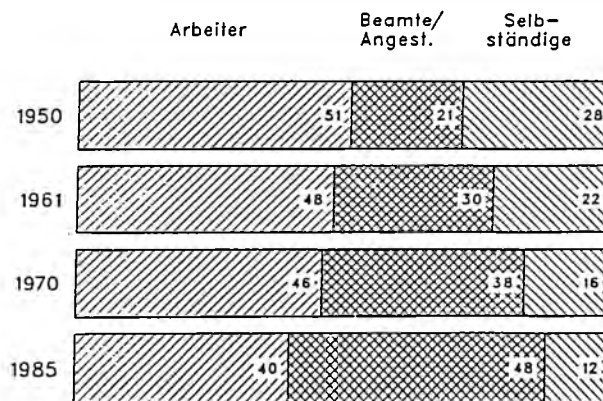
„Unser Ziel bleibt die Einheit Deutschlands. Dazu müssen wir für die Lösung der deutschen Frage ... verstärkt auf internationaler Ebene werben. Im Dialog mit den vier Mächten müssen wir deutlich machen, daß es auch Teil ihrer Verantwortung ist, Voraussetzung für die Aufhebung

der Teilung und für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa zu schaffen. Das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen, menschliche Kontakte und die Verwirklichung von Menschenrechten in der DDR sind für uns unabdingbare Voraussetzungen für dauerhafte Stabilität in Europa. Die Deutschlandpolitik der kommenden Jahre muß darauf zielen, dies auch zu einem Anliegen unserer europäischen und westlichen Freunde zu machen. Wir werden es deshalb nicht zulassen, die Entspannung als Schirm zu mißbrauchen, hinter dem die Teilung verfestigt und die Menschenrechtslage in der DDR verschlechtert wird.“

Ronneburger will Bedingungen für eine ideologische und wirtschaftliche

Landtagswahlen die Opposition herausgefordert. In Rheinland-Pfalz, in Schleswig-Holstein, vielleicht auch in Hamburg stehen Landtagswahlen an. Die Mehrheit der Regierungskoalition im Bundesrat ist knapp. Ein großer Teil der reaktionären Gesetzesvorhaben muß durch den Bundesrat. Die FDP wird in diesen Landtagswahlen antreten mit dem Ziel, die Grünen entscheidend zu deklassieren, und indem ihr dies gelingt, bürgerliche Regierungen in den Ländern einzurichten. Aus unserer Sicht stellt sich in diesen Landtagswahlkämpfen die Aufgabe, sowohl die Grünen wie auch die Sozialdemokratie mit Anforderungen des Klassenkampfes zu konfrontieren und sie in fortschreitende Abgrenzung zur Reak-

BERUFSSTRUKTUR DER BUNDESREPUBLIK SEIT 1950



Durchdringung der östlichen Nachbarn der BRD, besonders der DDR. Das ist die eine Hälfte des Planes. Gleichzeitig will er die westlichen Bündnispartner gewinnen, Geschmack an einer Öffnung des Warschauer Pakt-Länder zu gewinnen. Dann, meint er, käme die Wiedervereinigung voran. Es mag sein, daß dieser Plan vernünftiger ist als andere, schlauer, durchtriebener, gerissener. Weniger aggressiv indessen ist er nicht.

Aufgaben der Sozialisten

Nach unsere unvollständigen Übersicht kommen MLPD, VSP und DKP je für sich selbst zu der Ansicht, daß jetzt vor allem eine Konzentration auf anstehende Klassenkämpfe zu erfolgen habe. Diese Ansicht ist wahrscheinlich nicht richtig, es sei denn, man legt einen sehr weiten Begriff vom Klassenkampf zu Grunde. Wir glauben nicht daran, daß die feingesponnenen Kalkulationen der Bürgerlichen weggewischt werden von aufflackernden Klassenkämpfen. Tatsächlich wird in den nächsten Monaten in einer Reihe von

tion zu bringen. Um es auf einen Nenner zu bringen: Die Punkte, die Lummer nennt, wenn er den Brückenschlag zu den Faschisten sucht, die Beschönigung des Faschismus, die Ausländerdiskriminierung, möglichst zügelloses Zugreifen von Staatsorganen gegen die Linke, Nationalismus, sind schon die richtigen, um die Union zu stellen. Das arbeiterfeindliche Elitedenken, das die FDP vertritt, aber auch und besonders ihre verlogene Außenpolitik, müssen dieser Partei vorgehalten werden. Diese und andere Aufgaben der Kritik können nicht durch soziale Bewegungen gelöst werden. Deswegen wird ja gerade in solchen Bewegungen das Bedürfnis nach Kritik der Kapitalistenklasse und Aufklärung ihrer Politik und ihrer Wirtschaft immer größer.

Quellenhinweis: DIE WELT vom 28.01.87; FAZ vom 30.01.87; Bayernkurier vom 31.01.87; Statistisches Bundesamt: Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen; alle Graphiken entnommen aus: Eine Analyse zum 11. Deutschen Bundestag, von der Forschungsgruppe Wahlen e.V. – (jöd, maf)



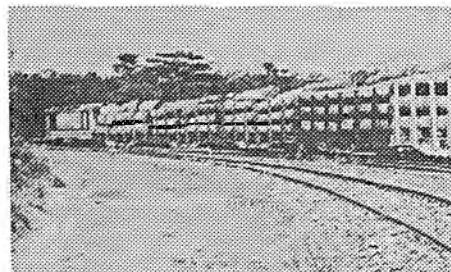
Steuerreform, Dollarkurs

Der Handelskrieg zwischen EG und USA ist fürs erste abgewendet. Der Dollar fällt weiter. Entsprechend nimmt die Klage westdeutscher Kapitalisten über sinkende Renditen im Export zu. Die Propaganda von reaktionärer Seite, wonach nun eine rasche Steuerreform sowohl die Nachfrage in der BRD wie die Attraktivität der BRD

für ausländisches Kapital weiter steigern müsse und man so auch am besten dem Druck der USA auf eine weitere Ankurbelung der Wirtschaft nachgebe, schwillt rasch an. Wenn die Stellung der BRD in der Weltwirtschaft als Maßstab für die Steuerreform von Kapitalistenseite so unangefochten vorgeschrieben wird, dann müssen die Lohnabhängigen sich auf schwere Angriffe einstellen.

Afrika: Sinkende Agrarpreise verschärfen wirtschaftliche Krise

Die Preise für agrarische Rohstoffe, insbesondere die, die viele afrikanische Länder exportieren müssen, sinken seit geraumer Zeit. Dadurch vertieft sich die ohnehin schwere Wirtschaftskrise in den meisten afrikanischen Ländern. Die betroffenen Länder sehen sich gezwungen, die Exporte agrarischer Rohstoffe zu steigern und die betreffende Exportproduktion zu fördern, auch auf die Gefahr hin, weitere Preissenkungen auf dem Weltmarkt hinnehmen zu müssen. Die imperialistischen Lebensmittel- und Handelskonzerne, darunter die westdeutschen Konzerne, die zu den größten der Welt gehören, sind die Nutznießer des Preisverfalls für agrarische Rohstoffe auf dem Weltmarkt.



Vertrauensärzte

Wo die schwere Arbeit durch die Rationalisierungen immer härter wird, treten häufiger Krankheiten auf, und es dauert länger, bis die kranken Arbeiter oder Arbeiterinnen ihrer Arbeit wieder gewachsen sind. Aber die Vertrauensärzte schreiben eher schneller arbeitsfähig. Eine Putzfrau mit 50 habe eben Rückenschmerzen, das sei kein

Grund für Verlängerung der Arbeitsunfähigkeit. Ein Chemiarbeiter mit chronischen Magengeschwüren seit über einem Jahr muß sich sagen lassen, er würde wohl die Behandlung sabotieren und Verzögerungstaktik verfolgen. Usw. Als sog. erfahrene Internisten oder andere Fachärzte treffen sie Entscheidungen, ohne die Arbeitsbedingungen überhaupt zu berücksichtigen.

Vorbereitungen einer großen Rentenreform

Daß die Bundesregierung das gesetzliche Rentenalter anheben soll, möglichst auf 67 Jahre, evtl. alsbald noch höher, gilt unter bürgerlichen „Rentenexperten“ als ausgemachte Sache. DGB und BDA haben am 1. Februar eine gemeinsame Erklärung zur Rentenreform veröffentlicht, in der der DGB die bisherigen Rentensenkungen überhaupt nicht mehr erwähnt, die Nettoanpassung künftiger Renten bereits als unabänderliches Prinzip geschluckt hat und ansonsten hinsichtlich künftiger Reformgesetze von der Regierung nur verlangt, den Bundeszuschuß zur Rentenversicherung zu steigern. Welche Änderungen werden von Regierung und Kapitalisten im einzelnen vorbereitet?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

– Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
– Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Preis je Heft 1,20 DM
Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallin-

dustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**.

Preis je Heft 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront. Preis je Heft 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – **Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse**. Preis je Heft 1,20 DM

– Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. **Informationsdienst Gesundheitspolitik**. Preis je Heft 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7. Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Eliehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP.